

Jetzt erst: Recht

Irmgard Furchner, ehemalige Sekretärin im KZ Stutthof, ist der Beihilfe zum Massenmord schuldig. Jahrzehntlang hatten deutsche Gerichte NS-Verbrecher geschont. Das Urteil ist historisch – doch es kommt zu spät
3, 13



Auch Schreibtischtäter sind schuldig: Irmgard Furchner wurde wegen Mordes an mehr als 10.000 Menschen im KZ Stutthof verurteilt Foto: Bartosz Baka/Guardian/eyevine/laif

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

In Oldenburg ist eine Mutter mit Säugling von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und mit einem Korkenzieher in die Wange gestochen worden. Mittlerweile ist der Angreifer in die Psychiatrie eingeliefert worden, die Frau wurde im Krankenhaus behandelt, das Baby blieb unverletzt. Nun könnte man meinen, Rassismus und männliche Gewaltbereitschaft seien das Problem. Doch zum Glück wissen es die Expert:innen im Innenministerium besser. Und planen demnächst ein

Korkenzieherverbot in der Öffentlichkeit.

Kommentar von Klaus Hillenbrand zum NS-Urteil des Bundesgerichtshofs

Biologie schlägt Strafjustiz

Neunundsiebzig Jahre, drei Monate und zwölf Tage nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sind die Voraussetzungen für eine Verfolgung der NS-Verbrecher endlich so weit gediehen, wie es wünschenswert ist. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass, wer in einem KZ gearbeitet hat, auch dann Schuld auf sich geladen hat, wenn er oder sie keine Waffe in der Hand trug, sondern die Massenmorde dienstbeflissen am Schreibtisch und mit der Schreibmaschine begleitete. Das Gericht hat auch klargestellt, dass es nicht unbedingt einer Pistole, einer Schlinge oder des Giftgases Zyklon B bedurfte, um zu morden, sondern dass auch die grausamen Lebensbedingungen für die Häftlinge als Mord zu werten sind.

Dieses Urteil schreibt Rechtsgeschichte und ist zugleich bedeutungslos, jedenfalls soweit es die NS-Täter betrifft. Denn fast 80 Jahre nach dem

Ende des NS-Regimes gibt es keine Täter mehr, die man noch verurteilen könnte. Die Biologie hat die Strafjustiz geschlagen, was so einiges über das Tempo der NS-Aufarbeitung aussagt. Die letzten noch lebenden Beschuldigten sind um die einhundert Jahre alt.

Sie werden aller Voraussicht nach davonkommen, so wie das Gros der NS-Täter unbestraft geblieben ist – dank einer schlafmützigen Justiz, die bis zur Jahrtausendwende die allermeisten Beschuldigten laufen ließ. Eine Justiz, die mit der Lüge von der alleinigen Schuld Hitlers, Himmlers und Konsorten aufräumte, passte nicht in die Anfangsjahre der Bundesrepublik. Wer doch vor Gericht geriet, galt den Richtern, von denen viele zuvor selbst im Dienst der Nationalsozialisten gestanden hatten, oft genug als „Irregeleiteter und Verführter“ und kam mit ein paar Jahren davon – so geschehen 1955 beim Kommandanten des KZ

Stutthof, Paul Werner Hoppe, dem Vorgesetzten der jetzt verurteilten Irmgard Furchner.

Dennoch hat das Urteil des Bundesgerichtshofs eine weitere Bedeutung über die Rechtsgeschichte hinaus. Es macht gegenüber den Kindern und Kindeskindern der Opfer deutlich, dass sich die Bundesrepublik gewandelt hat. Der Staat entschuldigt die Verbrechen der Nazis nicht länger, er stellt sich nicht schützend vor die Täter. Er verurteilt sie. Zweitens aber ist dieses Urteil selbstverständlich keines, das man nur auf NS-Straftäter beziehen kann. Auch im Völkerstrafrecht könnte es künftig um furchtbare Lager, grausame Lebensbedingungen und kleine Angestellte, die jene Zustände schaffen, gehen. Und auch dort gilt: Schuld sind nicht nur die hohen Tiere und die bewaffneten Befehlsempfänger, sondern auch diejenigen, die die E-Mails der Mörder bearbeiten und die Zahlungen auf ihre Konten abwickeln.

Die taz wird ermöglicht durch **23.467**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
taz

Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de



Foto: epa

Angst ums Andenland
Kokain, Corona und der neoliberale Staatsabbau: Was die Gewalt nach Ecuador brachte
4-5

Selbstgemachte Chips
In Dresden startet der Bau einer Halbleiterfirma. Mit Milliarden vom Bund
8, 12

Im Western nichts Neues
Kevin Costners Filme „Horizon“ wirkt wie in den 1980ern stecken geblieben
15

steile these

Wer Rechtsextremisten wählt, ist ein Rechtsextremist und in der Regel kein besachwalteter Depp
Robert Misik über soziologische Falschheiten

12

Ausgabe Berlin Nr. 13442
€ 3,40 Ausland
€ 2,80 Deutschland



3 063 4

portraits



Jan van Aken und Ines Schwerdtner kandidieren für den Vorsitz der Linken

Seit etlichen Wochen schwirren ihre Namen bereits über die Flure des Karl-Liebknecht-Hauses, nun haben es Jan van Aken und Ines Schwerdtner offiziell gemacht: Der 63-jährige Hamburger und die 35-jährige Berlinerin wollen die neuen Vorsitzenden der Linkspartei werden. Das gaben sie in getrennten Erklärungen am Dienstag bekannt. Er trete an, weil es „eine starke linke Kraft“ brauche, die „die Interessen der Menschen“ gegen die soziale Kälte, gegen den Rechtsruck und gegen den Krieg vertrete, teilte van Aken mit. Er bringe „eine echte, tiefe Zuversicht mit“, dass es für die Linkspartei wieder aufwärtsgehen kann. Sie sei „davon überzeugt, dass wir als Partei wieder an vergangene Erfolge anknüpfen, politischen Gedröck aufbauen und das Land zum Besseren verändern können, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen“, schrieb Schwerdtner.

Gut möglich, dass es noch weitere Bewerbungen geben wird. Aber die Aussichten für van Aken und Schwerdtner – die unabhängig voneinander kandidieren – gelten als gut, die Nachfolge der scheidenden Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan anzutreten. Sollten die beiden auf dem Bundesparteitag Mitte Oktober in Halle gewählt werden, würde ein recht ungleiches Duo die in einer Existenzkrise befindliche Linke anführen – was zugleich eine Chance und ein Risiko ist.

Geboren 1961 im schleswig-holsteinischen Reinbek, hat van Aken seine politischen Wurzeln in der westdeutschen Friedens- und Umweltbewegung. Lange Jahre bei Greenpeace aktiv, war der promovierte Biologe von 2004 bis 2006 als Biowaffeninspektor für die Vereinten Nationen im Einsatz. Der Linkspartei trat er in ihrem Gründungsjahr 2007 bei, 2009 zog er für sie in den Bundestag ein. Nach zwei Legislaturperioden verzichtete er auf eine erneute Kandidatur. Von 2012 bis 2014 war der Vater dreier Kinder bereits stellvertretender Parteivorsitzender. Dem Vorstand gehörte er bis 2021 an. Seinen damaligen Rückzug verband van Aken mit einer scharfen Kritik an der „Beutegemeinschaft“ der Reformen um den damaligen Fraktionschef Dietmar Bartsch mit dem inzwischen ausgetretenen Wagenknecht-Lager.

Ines Schwerdtner wurde 1989 im sächsischen Werda geboren und wuchs in Hamburg auf. In Berlin studierte sie Politikwissenschaften und Anglistik, in Frankfurt am Main Politische Theorie. Zeitweise für die marxistische Wissenschaftszeitschrift *Das Argument* tätig, engagierte sie sich 2018 für die sogenannte Sammlungsbewegung „Aufstehen“ von Sahra Wagenknecht. Von 2020 bis 2023 war sie Chefredakteurin des linken Politmagazins *Jacobin*. In die Linkspartei trat die Mutter eines Kindes erst im August vergangenen Jahres ein, drei Monate später wurde sie auf Platz 5 der Linkenliste für die Europawahl gewählt, der allerdings nicht zum Einzug ins Parlament reichte.

Wie van Aken ist Schwerdtner derzeit bei der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt – eine der wenigen Gemeinsamkeiten. Während van Aken auf die Unterstützung der Bewegungslinken und des progressiven Flügels bauen kann, hat Schwerdtner sowohl die Unterstützung ostdeutscher Reformen:innen als auch des westdeutsch dominierten traditionslinken Flügels. Zu ihren Förderern gehört neben Bartsch auch Heinz Bierbaum, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ein Führungsduo van Aken und Schwerdtner würde den Großteil der Partei repräsentieren. Die Frage ist nur, ob es gelingt, auch konstruktiv und vertrauensvoll miteinander und nicht gegeneinander zu arbeiten. Der Anspruch, die alten destruktiven Richtungskämpfe zu überwinden, scheint zumindest vorhanden. „Wir haben nun die Gelegenheit, über alle Lager und Differenzen hinweg einen Umgang zu etablieren, der von gegenseitigem Vertrauen und einem Fokus auf die gemeinsamen politischen Ziele geprägt ist“, verspricht Schwerdtner in ihrer Bewerbung.

Pascal Becker

Jede zehnte Lehrkraft ist Quereinsteigerin

Der Anteil der Lehrer:innen ohne abgeschlossenes Staatsexamen steigt. Bildungsexpert:innen sehen das kritisch, doch der Bedarf könnte weiter zunehmen

Von Ralf Pauli

Ohne Quer- und Seiteneinsteiger:innen würde der Schulbetrieb in Deutschland vielerorts wohl zusammenbrechen. Denn mittlerweile hat rund jede zehnte Lehrkraft an allgemeinbildenden Schulen keine klassische Lehramtsausbildung mehr. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag in Wiesbaden mitteilte, lag die Quote im Schuljahr 2022/23 bei 9,8 Pro-

zent. Das entspricht 71.100 bundesweit 724.800 Lehrkräfte. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil noch bei 5,6 Prozent. Besonders viele Quer- und Seiteneinsteiger:innen gibt es in Berufsschulen: Dort hat heute mehr als jeder fünfte Lehrer:in kein Lehramtsstudium abgeschlossen.

Seit einigen Jahren greifen die Ministerien wegen des anhaltenden Personalmangels verstärkt auf Lehrkräfte zurück, die ohne Lehramtsstudium ein Re-

ferendariat beginnen (Quereinsteiger) oder ganz ohne Referendariat an der Schule unterrichten (Seiteneinstieg). Manche Länder wie Sachsen-Anhalt oder Brandenburg haben die Anforderungen für den Quer- und Seiteneinstieg zuletzt gelockert, um ihre Bedarfe besser decken zu können. In Sachsen-Anhalt beispielsweise waren im vergangenen Jahr 53 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte allein Seiteneinsteiger:innen. Ähnlich hoch sind die Quoten sonst nur in Brandenburg und Berlin.

Für das neue Schuljahr liegen den meisten Ministerien noch keine Zahlen vor. Klar ist aber: Auch mit noch mehr Quer- und Seiteneinsteiger:innen wird es schwer, alle offenen Stellen zu besetzen. „Die Unterrichtsabsicherung bleibt auch im neuen Schuljahr eine Herausforderung“, sagte etwa Sachsens Bildungsminister Christian Piwarz (CDU) zum Schulstart Anfang August. Von den 1.000 neu eingestellten Lehrkräften im Freistaat sind 140 Seiteneinsteiger:innen. In Sachsen-Anhalt, wo die Schule ebenfalls bereits wieder läuft, bewerben sich nach Angaben eines Ministeriumssprechers mittlerweile „zwischen 50 und 70 Prozent Seiteneinsteiger“ auf ausgeschriebene Stellen. „Das hat sich schon stark verändert.“

Bis zum Jahr 2035 sollen laut Prognosen mindestens 68.000 Lehrer:innen fehlen

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat dennoch im März beschlossen, den Quer- und Seiteneinstieg weiter zu öffnen. Unter anderem soll dafür ein Master für Ein-Fach-Lehrkräfte und duale Studiengänge geschaffen werden. Die KMK geht davon aus, dass bis zum Jahr 2035 mindestens 68.000 Lehrkräfte fehlen. Bildungsforscher:innen gehen von deutlich höheren Zahlen aus.

GEW-Vorstand Bensinger-Stolze fordert ein Umdenken. Anstatt allein auf Notlösungen zu setzen, sollten die politisch Verantwortlichen den Lehrerberuf wieder attraktiver machen. Als Beispiel nennt sie die Entlastung von Lehrkräften von bürokratischen Aufgaben sowie die Einführung einer Arbeitszeitfassung.

Den Schulen zur Seite getreten: Durch den Lehrereinstieg ist der Einsatz von Quer- und Seiteneinsteiger:innen vonnöten
Foto: Lubitz + Dorner/plainpicture



Afghanen-Transit nach Manila

Die Philippinen erklären sich bereit, für die USA ehemalige afghanische Ortskräfte temporär aufzunehmen, bis deren US-Visaanträge geklärt werden können. Doch viele Details sind noch nicht geklärt

Von Sven Hansen

In dünnen Erklärungen haben die USA und die Philippinen am Montagabend bekannt gegeben, dass beide Regierungen die vorübergehende Aufnahme ehemaliger afghanischer Ortskräfte der USA in dem südostasiatischen Inselstaat vereinbart haben. „Die US-Regierung unterstützt notwendige Dienstleistungen für diese Afghanen, die temporär in den Philippinen sind, einschließlich Nahrung, Unterkunft, Sicherheit, medizinische Versorgung und Transport, um ihre Visaanträge zum Abschluss zu bringen“, heißt es gleichlautend in den beiden Erklärungen. Zahlen werden nicht genannt.

Laut dem investigativen philippinischen Webportal Rappler und der *Washington Post* geht es um zunächst 150 bis 300 ehemalige afghanische Ortskräfte samt Familien, die bis August 2021 für das US-Militär am Hindukusch gearbeitet haben. Diese erste Gruppe soll außerhalb der Hauptstadt Manila in einer Unterkunft untergebracht

werden, die nur zum Besuch der US-Botschaft verlassen werden darf. Die Vereinbarung ist ein Versuchsballon: Gibt es keine Probleme, ist der Transit weiterer Afghanen möglich.

Der Regierung der Philippinen, die bis 1946 eine US-Kolonie waren, war es wichtig, Washington keinen Blankoscheck zu geben und die Kontrolle zu behalten. In Anerkennung der

Unklar ist, was mit den Afghanen geschieht, deren Visaanträge die USA ablehnen

philippinischen Souveränität und aus Sorge um die Sicherheit im Inselstaat, wo Islamisten die Regierung seit Jahrzehnten bekämpfen, müssen die Afghanen zunächst ein Visum für das Land beantragen. Das gilt aber nur für 59 Tage. Was aber mit Afghanen in den Philippinen geschieht, die dann nicht das erhoffte US-Sondervisum

bekommen, ist offen. Unklar ist auch, wo genau sich eigentlich die mutmaßlichen afghanischen Nutznießer der neuen Regelung derzeit noch aufhalten und ob sie bei Ablehnung dort hin wieder zurückkönnen.

Laut *Washington Post* haben die USA nach ihrem Abzug aus Afghanistan mehr als 160.000 Afghanen aufgenommen, teilweise über Transitstationen in Qatar und Albanien. Weitere zehntausende Afghanen sollen auf US-Zusagen warten. Unter dem damals neu ins Amt gekommenen Präsidenten Marcos jr. wurden die Philippinen im Jahr 2022 erstmals von Washington für den Transit von bis zu 50.000 Afghanen angefragt. Marcos war inzwischen vier Mal in Washington und leitete eine Kehrtwende in Manilas Außenpolitik ein.

Sein Vorgänger Rodrigo Duterte hatte ursprünglich stark auf China gesetzt. Doch erfüllten sich die wirtschaftlichen Hoffnungen nicht, vielmehr versuchte Peking immer unverschämter, seine international nicht anerkannten Gebiets-

„Quereinsteiger:innen können eine Bereicherung für die Schulen sein“, sagt Bensinger-Stolze der taz. Allerdings müssten die neuen Kolleg:innen dann gut ausgebildet und begleitet werden. Aus ihrer Wahrnehmung sei das aber nicht überall sichergestellt. „Wir wissen von unseren Landesverbänden, dass ein gewisser Teil der Quereinsteiger:innen wieder hinschmeißt. Das ist natürlich dramatisch, da wir die Kräfte eigentlich dringend brauchen.“

Wie hoch die Abbrecherzahlen liegen, wird nicht systematisch erfasst. Mehrere Ministerien beziffern gegenüber der taz die Drop-out-Quote auf rund 30 Prozent. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK), die die Länder in Bildungsfragen berät, hatte in einem Gutachten zum Lehrkräftemangel kritisiert, wie unterschiedlich die diesbezüglichen Regelungen in den Ländern seien und dass nicht überall die Standards der Lehrerbildung eingehalten würden.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat dennoch im März beschlossen, den Quer- und Seiteneinstieg weiter zu öffnen. Unter anderem soll dafür ein Master für Ein-Fach-Lehrkräfte und duale Studiengänge geschaffen werden. Die KMK geht davon aus, dass bis zum Jahr 2035 mindestens 68.000 Lehrkräfte fehlen. Bildungsforscher:innen gehen von deutlich höheren Zahlen aus.

GEW-Vorstand Bensinger-Stolze fordert ein Umdenken. Anstatt allein auf Notlösungen zu setzen, sollten die politisch Verantwortlichen den Lehrerberuf wieder attraktiver machen. Als Beispiel nennt sie die Entlastung von Lehrkräften von bürokratischen Aufgaben sowie die Einführung einer Arbeitszeitfassung.

ansprüche im Südchinesischen Meer gegenüber den Philippinen und anderen durchzusetzen. Marcos jr. wandte sich dann, in Anlehnung an seinen Vater, den Diktator Ferdinand Marcos, wieder Washington zu und erweiterte die Einsatzmöglichkeiten des US-Militärs in dem Archipel. Seitdem werden die Philippinen auch von Washington aufgerüstet.

Der Transitdeal, der laut *Washington Post* auch auf US-Vizepräsidentin Kamala Harris zurückgehen soll, ist entsprechend als Entgegenkommen von Marcos zu werten. Wenig verwunderlich ist, dass die in Opposition zu ihm stehende Vizepräsidentin Sara Duterte, die Tochter seines Vorgängers, den Deal mit Washington ablehnt.

Die Philippinen haben durchaus eine Geschichte der temporären Aufnahme von Flüchtlingen. So nahmen sie von 1937 bis 1941 1.200 Juden aus Deutschland, Österreicher und Schanghai auf, nach 1975 30.000 vietnamesische Boat People. Beide Gruppen reisten später in andere Länder aus, vielfach in die USA.

NS-Prozesse vor dem Ende

Warum die Justiz zu spät gegen Tausende mutmaßliche Täter vorging

Von Klaus Hillenbrand

Thomas Walther ist sich sicher: „Dies ist das letzte Mal, dass ein deutsches Gericht über die Verbrechen der Nazis zu urteilen hatte“, sagte er am Dienstag der taz. Der Rechtsanwalt Walther war es, der bald nach der Jahrtausendwende den Prozess gegen John Demjanjuk in Gang brachte, einen ukrainischen Wachmann des Vernichtungslagers Sobibor. Das Verfahren vor dem Münchner Landgericht endete 2011 mit der Verurteilung des Angeklagten wegen Beihilfe zum Mord an mehr als 28.000 Menschen zu fünf Jahren Haft.

13 Jahre später scheint die juristische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechern abgeschlossen zu sein. Thomas Will, Leiter der Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, mag nicht ausschließen, dass es vielleicht doch noch zu einem Prozess kommen könnte. Doch er gibt zu bedenken, dass die wenigen Personen, gegen die noch ermittelt wird, ein Alter zwischen 99 und 101 Jahren erreicht haben. Erst im Juni ließ das Landgericht Hanau das Verfahren gegen einen 99-Jährigen fallen. Dem ehemaligen SS-Mann wurde Verhandlungsunfähigkeit attestiert.

Mit dem Demjanjuk-Verfahren begann 2009 die Spätphase der bundesdeutschen NS-Prozesse. Zuvor waren jährlich immer weniger Nazi-Täter von der Justiz abgeurteilt worden. Dies geschah vor allem deshalb, weil der Bundesgerichtshof 1969 verlangte, dass für eine Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord in einem KZ ein individueller Mordvorwurf notwendig sei. Tatsächlich sahen sich nur die allerwenigsten Überlebenden in der Lage, einen solchen Mörder zu identifizieren, und die mutmaßlichen Täter leugneten jede Schuld. So kamen wohl Tausende von Nazis davon.

Thomas Walther, der sich später als Vertreter von Überlebenden als Nebenkläger in diversen Verfahren einen Namen machte, zweifelte genau diese Logik an – und gewann. Demjanjuk wurde verurteilt, obwohl es an einem individuellen Mordvorwurf mangelte. Das Gericht entschied vielmehr, dass allein die Tatsache seiner Tätigkeit als Wachmann in einem Lager, das einzig zum Massenmord an Juden diente, als Grund für eine Verurteilung wegen Beihilfe zu Mord ausreichte. Nur Mordvorwürfe konnten überhaupt noch geahndet werden, weil alle anderen Straftaten verjährt waren.

Das Demjanjuk-Urteil löste eine kleine Lawine neuer Vorermittlungen gegen mutmaßliche NS-Straftäter aus. Alleine der damalige Leiter der Zentralen Stelle, Kurt Schrimm, brachte Recherchen zu 49 früheren Auschwitz-Wachmännern in Gang. Dazu verglichen die Nazi-Ermittler Listen von KZ-Bediensteten mit den Daten von noch lebenden Sozialversicherten. Von den 49 blieben schließlich 30 Verdächtige übrig, deren Daten an die zuständigen Staatsanwaltschaften in der ganzen Bundesrepublik gingen.

Doch nur zwei von ihnen wurden auch verurteilt – Oskar Gröning 2015 in Lüneburg zu vier Jahren und Reinhold Hanning 2016 in Detmold zu fünf Jahren Haft. Im Falle Grönings segnete der Bundesgerichtshof die Praxis der Verurteilung ohne einen konkreten Mordvorwurf ab. Sie gewann damit Rechtskraft. Insgesamt kam es bis 2022 zu sechs Verurteilungen. Die anderen Täter hatten in den KZ Stutthof und Sachsenhausen Dienst getan. Der letzte Prozess endete am 20. Dezember 2022 vor dem Landgericht Itzehoe. Irmgard Furchner erhielt eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren zur Bewährung nach dem Jugendstrafrecht.

Dutzende weitere Verfahren blieben dagegen schon in ihren Anfängen stecken. Jetzt rächte sich, dass die Justiz die Wachmänner und andere Täter so lange milde behandelt hatte. Häufig waren Beschuldigte kürzlich verstorben, noch häufiger stellten Gutachter die Verhandlungsunfähigkeit der früher so schneidigen SS-Männer fest. Selbst laufende Verfahren mussten eingestellt werden, so im Falle von Johann R. im westfälischen Münster 2019. Zur Farce geriet die juristische Auseinandersetzung in Neubrandenburg, wo ein unwilliger Richter den Prozess verschleppte und einen Vertreter der Nebenklage beschimpfte, bis der Mann abgelöst werden musste. Der Angeklagte, ein Auschwitz-Sanitäter, erkrankte zwischenzeitlich an Demenz, womit das Verfahren beendet war.

Rechtsanwalt Thomas Walther ist heute 81 Jahre alt. Über die juristische Auseinandersetzung mit den NS-Tätern urteilt er: „Das ist alles kein Ruhmesblatt für die deutsche Justiz.“

Irmgard Furchner bei ihrem Prozess in Itzehoe im Dezember 2022
Foto: Christian Charisius/reuters



„Es kommt nicht auf die Uniform an“

Der Bundesgerichtshof bestätigte die Verurteilung einer ehemaligen KZ-Sekretärin wegen Beihilfe zum Massenmord im KZ Stutthof

Aus Leipzig **Christian Rath**

Die ehemalige KZ-Sekretärin Irmgard Furchner wurde zurecht wegen Beihilfe zum Mord in über 10.000 Fällen verurteilt. Das entschied an diesem Dienstag der Bundesgerichtshof (BGH) in einem Grundsatzurteil; auch eine Schreibkraft konnte Beihilfe zum Massenmord leisten. Der BGH bestätigte damit ein Urteil des Landgerichts Itzehoe aus dem Dezember 2022.

Irmgard Furchner ist heute 99 Jahre alt. Die Taten, die ihr vorgeworfen werden, liegen achtzig Jahre zurück. Von 1943 bis 1945 war sie Schreibkraft im KZ Stutthof nahe Danzig. „Soll eine Straftat nach so langer Zeit überhaupt noch verfolgt werden?“, fragte die Vorsitzende Richterin Gabriele Cirener gleich zu Beginn der Urteilsverkündung und griff damit die öffentliche Debatte auf. „Die Antwort des Gesetzes ist ganz klar“, sagte Cirener dann, „Mord verjährt nicht.“

Das KZ Stutthof war zunächst ein Arbeitslager und wurde Sommer 1944 dann faktisch zum Vernichtungslager. Zehntausende Gefangene starben an den lebensfeindlichen Bedingungen. Die großteils jüdischen Häftlinge bekamen zu wenig Nahrung, Wasser und Kleidung und kaum medizinische Behandlung. Später kamen auch eine Genickschussan-

lage und eine Gaskammer zum Einsatz. Viele Häftlinge wurden auch von Stutthof nach Auschwitz verbracht oder starben auf Todesmärschen.

Das war, so der BGH, die Haupttat. Als Täter seien verantwortlich der KZ-Kommandant Paul Werner Hoppe, sein SS-Stab und die NS-Führung um Adolf Hitler und Heinrich Himmler. Irmgard Furchner habe zu den Morden von Stutthof „physische und psychische Beihilfe“ geleistet.

Furchner habe sich als „zuverlässige und gehorsame Untergebene“ in den Lagerbetrieb eingeordnet und damit den Lagerkommandanten unterstützt. Ihre Tätigkeit im „inneren Kreis des Vertrauens“ wertete der BGH als psychische Beihilfe.

Daneben habe Furchner aber auch physische Beihilfe geleistet, also durch reale Handlungen am Massenmord mitgewirkt. „Das KZ war wie eine Behörde organisiert, da gab es sehr viel Schriftverkehr. Deshalb war eine Schreibkraft erforderlich“, erklärte die Vorsitzende Richterin. Von den Befehlen des Kommandanten bis zur Bestellung des Vernichtungsgases Zyklon B, alles lief über den Schreibtisch des KZ-Geschäftszimmers und Furchner war die einzige Stenotypistin des Lagers.

Auch am Vorsatz Furchners hatte der BGH keinen Zweifel. Es sei unvorstellbar, dass sie zwei Jahre lang nicht bekom-

men habe, was in Stutthof passierte. „Jeder im Lager kannte den Geruch verbrannten Menschenfleisches aus dem Krematorium“, erklärte Cirener. Der BGH kam deshalb zum Schluss, dass die Beweiswürdigung des LG Itzehoe ohne Rechtsfehler erfolgte.

Der Anwalt von Furchner, Wolf Molkentin, hatte in der mündlichen Verhandlung Ende Juli argumentiert, Furchner habe doch nur „neutrale Handlungen“ verrichtet. Ob sie

„Jeder im Lager kannte den Geruch verbrannten Menschenfleisches aus dem Krematorium“

Vorsitzende Richterin **Gabriele Cirener**

Schreibearbeiten in einer Bank oder in einem KZ erledigt, dürfe rechtlich keinen Unterschied machen.

Dies ließ der BGH aber nicht gelten. Neutrale berufliche Handlungen seien nur dann straffrei, wenn der Helfer nicht wisse, dass er an einer Straftat mitwirke oder dies nur für möglich halte. Wer aber wie Furchner um den verbrecherischen Charakter des KZs wisse, könne sich nicht auf die Neutralität sei-

ner Handlungen berufen. „Ihre Schreibearbeiten haben damit den Charakter von Alltagshandlungen verloren“, betonte Richterin Cirener.

Damit wurde erstmals eine zivilbeschäftigte KZ-Mitarbeiterin rechtskräftig verurteilt. Doch für den BGH machte das keinen Unterschied. „Es kommt nicht darauf an, ob ein Täter eine Uniform trägt“, erklärte Cirener.

Irmgard Furchner konnte sich auch nicht auf Vertrauensschutz berufen. Sie hatte im Lauf der Jahrzehnte zwar dreimal bei der Polizei als Zeugin über ihre KZ-Tätigkeit ausgesagt und jedes Mal habe man ihr versichert, dass sie persönlich sich nicht strafbar gemacht habe. Das zähle heute aber nicht mehr, denn es sei Ausdruck einer „fehlgeleiteten Strafverfolgungspraxis“ gewesen, so die Richterin. (Siehe nebenstehenden Text) Diesen deutlichen Begriff benutzte der BGH erstmals.

Furchner war aus gesundheitlichen Gründen nicht nach Leipzig gekommen. Sie muss nun aber auch nicht ins Gefängnis, denn das LG Itzehoe hatte sie nur zu einer zweijährigen Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Dabei wurde auch der lange Zeitablauf berücksichtigt.

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, lobte das Urteil: „Für Schoa-Überlebende ist es enorm wichtig, dass eine späte Form der Gerechtigkeit versucht wird.“

ns-verbrechen



Ihr Sohn kam bei Bandenkämpfen in einem Gefängnis ums Leben. Heute arbeitet Ana Morales mit gefährdeten Jugendlichen zusammen

In den Händen der Banden

Ecuador galt in Lateinamerika einst als „Insel des Friedens“. Doch angetrieben vom Drogenhandel eskaliert dort seit Jahren die Gewalt. Bald wird wieder gewählt. Wohin steuert Ecuador?

Aus Guayaquil **Leonardo Pape**

Auf den ersten Blick wirkt die Calle 18 wie viele andere Straßen im dichten Großstadtgewirr von Guayaquil. Fröhlich kräht aus einem Hinterhof der Hahn, Kramläden reihen sich aneinander, Restaurants bieten Mittagsmenüs für drei US-Dollar, und in den *vulcanizadoras*, den unzähligen Motorwerkstätten, werden Autos und Roller repariert, bis es nicht mehr geht. Doch entlang der Straße im Nordwesten der größten Stadt Ecuadors verläuft die Grenze zwischen zwei Stadtbezirken – und zugleich jene zwischen den Territorien zweier rivalisierender Banden, Los Tiguerones („die Tiger“) und Los Lobos („die Wölfe“). Ihre Präsenz macht sich vor allem abends bemerkbar. Die Sonne geht in der Äquatorregion früh unter, und die Calle 18 leert sich merklich. Nur wenige trauen sich in der Dunkelheit noch länger auf die Straße, zu groß ist die Sorge, überfallen zu werden oder zufällig in eine Schießerei zwischen Banden zu geraten. Das Leben zieht sich eilig hinter die schweren Eisenjalousien und Fenstergitter der Häuser und Geschäfte zurück.

Marias Augen weiten sich, als sie auf die Sicherheitslage angesprochen wird. Sie schaut alarmiert. „Man muss vorsichtig sein, was man sagt.“ Maria betreibt einen Kiosk auf der Calle 18. Wie viele andere Ladeninhaber bezahle sie Schutzgeld, erzählt sie. *Vacunas*, wörtlich übersetzt Impfungen, werden solche Erpressungen in den Ländern der Region umgangssprachlich genannt. In einigen Vierteln Guayaquils und anderer Küstenorte zahlt praktisch jeder Haushalt an eine der Banden, allein, um sich zeitweise ein wenig Ruhe zu erkaufen.

Es ist noch nicht lange her, da sprachen viele von Ecuador als einer *isla de paz*, einer sprichwörtlichen Insel des Friedens zwischen den Nachbarstaaten Kolumbien und Peru, den weltgrößten Kokainanbauländern. 2017 lag die Rate gewaltsamer Tode im Land bei 5,81 pro 100.000 Einwohner*innen, ein historischer Tiefstand. Das Land galt als eines der sichersten in Lateinamerika – heute ist es eines der gefährlichsten. Rund

20 gewaltsame Tode verzeichnet Ecuador im Juni pro Tag, etwa zehnmals mehr als in Deutschland, bei einer Bevölkerung von knapp 18 Millionen.

Wie es zu dieser Eskalation der Gewalt kam und wer dafür die Verantwortung trägt, ist wohl die wichtigste Frage in Ecuadors Politik, und jedes Lager hat dazu seine eigene Erzählung. Präsident Daniel Noboa rief erst im Januar einen internen bewaffneten Konflikt aus – und erklärte den Banden damit den Krieg. Polizei und Militär gehen nun mit Razzien und Festnahmen gezielt gegen die Strukturen der Drogenbanden vor. Doch die Verbreitung der *vacunas* konnten die Behörden bislang nicht aufhalten – auch weil oft auf lokaler Ebene die Ressourcen fehlen. Im kommenden Februar stehen wieder Präsidentschaftswahlen an, und die Sicherheitskrise dominiert schon jetzt alle politischen Debatten.

Die *bandas criminales* rekrutieren vor allem Jugendliche. 50.000 Menschen gehören ihnen landesweit an

Zurück in der Calle 18 beugt sich Eva aus einem kleinen Fenster im Gitternetz am Eingang ihres Waschsaloons. Sie kommt aus Venezuela, vor neun Jahren ist sie nach Ecuador gezogen. Mehr als 400.000 Venezolaner*innen kamen in den vergangenen Jahren auf der Suche nach einem besseren Leben ins Land.

Nein, sie zahle kein Schutzgeld, sagt Eva, „zu uns sind sie noch nicht gekommen, *gracias a diós*“. Aber einige andere Geschäfte in der Straße hätten schon zugemacht, weil sie den Erpressungen nicht nachgeben konnten oder wollten. Ihre Strategie sei: nicht auffallen, abends nicht ausgehen, hoffen, in Ruhe gelassen zu werden. Bisher scheint das zu funktionieren, doch man sieht ihr

an, dass ihr die ständige Sorge zusetzt. Dass sie überhaupt über ihre Situation spricht, ist nicht selbstverständlich. Manche Viertel Guayaquils sind für Journalist*innen nicht mehr gefahrlos zugänglich. Wenn es im ecuadorianischen Fernsehen um die Bedrohungen durch Banden geht, werden zum Schutz vor Racheaktionen meist nur die Stimmen von Betroffenen eingespielt. In gedruckten Beiträgen, wie auch in diesem, werden zur Sicherheit die Namen von Anwohner*innen geändert.

Die Demontage des Staates

International operieren Banden wie Los Lobos und Los Tiguerones vor allem im Kokainhandel. Zu Luft und zu Wasser gelangt es, oftmals in Containerladungen geschmuggelt, nach Europa oder über Mexiko in die USA. Doch in Ecuador sind die *vacunas* für sie nach Einschätzungen von Fachleuten mittlerweile eine ähnlich große Einkommensquelle. In der Küstenregion, dem Brennpunkt des Kokainschmuggels, nahmen in den vergangenen Jahren auch die Schutzgelderpressungen immer mehr zu.

Die *bandas criminales* rekrutieren die meisten ihrer Mitglieder lokal, vor allem unter Jugendlichen. 50.000 Menschen gehören ihnen Schätzungen nach landesweit an. Die Gewalt, die von ihnen ausgeht, erreicht die Menschen über ihre Fernschilde auch in den eigenen vier Wänden, täglich. Wie konnte es so weit kommen?

Für Billy Navarrete, Direktor der Menschenrechtsorganisation *Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos* (CDH) in Guayaquil, liegt die Antwort vor allem in der Demontage des Staates. Einen Anfangspunkt bilden für ihn die landesweiten Proteste gegen das neoliberale Sparprogramm des ehemaligen Präsidenten Lenin Moreno. 2019 versuchte Moreno, Subventionen auf Kraftstoffe zu streichen, auch aufgrund von Kreditaufgaben des Internationalen Währungsfonds. Die Reaktion, ein knapp zweiwöchiger Generalstreik, legte weite Teile des Landes lahm.

Dann kam die Pandemie, auch in Ecuador mit monatlichen Lockdowns und vor allem wirt-

schaftlichen Verheerungen. „Der Staat hat sich in dieser Zeit zurückgezogen und ist nie wieder zurückgekommen“, sagt Navarrete. Im Gegenteil: Die Regierungen Morenos und seines Nachfolgers Guillermo Lasso trieben den Abbau staatlicher Institutionen voran. Im Zeichen des *Estado mínimo*, des Minimalstaats, wurde unter anderem das Justizministerium abgeschafft. Auch in Gesundheit, Bildung und Verwaltung baute der Staat Mittel ab. Die Folge war ein Kontrollverlust, der den Banden den Weg ebnete.

Einer der folgenreichsten Kontrollverluste spielte sich in den Gefängnissen ab. Auch dort übernahmen die Banden. Die Verwaltung in einer der gefährlichsten Haftanstalten, der *Penitenciaría del Litoral* in Guayaquil, entschied gar, Gefangene nicht mehr nach ihren Delikten und Gefährlichkeitsgraden zu verteilen, sondern nach der Zugehörigkeit zu einer der Banden. So sollten die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Banden im Gefängnis entschärft werden. Ausgehend davon teilten sich die Banden die Kontrolle nach Trakten auf.

In der *Penitenciaría del Litoral* saß auch der Sohn von Ana Morales seine Strafe ab. Im CDH erzählt sie ihre Geschichte. Sie beginnt mit Geldsorgen, ihrem Sohn und dessen schwangerer Freundin, und dem Moment, der ihn ins Gefängnis brachte: „*Él robó un celular*“ – „Er hat ein Smartphone gestohlen.“

In dem Moment, in dem Ana Morales' Sohn das Gefängnis betrat, war er den Banden ausgeliefert. Zu der Zeit hätten sie alles in den Gefängnissen kontrolliert, von der Lebensmittelversorgung bis hin zu Besuchsmöglichkeiten. Zugleich nutzten die Banden das Gefängnis als Rekrutierungsstation. Und ihr Sohn habe Schutzgeld zahlen müssen, etwa 200 US-Dollar pro Woche.

Ana Morales spricht gefasst, trotz allem

2021 starb Morales' Sohn bei Bandenauseinandersetzungen in der *Penitenciaría del Litoral*. In dem Jahr wurden bei Ausschreitungen in verschiedenen Gefängnissen Ecuadors mehr als 300 Gefangene getötet. Es waren die schwersten Gefängnismassaker in der Geschichte Ecuadors.

Ana Morales ist Mitte Vierzig, die lockigen Haare trägt sie zu einem Zopf verflochten. In der Hitze Guayaquils tupft sie sich den Schweiß von der Stirn, doch sie spricht gefasst, fast abgeklärt. Sie hat ihre Geschichte mittlerweile oft erzählt. Nach dem Tod ihres Sohnes gründete sie das Comité de Familiares por la Justicia en Cárceles, das Komitee der Angehörigen von Strafgefangenen für die Gerechtigkeit in den Gefängnissen. Es dient als Plattform zur gegenseitigen Unterstützung und als Sprachrohr für politische Forderungen. Ana Morales teilt sich mittlerweile ein Büro mit dem CDH.

Das Komitee sieht sich einem Staat gegenüber, der die Rechte von Strafgefangenen teils nicht schützen will und teils auch nicht kann. Zum Interview kommt Ana Morales um einiges später als geplant – mit anderen Mitgliedern des Komitees war sie zuvor noch auf einem Friedhof im Süden Guayaquils. Dort wurden einigen von ihnen die sterblichen Überreste ihrer im Gefängnis getöteten Angehörigen überreicht, manche mit Monaten Verspätung.

Der Zusammenbruch von Teilen der öffentlichen Ordnung unter der Regierungen Lenín Moreno und Guillermo Lassos ließ weite Teile der Bevölkerung politisch desillusioniert zurück. Lassos Schwager wurden zudem persönliche Verwicklungen mit der albanischen Mafia, den *Albaneses*, nachgewiesen. Im Zuge der Aufarbeitung trat Lasso zurück und löste das Parlament auf.

Ein Wahlsieg aus Wut

Die vorgezogenen Neuwahlen im September 2023 wurden zu den gewalttätigsten Wahlen in der Geschichte Ecuadors. Der ehemalige Investigativjournalist und Präsidentschaftskandidat Fernando Villavicencio wurde im Wahlkampf getötet, wohl durch Angehörige der Lobos. Zugleich begünstigte die Enttäuschung über die etablierten politischen Kräfte den Aufstieg eines Polit-Neulings. Daniel Noboa, Sohn eines der reichsten Bananenunternehmer des Landes, gewann die Stichwahlen knapp und überraschend gegen Luisa González von der linkspopulistischen Partei Revolución Ciudadana.

Noboa ist erst 36 und hat große Teile seines Lebens nicht in Ecuador, sondern an US-Eliteuniversitäten verbracht. Seinen Wahlsieg, sagen ihm viele nach, hat er vor allem der Wut auf die etablierten Parteien und seinem Erfolg auf Social Media zu verdanken. Noboas Ehefrau ist Top-Influencerin, seine eigenen Konten auf Tiktok und Facebook haben in Ecuador mit Abstand die meisten Follower.

Die Gewalt im Land eskalierte zum Start von Noboas Regierung weiter. Am 9. Januar dieses Jahres, gut einen Monat nach Noboas Amtsantritt, stürmten bewaffnete Mitglieder einer der kriminellen Banden ein TV-Sudio in Guayaquil. Die Aktion wurde teils live übertragen. Minuten später rief Noboa den internen bewaffneten Konflikt aus. Zudem bot er im Landesinneren das Militär auf. Soldaten stürmten auch Haftanstalten

und beendeten die Herrschaft der Banden dort weitestgehend.

Wie hat sich die Situation dort in den vergangenen Monaten entwickelt? Ana Morales sieht Anlass zur Hoffnung. „Es gibt weniger Schutzgelderpressungen. Der Staat hat wieder mehr Kontrolle.“ Doch sie höre auch von Folter und Misshandlungen gegenüber Gefangenen durch das Militär. Arbeitsmöglichkeiten und Resozialisierungsmaßnahmen fehlten weiterhin.

Zu Gewaltexzessen in Gefängnissen kommt es jedoch weitaus seltener. Und die Zahl gewaltsamer Tode im Land insgesamt ging in den ersten Monaten dieses Jahres zurück, im Februar bis auf durchschnittlich zwölf pro Tag. Seitdem sind die Todesfälle zwar wieder mehr geworden, doch es sind immer noch weniger als im Vorjahr.

Die Politik der *mano dura*, der harten Hand, ist für Daniel Noboa auch ein willkommenes Mittel, um zu Beginn des Wahlkampfes Stimmung zu machen. Denn nach den vorgezogenen Neuwahlen von 2023 bleibt Noboa nur bis zum vorgesehenen Ende der Regierungszeit von Guillermo Lasso im Amt. Für die nächsten anstehenden Wahlen im Februar 2025 haben sich mittlerweile mehr als 20 Kandidaten aufgestellt, doch es scheint erneut auf ein Duell zwischen Noboa und Luisa González hinauszulaufen.

González und ihre Partei stehen in der Tradition des weiter einflussreichen Expräsidenten Rafael Correa, der von 2007 bis 2017 in Ecuador regierte. Um den Absturz des Landes zu erklären, arbeiten sich bis heute alle politischen Lager an seiner Regierungszeit ab. Für seine Anhänger war die Regierungszeit Correas die friedlichste und hoffnungsvollste Ära der vergangenen Jahrzehnte. Für alle anderen Lager nahmen staatlicher Kontrollverlust und Korruption mit Correa ihren Anfang.

Auch in der Calle 18 gehen die Meinungen auseinander. Gabriela, die gerade ihre Familie in Guayaquil besucht und mittlerweile im Hochland wohnt, sieht die Schuld stärker bei seinen Nachfolgern. Sie hätten den Staat demontiert, die Bevölkerung schutzlos gelassen. Correa sei nicht perfekt gewesen, doch zumindest bedeuteten Solidarität und soziale Gerechtigkeit für ihn noch etwas. Die Kioskbetreiberin María dagegen verortet die Verantwortung für die Lage nicht eindeutig. „Ich weiß nicht, wie es zu all dem gekommen ist. Uns bleibt nur, mit der Situation zu leben“, sagt sie und schüttelt den Kopf. Für sie zähle allein, wie es besser werden könne. Ob oder wen sie wählen gehen wolle, wisse sie noch nicht.

9/11 als Ausgangspunkt

Fernando Carrión, Professor an der Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, verfolgt den Wahlkampf mit einigem Abstand aus seinem Büro über den Dächern der Hauptstadt Quito. Auch Carrión erzählt eine Geschichte staatlichen Versagens, und keine der vergangenen Regierungen kommt dabei sonderlich gut weg. Doch der Wissenschaftler sieht Ecuadors Geschicke eingebettet

in eine sehr viel größere Geschichte, jene des transnationalen Verbrechens.

Carrións Anfangspunkt ist der 11. September 2001. „Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center führten die USA strengere Kontrollen an ihren Grenzen ein – das traf auch den Drogenhandel und dessen primären Zugang zu den USA – Florida.“ Der Weg des Kokains gen Norden verschob sich zunehmend auf die weniger stark kontrollierte Landroute durch Mexiko. Das begünstigte den Aufstieg der mexikanischen Kartelle, die in den vergangenen Jahren auch den Kokainhandel in Ecuador am stärksten vorantrieben.

Zugleich, sagt Carrión, gingen die Kartelle immer weiter arbeitsteilig vor. Während das ehemals berühmte Cartel de Medellín um den kolumbianischen Drogenbaron Pablo Escobar zu seinen Hochzeiten praktisch die gesamte Wertschöpfungskette des Kokains kontrolliert habe, suchten die großen Kartelle heute stärker lokale Allianzen.

In den vergangenen Jahren sei Ecuador so zunehmend in das „transnationale Netz des Verbrechens“, wie es Carrión nennt, integriert worden. Zugleich bilde sich wie in anderen Ländern Lateinamerikas erstmals ein eigener Markt für den Kokainkonsum heraus. „In Ecuador werden jähr-

Die Gesellschaft sehne sich nach Autorität, sagt Wissenschaftler Carrión – und attestiert Präsident Noboa gute Chancen

lich rund 800 Tonnen Kokain geschmuggelt und rund 80 Tonnen konsumiert.“ Auch die Gründe hierfür lägen in der Logik der Kartelle. Nachdem die Marktpreise für Kokain vor einigen Jahren aufgrund von Überangebot gefallen waren, fingen die großen Kartelle an, ihre lokalen Verbündeten nicht mehr mit Geld, sondern mit Drogen zu entlohnen – und diese verkauften das Kokain weiter. Unter anderem deswegen wurde Brasilien zum zweitgrößten Kokainkonsumland der Welt, nach den USA.

Für die kommenden Wahlen in Ecuador attestiert Carrión Präsident Noboa gute Chancen – so lange er den Wählern weiter glaubhaft machen kann, dass er für die Sicherheit des Landes einsteht. Er scheint damit viele Ecuadorianer*innen hinter sich zu einen. Als zuletzt die Gewalttate wieder anstieg, litten zwar auch seine Beliebtheitswerte. Doch das werde nicht als Scheitern der Politik der harten Hand ausgelegt, meint Carrión. Stattdessen tritten die Parteien im Wahlkampf nur darüber, wer von ihnen den Banden gegenüber die härtere Hand zeigen könne. Ein wenig unheimlich ist es Carrión ob der Beliebtheit dieser Politik: „Die autoritären Strategien

sind die, nach denen die Bevölkerung am meisten verlangt.“

Im Hochland Ecuadors wird deutlich, wie groß die Wut in der Bevölkerung gegenüber den Banden mittlerweile ist. Die Gewalttate in der Andenregion ist wesentlich niedriger als in Orten wie Guayaquil, Schutzgelderpressungen bisher die Ausnahme. Gerade darum blicken die Menschen mit Sorge auf die Eskalation in den Küstengebieten – und nehmen das Gesetz zuweilen in die eigene Hand.

Keine Zeit für Hoffnungslosigkeit

Gabriela erzählt von zwei *vacunadores*, die in der Nachbargemeinde ihres neuen Zuhauses Chunchi im Hochland versucht hatten, Schutzgeld zu erpressen. Einige aus der Bevölkerung beschlossen, an ihnen ein Exempel zu statuieren: „Sie haben sie gefangen genommen und verbrannt.“ Sie könne nur schwer fassen, wie ihr Land an diesen Punkt gekommen sei.

Derlei Akte der Selbstjustiz sind in Ecuador bei Weitem kein Einzelfall, und sie zeigen auch den rasanten Verlust von Vertrauen in das Rechtssystem des Landes. Fernando Carrión glaubt, nur eine nachhaltige Stärkung der staatlichen Institutionen könne Ecuador aus der Krise führen. Zudem brauche es einen breiten politischen Konsens im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Doch kurzfristig wirke dem vieles entgegen. Politische Polarisierung, schlechte ökonomische Vorzeichen, der Einfluss der Banden in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft – man sucht lange nach ein bisschen Hoffnung in Carrións Worten.

Ana Morales hat dagegen keine Zeit für Hoffnungslosigkeit. Sie erzählt stattdessen von ihrer Präventionsarbeit, mit der sie gefährdete Jugendliche in den Nachbarschaften Guayaquils erreichen will. Es sind NGOs und kirchliche Einrichtungen, mit denen sie zusammenarbeitet. In staatliche Institutionen hat sie kein Vertrauen. Doch sie blickt trotzdem nach vorne.

Nun müsse sie aber nach Hause, der morgige Tag beginne für sie früh. Ana Morales ist auch bei einer Pfadfinder-Gruppe aktiv, am nächsten Tag steht der Festumzug für die *fiestas de Guayaquil* an, die jährlichen Feiern zum Gründungstag der Stadt. Ihre Gruppe wird dabei sein, in festlicher Kleidung und mit Trommeln.

Der Tourismus in Ecuador ist in den vergangenen Jahren eingebrochen. Selbst an Feiertagen blieben die Ausgeh-Orte zuletzt weitgehend leer, aus Angst vor Gewalt und Diebstählen. Doch am Abend nach dem Festumzug flaniert die Stadtbevölkerung auf der Flusspromenade Guayaquils. Die Straßenverkäufer*innen wuseln durch die Menge und bieten in einem eigentümlichen Singsang lauthals gebratene Bananen, Fischsuppen und Säfte an. Eine Besucherin schaut sich ungläubig um: „Es ist so belebt wie lange nicht mehr.“ Der Bürgermeister Guayaquils spricht von den *fiestas* als einem „Wiedererwachen“. Man mag es als Zeichen der Hoffnung sehen. Es bleibt ruhig – zumindest unter den Augen der Soldaten mit ihren Maschinengewehren.



Ein Soldat patrouilliert in der Nähe einer Schule in Guayaquil
Fotos: Victor Moriyama/nyt/redux/laif

katz-und-maus-wetter



Nächste Runde im Katz-und-Maus-Spiel zwischen der Hamburger Polizei und dem Autonomenprojekt Rote Flora. Schon 2021 lieferten sich beide einen Wettbewerb mit einem Fassadenplakat, in dem Innensenator Andy Grote als „Pimmel“ bezeichnet wurde. Nun hängt die Flora ein Plakat mit Tipps gegen die AfD auf („Lege Autos lahm“, „Oute Nazis“) – das die Polizei erneut überstrich. Und das die Flora prompt erneuerte. 2021 gab am Ende die Polizei auf. Die Frage: Wer gewinnt diesmal? Das Wetter in Hamburg: bewölkt.

SPD: Keinen Bock mehr auf Ampel

Niedersachsens Regierender Weil und Jusos-Chef Türmer teilen aus

Der Dauerstreit der Ampel-Koalition sorgt auch in der SPD für Diskussionen. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) zeigte sich genervt: Im Bund gelinge es „nur sehr gelegentlich“, Verlässlichkeit zu vermitteln, sagte er am Dienstag. „Natürlich nervt mich das“, sagte Weil RTL und ntv. „Und man hat auch den Eindruck, dass inzwischen auch bei dritt- oder viertrangigen Themen geradezu der Diszens gesucht wird von einigen Akteuren. Das nützt am Ende tatsächlich aber niemandem.“

Am Montag hatte Kanzler Olaf Scholz (SPD) Probleme in seiner Koalition eingeräumt. Deren Arbeit sei „schwer geblieben“, sagte er bei einem Bürgergespräch in Bremen. Er beklagte, dass die regelmäßig schwierige Entscheidungsfindung in der „Ampel“ in der Öffentlichkeit deren Erfolge überlagere. Zuvor hatte Grünen-Chef Omid Nouripour die Ampel bereits als „Übergangsregierung“ klassifiziert. Jusos-Chef Türmer machte vor allem die FDP für das schlechte Bild verantwortlich. „Das hat auch damit zu tun, dass die FDP gar nicht mehr regieren, sondern nur noch blockieren will“, sagte Türmer dem Deutschlandfunk. Das Wort von der „Übergangsregierung“ von Nouripour wertete er „als eine Initiativbewerbung der Grünen, nach der nächsten Bundestagswahl mit der CDU zusammenzuarbeiten“. Türmer gab Nouripour aber recht, dass die Ampel keine Zukunft mehr habe. Ein Grund dafür sei, „dass die FDP dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören wird“. Einen Ausstieg aus der Koalition lehnte Türmer trotzdem ab. Dies wäre „unverantwortlich in der aktuellen Situation“. Zumal keine anderen Mehrheiten für eine progressive Politik in Sicht seien. (afp)

Kita-Personal am häufigsten krank

Der Personalmangel in Kitas führt zu großen Belastungen – und macht krank. Das zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Diese fordert politische Maßnahmen

Von Louise Ringel

Erzieher:innen sind am häufigsten krank. Das zeigt eine neue Studie der Bertelsmann Stiftung. Demnach haben Fachkräfte in Kindertagesstätten mehr Arbeitsunfähigkeitstage als alle anderen untersuchten Berufsgruppen. Dafür hat die Stiftung Daten der Krankenkasse DAK von 2020 bis 2023 ausgewertet.

In den vergangenen Jahren sind die Fehltage aufgrund von Krankheit in allen Berufsgruppen angestiegen. Bei Kita-Personal sind es jedoch mit durchschnittlich 30 Tagen deutlich mehr als in anderen Jobs. Der Durchschnitt in anderen Berufsgruppen liegt bei 20 Tagen.

Auffällig ist außerdem, dass die Anzahl der Fehltage aufgrund von psychischen Erkrankungen bei Kita-Fachkräften fast doppelt so hoch ist wie in anderen Berufsgruppen. Psychische Erkrankungen sind laut der Studie der zweithäufigste Grund für krankheitsbedingte Ausfälle. An erster Stelle stehen Atemwegserkrankungen, die seit 2022 gestiegen sind.

Der Studie zufolge liegt die Ursache für die vielen Fehltage vor allen Dingen am Personalmangel. Dieser setze einen Kreislauf in Gang, der die Situation im Verlauf immer weiter zuspitze: Wenn es zu wenig Personal gibt, verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen für

schätzung die Arbeitsbedingungen zusätzlich erschweren.

In Baden-Württemberg und Bayern ist die Anzahl der Krankentage verhältnismäßig gering. Im Osten Deutschlands ist sie höher als im Westen. Diese Unterschiede unterstrichen die Ergebnisse der Studie, sagte Kathrin Bock-Famulla, Expertin für frühkindliche Bildung bei der Bertelsmann Stiftung der taz. Im Osten seien die Personalschlüssel deutlich schlechter, was den Stress erhöhe und sich auf die psychische Gesundheit auswirken könne. Baden-Württemberg auf der anderen Seite habe den besten Personalschlüssel und sichtbar weniger Arbeitsunfähigkeitstage.

„Dramatisch hohe Ausfälle erfordern Antwort der Politik“

Bertelsmann Stiftung

Das bestehende Personal. Die Arbeitsbelastung wird höher, und wenn sie zu groß wird, gibt es mehr Fehltage aufgrund von Überbelastung. Dadurch wiederum verstärkt sich der Personalmangel noch weiter und das Muster setzt sich fort. Kita-Fachkräfte geben an, dass unangemessenes Gehalt, Unterbrechungen und Störungen bei der Arbeit, zu wenig Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung und geringe Wert-

Ausfallraten – bundesweit fast 97.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das bedeutete jährliche zusätzliche Personalkosten in Höhe von 5,8 Milliarden Euro. So könne man „die Personalsituation in den Kitas zumindest kurzfristig stabilisieren“. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert in einem Positionspapier „schnelle und gezielte Maßnahmen von Bund und Ländern, um den Personalengpass zu beheben“.

Der SPD-Bildungspolitiker Erik von Malottki forderte erneut Nachbesserungen beim geplanten dritten Kita-Qualitätsgesetz. Der Entwurf enthalte keine Vorgaben für bundesweite Standards und genüge noch nicht den Ansprüchen aus dem Koalitionsvertrag.

Mit dem Gesetz will der Bund die Länder in den Jahren 2025 und 2026 mit insgesamt rund 4 Milliarden Euro für Kitas unterstützen. Aktuell befindet sich der Referentenentwurf aus dem Familienministerium (BMFSFJ) in der Verbändeanhörung.

Weint da eine*r? Sind alle Kinder noch da?

Foto: Matthias Balk/picture alliance



Gedenkstättenleiter warnt vor AfD

Jens-Christian Wagner, Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, schickt 350.000 Briefe an Thüringer*innen

Von Marie Sophie Hübner

„Gehen Sie am 1. September zur Wahl und wählen Sie demokratische Parteien und ihre Kandidaten!“ So steht es in einem Brief, den Jens-Christian Wagner, Stiftungsdirektor der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, an 350.000 Thüringer Haushalte versandt hat.

Wagner warnt: „Für unser Land steht in diesen Tagen viel auf dem Spiel.“ Mit der AfD trete bei der Thüringer Landtagswahl am 1. September eine Partei an, die das Leiden der Opfer des Nationalsozialismus auch in den thüringischen Konzentrationslagern aus der Erinnerung tilgen wolle. AfD-Spitzenkandidat Björn Höcke fordere eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ und habe wiederholt eine SA-Parole verwendet. Er hatte die Parole „Alles für

Deutschland“ bei einer Wahlkampfveranstaltung im Mai 2021 in Merseburg gerufen. Bei einem Auftritt in Gera im Dezember 2023 hatte er den Anfang der Parole wiederholt – das Publikum hatte sie vervollständigt. Für beides wurde Höcke inzwischen vor Gericht verurteilt.

Wagner nennt in seinem Brief weitere Beispiele für Geschichtsrevisionismus in der AfD: So hatte der Nordhäuser AfD-Politiker Jörg Prophet den amerikanischen Befreiern des KZ Mittelbau-Dora unterstellt, genauso „morallos“ gewesen zu sein wie die SS. Wagner hatte sich bereits gegen Prophet ausgesprochen, als dieser im Herbst 2023 für das Amt des Oberbürgermeisters in Nordhausen kandidiert hatte: Im Falle seiner Wahl werde er nicht mit dem AfD-Mann zusammenzuarbeiten und ihn nicht zu Veranstaltungen der

Gedenkstätten einladen. Prophet unterlag in der Stichwahl dem parteilosen Amtsinhaber. Nun kandidiert er für den Thüringer Landtag.

„Wir machen die Beobachtung, dass spätestens seit 2015 auch Gedenkstätten Ziel von Rechtsextremisten geworden sind“, sagte Rikola-Gunnar Lüttgenau der taz, Sprecher der Gedenkstättenstiftung. 2022 hatten Unbekannte Tafeln und Schilder der Gedenkstätte Buchenwald mit Hakenkreuzen und anderen Nazi-Symbolen beschmiert. Die Gedenkstätte Sachsenhausen entschied sich aufgrund von antisemitischer Hassbotschaften, keine Gästebücher mehr in der Gedenkstätte ausulegen. Mit dem Brief wolle man darauf aufmerksam machen und auch jene erreichen, „die nicht unbedingt auf den Social-Media-

Kanälen unterwegs sind“, sagte Lüttgenau.

Der Thüringer AfD-Abgeordnete Jens Cotta nannte die Briefaktion auf der Plattform X „Anti-AfD-Propaganda“ und behauptete, diese sei durch Steuermittel finanziert worden. Die Stiftung erklärte hingegen, es seien weder Steuermittel noch für die Gedenkstättenarbeit vorgesehenen Spenden verwendet worden. Stattdessen seien Spendenmittel des Vereins Compact genutzt worden. Dieser habe auch den Versand über die Deutsche Post organisiert. Die ersten Briefe seien vergangene Woche zugestellt worden, so Lüttgenau.

Wagner ist dafür bekannt, der AfD offensiv Paroli zu bieten. Regelmäßig erhielt er dafür Bedrohungen. Der Thüringer Co-Chef der AfD, Stefan Möller, hatte angekündigt, Wagner ablösen zu wollen.

genossenschaft

taz

Lana Wittig
Geschäftsleiterin der taz Genossenschaft

WIR SUCHEN
LAUTE
TEILHABER*INNEN

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft

Aus Nordhausen
Amelie Sittenauer

Mit zehn anderen Pädagog:innen sitzt Lena Scherer an einem wolkenverhangenen Samstagmorgen in der Stadtbibliothek Nordhausen. Es ist Juni, kurz vor den Sommerferien, Scherer und ihre Kolleg:innen könnten auch ausschlafen oder ihre Ferien planen. Doch sie sind hier, weil sie eine Frage umtreibt: Was würde an ihren Schulen passieren, sollte die AfD bald in Thüringen regieren?

Am 1. September ist Landtagswahl in dem Bundesland. In Umfragen liegt die Partei, deren Landesverband der Verfassungsschutz als „erwiesene rechtsextremistische Bestrebung“ einstuft, bei rund 30 Prozent – 9 Prozentpunkte vor der CDU. Auf kommunaler Ebene ist die Lage in Nordhausen noch deutlicher. Bei den Stadtratswahlen im Mai 2024 stimmten 35,4 Prozent für die AfD. Im September vergangenen Jahres hatte Nordhausen bereits Aufsehen erregt, als ein AfD-Oberbürgermeister nur durch vereinte Mobilisierung der Zivilgesellschaft im zweiten Wahlgang verhindert werden konnte. Sogar die *New York Times* hatte berichtet.

Mit der Frage, was geschieht, wenn eine Partei wie die AfD Landesministerien übernimmt, beschäftigen sich seit 2023 Jurist:innen des Verfassungsblogs in ihrem „Thüringen-Projekt“. Die Gruppe um Verfassungsrechtler Maximilian Steinbeis hat Szenarien entworfen, um herauszuarbeiten, wie eine autoritär-populistische Partei wie die AfD auf das Recht und Institutionen einwirken könnte, um beides auszuhöhlen oder abzuschaffen. Mit Veranstaltungen, einer Publikation und Workshop-Reihen sollen diese Ergebnisse eine breitere Öffentlichkeit erreichen, um Menschen für den Schutz der Verfassung zu sensibilisieren.

Angesichts dieser Gefahren sind die elf Pädagog:innen aus ganz Thüringen nach Nordhausen gekommen, um an einem solchen Workshop teilzunehmen. „Resiliente Schulen zur Landtagswahl“ heißt er. Organisiert hat ihn der Verfassungsblog zusammen mit der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Vor den Lehrer:innen steht die Juristin Marie Müller-Elmau. Sie ist Mitarbeiterin des „Thüringen-Projekts“ und beschäftigt sich dort insbesondere mit der Frage, wie sich Lehrkräfte, Schulen und Bildungsverwaltung vor der Vereinnahmung durch autoritär-populistische Parteien schützen können.

Die Stimmung unter den Teilnehmenden reicht von ängstlich bis hoffnungsvoll. Lena Scherer, – die eigentlich anders heißt, ihre Schule aber nicht einer öffentlichen Diskussion aussetzen will – arbeitet seit drei Jahren an einer Regelschule im Landkreis. Sie ist motiviert und gleichzeitig erschöpft. „Ich glaube daran, dass wir etwas verändern können. Und trotzdem: Manchmal frage ich mich, wofür ich das alles tue, gegen die immer selben Sprüche anzureden.“ Eine andere Teilnehmerin ist sichtlich angespannt. Sie meint: „Manchmal sind da antidemokratische Tendenzen bei Schüler:innen, damit ist es schwierig umzugehen. Man verliert den Rückhalt und die Legitimität im Klassenzimmer.“

Was, wenn diese Tendenzen zunehmen? Und schlimmer noch, wenn diese durch die Politik und Verwaltung gestützt und sogar vorangetrieben wer-



Protest gegen die AfD in Nordhausen. Auch den Schulunterricht könnte die Partei umwälzen Foto: Matthias Bein/picture alliance

Sich wappnen gegen die AfD

Was passiert an Schulen, wenn die AfD nach den Wahlen die Bildungspolitik mitbestimmen würde? Diese Frage stellen sich Lehrkräfte in Thüringen. Antworten erhalten sie in Workshops des Verfassungsblogs. Ein Besuch

den? Die Hoffnung sei, sagt Müller-Elmau, dass insbesondere Zivilpersonen in institutionellen Rollen – Lehrer:innen, Richter:innen oder Menschen in der Verwaltung – ein Bewusstsein dafür entwickelten, wenn etwas schief läuft. Dieses Schiefelaufen muss nicht unbedingt rechtswidrig sein. „Autoritär-populistische Parteien arbeiten und argumentieren mit der Verfassung, nicht gegen sie“, erklärt Müller-Elmau. Als Beispiele nennt sie Ungarn und Polen. In der direkten europäischen Nachbarschaft konnte in den vergangenen Jahren beobachtet werden, wie der Rechtsstaat systematisch mit legalen Mitteln untergraben wurde.

Und auch die AfD könnte einiges tun, um den Unterricht an Thüringens Schulen nach ihren Vorstellungen zu verändern: die Lehrpläne umbauen, speziell den Geschichts- und Sozialkundeunterricht. Unter dem Vorwand der „ideologiefreien Schule“ könnte sie gesellschaftskritische Diskurse verstummen lassen und mehr „Heimatliebe“ propagieren. Kritisches Lehrpersonal könnte sie durch aufwendige interne Verfahren abschrecken. Schon heute gibt es Online-Meldeportale der AfD, in denen Schüler:innen anonym ihre Lehrer:innen melden können, wenn sich diese AfD-kri-

tisch äußern. Auch Schulklassen könnten weiter segregiert werden, aufgrund ihrer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit, ihrer Deutschkenntnisse oder einer Behinderung. So spricht die AfD Thüringen in ihrem Wahlprogramm etwa von „Inklusion mit Augenmaß“ und von „Vorschaltklassen mit Leistungsprüfungen“ für „ausländische Kinder“ mit geringeren Deutschkenntnissen.

„

„Ich glaube, dass wir etwas verändern können. Trotzdem: Manchmal frage ich mich, wofür ich das alles tue, gegen die immer selben Sprüche anzureden“

Lena Scherer, Lehrerin

Bei Kaffee und Spritzgebäck sitzen die Lehrer:innen mittlerweile in Arbeitsgruppen. In dem Workshop geht es nicht nur um theoretische Aufklärung, sondern auch um die Bearbeitung konkreter Szenarien, die auf die Lehrkräfte zukommen könnten. Ein Beispiel: Eine autoritär-populistische Partei übernimmt das Thüringer Bildungsministerium und baut den Geschichtsunterricht massiv um. Ein Schwerpunkt liegt jetzt auf

der Thematisierung „positiver Anknüpfungspunkte“ der deutschen Geschichte.

„Eine Gruppe Schüler:innen will nicht zu einer Fahrt in eine KZ-Gedenkstätte mitfahren. Was tun Sie?“, steht auf dem Zettel einer Arbeitsgruppe. Ein Dialog entspinnt sich. Wenig geht es dabei um desinteressierte oder antidemokratisch eingestellte Schüler:innen. Vielmehr kommt die Verantwort-

nur gegen antidemokratische Ministerien verteidigen, sondern auch gegenüber jenen, die diese Partei gewählt haben – womöglich gegenüber ihren eigenen Schüler:innen, deren Eltern oder Kolleg:innen.

Auch Lena Scherer kennt das. Auf den Gängen ihrer Regelschule hört sie oft Sprüche, die sie „der AfD zuordnen würde“, wie sie erzählt. Da geht es um „Geflüchtete, die die Mä-

der Thematisierung „positiver Anknüpfungspunkte“ der deutschen Geschichte. „Eine Gruppe Schüler:innen will nicht zu einer Fahrt in eine KZ-Gedenkstätte mitfahren. Was tun Sie?“, steht auf dem Zettel einer Arbeitsgruppe. Ein Dialog entspinnt sich. Wenig geht es dabei um desinteressierte oder antidemokratisch eingestellte Schüler:innen. Vielmehr kommt die Verantwort-

Der Thematisierung „positiver Anknüpfungspunkte“ der deutschen Geschichte. Wenn es um demokratische Resilienz geht, geht es auch um Ausstattung von Schulen, um Lehrkräftemangel und die Herausforderung sozialer Medien. Lehrer:innen sind Knotenpunkt und Projektionsfläche. In ihnen laufen die Erwartungen von Schüler:innen, Eltern, anderer Kolleg:innen, der Schulleitung und des Bildungsministeriums zusammen. Demokratische Werte müssen Lehrer:innen im Notfall nicht

dels bepöbeln würden“, oder um „Sozialschmarotzer“. Auch Beschmierungen mit Hakenkreuzen seien schon vorgekommen. „In diesem Fall konnten wir das mit den Schülern gut aufarbeiten. Da war es glaubhaft eine jugendliche Dummheit, eine Grenzüberschreitung“, meint Scherer. Doch trotzdem: Eine gewisse Grundstimmung, eine AfD-Stimmung, die sei da.

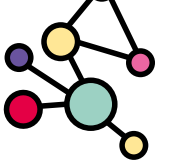
Gleichzeitig sind da Menschen, die gegen rechts und für eine bunte Zivilgesellschaft in Nordhausen eintreten. Seit der Bürgermeisterwahl organisierten sie sich in dem überparteilichen Bündnis „Nordhausen Zusammen“. Soziale Vereine, Künstler:innen, die nahegelegenen KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Stadträte – alle zusammen setzen sie sich ein für eine offene und tolerante Stadt. Auch Scherer ist dabei.

Darüber, wie weit dieses Engagement gehen darf, herrscht bei dem Workshop Unsicherheit. Wie offen darf man für seine eigenen Werte und Überzeugungen einstehen? Wo gebietet die Rolle als verbeamtete Lehrer:in Zurückhaltung? Referentin Müller-Elmau bestärkt die Teilnehmenden in ihren Rechten. Bei der AfD kann man beobachten, wie die Partei versucht, Begriffe wie „Neutralitätsgebot“ und „Schulfrieden“ durch gezielte Klagen zu definieren und zu instrumentalisieren. „Doch Neutralität bedeutet nicht Werteneutralität“, so die Juristin.

Verunsicherung ist ein gezieltes Mittel autoritär-populistischer Parteien, um voraus-eilenden Gehorsam zu erwirken. Dagegen ist der Workshop vor allem eine Form des Empowerments. Ein Beispiel, wie demokratische Resilienzarbeit in Institutionen und der Zivilgesellschaft aussehen kann. Und gleichzeitig auch ein Fingerzeig, dass diese in der Breite fehlt.

Einige Wochen nach dem Workshop. Die Landtagswahl steht mittlerweile kurz bevor, das neue Schuljahr hat in Thüringen bereits begonnen. In einem weiteren Gespräch mit Lena Scherer sagt diese: „Ich zeige jetzt mehr klare Kante.“ Seit dem Workshop gehe sie „rein“ in die Gespräche mit ihren Schüler:innen. „Ihr dürft eine andere Meinung haben“, denkt sie sich, „aber ich hab auch eine“. Scherer ist kampffest und – um die Demokratie. Im Lehrerzimmer ihrer Schule hat sie einen Aushang gemacht für ihre Kolleg:innen. Dort hat sie die Inhalte des Workshops zusammengefasst. Damit das ganze Kollegium auch noch mal weiß, dass es Kante zeigen darf. Nein, muss.

ost wahlen 2024



Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.

Alle Texte dazu finden sie auf taz.de und hier:



ZEITUNG IN DEN BESTEN HÄNDEN: VIELEN

taz * zeitung für morgen

10 WOCHEN NUR 10 EURO TAZ.DE/ABO



taz  **shop**

LED-Stirnlampe. Wer nachts im Zelt lesen will, eine Höhlentour plant oder frühmorgens joggen geht, kann eigentlich nicht ohne. Diese LED-Stirnlampe ist superhell, leicht und robust. Außerdem trotzt sie selbst Starkregen. Der Akku lässt sich per USB-Kabel aufladen und bei Bedarf austauschen. **€ 42,80**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

Kaum Akzeptanz für aktuelle CO₂-Bepreisung

Ökonom*innen fordern neben Klimageld weiteren sozialen Ausgleich für steigende Kosten

Von **Simon Poelchau**

Expert*innen fordern einen sozialen Ausgleich für die steigenden CO₂-Preise. Es solle „zeitnah ein Kompensationsmechanismus umgesetzt werden, um das Risiko finanzieller Überlastungen durch steigende CO₂-Preise bei Haushalten in unteren und mittleren Einkommensgruppen zu mindern“, heißt es in einer Studie, die das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung am Dienstag veröffentlichte. Dabei alleine auf das von der Ampelkoalition versprochene Klimageld zu setzen, sehen die Forschenden allerdings kritisch.

Für die Studie ließ das IMK im Januar und Februar online rund 4.800 Personen befragen. Zuvor hatte die Bundesregierung den CO₂-Preis zum Jahreswechsel von 30 auf 45 Euro erhöht. Das Ergebnis der Befragung: Nur rund ein Viertel findet die Höhe akzeptabel. Neben der mangelnden Kompensation liegt dies laut Studie auch an fehlender Transparenz.

Laut der Studie steigt die Akzeptanz mit dem Einkommen: 35 Prozent der Befragten mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von mindestens 4.500 Euro halten den CO₂-Preis für akzeptabel, bei Befragten mit weniger als 2.000 Euro sind es lediglich 20 Prozent. Auch ist die Akzeptanz in der Stadt höher als auf dem Land. Die Ergebnisse der Befragung deuteten darauf hin, „dass die finanziellen Sorgen in großen Teilen der Bevölkerung ein Hindernis für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der CO₂-Bepreisung darstellen“, schreiben die Forschenden. Dies gelte insbesondere für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen, die in der Regel einen größeren Teil ihres Haushaltseinkommens für CO₂-Kosten aufwenden müssen. Große finanzielle Verunsicherung herrsche aber vor allem auch unter Menschen in den neuen Bundesländern, die häufiger in älterer Bausubstanz auf dem Land leben und verstärkt auf die Nutzung eigener Autos angewiesen seien.

Derzeit beläuft sich die durchschnittliche Belastung durch die CO₂-Bepreisung pro Haushalt auf 192 Euro im Jahr. Dies könnte aber schon bald massiv steigen. „So prognostizieren aktuelle Studien bereits für 2027 einen Preis von 200 Euro pro Tonne CO₂“, heißt es in der Studie. Dann läge die durchschnittliche Belastung bei 853 Euro pro Jahr. Um dies zu kompensieren, versprach die Bundesregierung ursprünglich die Auszahlung eines Klimageldes. Allerdings wird dies in der aktuellen Legislatur vermutlich nicht mehr umgesetzt.

Die Umfrage unterstreiche, „dass die Dekarbonisierung alleine über eine CO₂-Bepreisung aus sozialen und politischen Gründen nicht erfolgreich sein kann“, mahnt IMK-Direktor Sebastian Dullien an. Dabei sei das Klimageld „kein Allheilmittel“. Vielmehr brauche man einen Instrumentenmix, der zusätzlich zum Klimageld etwa auch Investitionen in öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie Wärmenetze enthält, um die finanziellen Belastungen insbesondere von Haushalten im ländlichen Raum zu begrenzen.

meinung + diskussion 12

Zahl des Tages

27 Prozent

Ist das nun eine gute Nachricht? Die Menschen in Deutschland geben einen geringeren Teil ihres Einkommens im Einzelhandel aus. Einen geringeren Teil als in den Vorjahren – aber auch als ihre europäischen Nachbar:innen. Während **hierzulande 27 Prozent des verdienten Geldes in Lebensmittel, Klamotten und Kram umgewandelt** wurde, sind es im EU-Schnitt 33,9 Prozent. Eine konsumkritischere Haltung lässt sich daraus leider nicht ableiten: Zum einen sind die Löhne hierzulande höher, die Preise nicht unbedingt. Zum anderen geben die Deutschen das Geld trotzdem aus: für Freizeitaktivitäten und Dienstleistungen. Das kann besser fürs Klima sein. Muss aber nicht.

Den Spatenstich mit dem Chef des TSMC wollten sich weder Kanzler Scholz (SPD) noch EU-Kommissarin von der Leyen oder Ministerpräsident Kretschmer (beide CDU) entgehen lassen
Foto: Axel Schmidt/reuters

Austria hat Klimaplan

Weniger Vorteile für Dienstaautos, mehr Wärmepumpen und unterirdisches Verpressen von Treibhausgas: So will Österreich die EU-Klimaziele erreichen

Von **Clemens Schreiber**

Nach monatelangem Ringen hat es Österreich als letzter EU-Staat nun doch geschafft: seinen nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) zu finalisieren und der EU-Kommission zu übergeben. Um die EU-Klimaziele zu erreichen, sollen nach den Plänen der türkis-grünen Regierung vor allem klimaschädliche Subventionen fallen.

Für Katharina Rogenhofer vom österreichischen Klimainstitut Kontext ist der neue Plan ein Schritt in die richtige Richtung. „Für klimaschädliche Subventionen gibt Österreich jährlich 5,7 Milliarden Euro aus“, sagte die Expertin der taz. Während jetzt die Pendlerpauschale sowie Steuervorteile für Diesel und Dienstwagen überarbeitet werden, sollen klimafreundliche

Subventionen fortgesetzt werden. Dabei handelt es sich vor allem um Förderung für Gebäudesanierungen und die Installation von Wärmepumpen. „Österreich wird seine Klimaziele erreichen“, versprach die österreichische Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Dienstag.

Österreich muss seine Treibhausgas nach EU-Regeln um 48 Prozent im Vergleich zu 2005 reduzieren. Die Vorgabe betrifft nicht die Energiewirtschaft und die Großindustrie, in denen die EU Klimaschutz mit einem länderübergreifenden Emissionshandel organisiert. Sie bezieht sich auf die restlichen Sektoren, etwa das Verkehrswesen oder das Heizen.

Im Detail sei der Energie- und Klimaplan allerdings schwammig, so Rogenhofer. Ob Diesel

künftig gleich viel kostet wie Benzin oder nur leicht teurer wird, ist ihm zum Beispiel nicht zu entnehmen.

Vorgesehen ist auch der Einsatz von Carbon Capture and Storage (CCS) in energieintensiven Industrien wie der Abfallwirtschaft und der Zementproduktion. Das anfallende CO₂ soll also abgefangen und im Untergrund gespeichert werden. „In dem österreichischen Plan sind CCS-Verfahren bereits einkalkuliert und sollen dafür sorgen, dass rund 0,5 Tonnen CO₂ weniger ausgestoßen werden“, erklärt Biologin Rogenhofer. Weil die Speicherung von CO₂ in Österreich allerdings bisher verboten ist und es eine entsprechende Infrastruktur gar nicht gibt, hält Rogenhofer dieses Vorhaben aber für sehr unwahrscheinlich.



Viel Geld für unabhängige Mikrochips

In Dresden wird die Koproduktion der taiwanischen Halbleiterfabrik TSMC mit drei europäischen Tech-Konzernen von der deutschen Regierung üppig subventioniert

Von **David Muschenich**, Leipzig

Die Grundsteinlegung am Dienstag in Dresden markiert eine der größten Investitionen in Sachsen bisher: 10 Milliarden Euro für den Standort einer Chipfabrik, die Hälfte davon übernimmt die Bundesregierung. Da wollte die politische Prominenz mit aufs Foto. Mit roten Spaten stachen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), EU-Kommissarin Ursula von der Leyen und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (beide CDU) gemeinsam mit C. C. Wei, dem Chef des taiwanischen Chipherstellers TSMC, in den aufgehäuften Sand.

In der sächsischen Landeshauptstadt soll nun nicht nur irgendeine große, neue Halbleiterfabrik entstehen. Geplant ist ein wirtschaftliches Gemeinschaftsprojekt unter dem Titel ESMC – zu Deutsch „Europäische Gesellschaft für die Herstellung von Halbleitern“. Produziert werden Mikrochips, die

in Smartphones, Computern oder Autos zum Einsatz kommen. Beteiligt sind der deutsche Technologiekonzern Bosch sowie die drei Halbleiterhersteller Infineon aus Deutschland, NXP Semiconductors aus den Niederlanden und eben TSMC aus Taiwan. Ende 2027 soll die Produktion im neuen Werk starten und mindestens 2.000 neue Jobs schaffen. TSMC ist weltweit der größte Auftragshersteller für Halbleiter. Der Standort in Dresden wird der erste in Europa für TSMC, das bislang in China und Taiwan produziert. Die Ansiedlung ist Teil der Halbleiterstrategie der Bundesregierung.

Dafür versprach die Ampelkoalition den Unternehmen 5 Milliarden Euro Staatshilfe. Pünktlich zur Grundsteinlegung teilte auch die EU-Kommission am Dienstag mit, dass sie die Beihilfe der Bundesregierung genehmigt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte beim Spatenstich: In Sachsen sei die Zusammenarbeit zwischen jungen Start-

ups und Weltkonzernen bereits zu beobachten. „Hier in der Region sind mehr als 2.500 Unternehmen der Chip-Branche ansässig.“

Allerdings: Die Subvention kritisierte in der vergangenen Woche der US-Chiphersteller Globalfoundries. Das Handelsblatt zitiert, die Subvention für einen Branchenführer sei gegenüber anderen Fabriken ungerecht.

Bundeskanzler Olaf Scholz verteidigt beim Spatenstich die Investition. Laut der Nachrichtenagentur AFP sagte er: Deutschland und Europa dürfen bei Zukunftstechnologien nicht abhängig von „anderen Weltregionen“ sein. Und die TSMC-Fabrik in Dresden ist nicht der einzige zukünftige Chip-Standort in Ostdeutschland. In Sachsen-Anhalt, bei Magdeburg, plant derzeit der US-Konzern Intel den Bau mehrerer Chipfabriken für rund 30 Milliarden Euro. Dies will die Ampelkoalition mit 9,9 Milliarden Euro unterstützen. Die EU-Genehmigung

steht aber noch aus. Außerdem gibt es mehrere Berichte, dass das Projekt wackelt. Intel ist inzwischen auf Sparkurs. Die Aktien des Konzerns stürzten Anfang des Monats ab, nachdem Intel veröffentlicht hatte, in den nächsten Jahren mit Verlusten zu rechnen. Kürzungen sollen die Anleger wieder zurückholen.

Ob davon auch der Fabrikbau in Sachsen-Anhalt betroffen ist? Nach Angaben der Landesregierung in Magdeburg nicht – wie das Nachrichtenmagazin Spiegel berichtet, gibt es aber Hinweise darauf, dass sie sich auf ein mögliches Scheitern vorbereiten. Das habe eine Anfrage der Linksfraktion im Landtag ergeben. Zudem brauchen die Fabriken viel Wasser und Energie. Der Umweltschutz rückte beim feierlichen Spatenstich in den Hintergrund. Laut Sachsens Umweltminister Wolfram Günther (Grüne) sind jedoch Ver- und Entsorgung bei der Fabrik „Punkte, die wir gemeinsam gut lösen werden“.

meinung + diskussion 12

taz reisen
in die Zivilgesellschaft



Städtereise mit Bosphorus-Fahrt bis zum Schwarzen Meer

ISTANBUL

mit Nihat Gençosman in Kooperation mit Jürgen Gottschlich (taz)

Istanbul ist eine der ältesten Metropolen Europas, herrlich am Bosphorus gelegen, vielschichtig und widersprüchlich. Es gibt völlig unterschiedliche Stadtteile, die Sie während der Reise durchstreifen. Neben traditionell islamisch geprägten Vierteln ist die Stadt auch eine Hochburg der Opposition, deren Wahlsieg bei den Kommunalwahlen im März neue Hoffnungen bei der Zivilgesellschaft geweckt hat.

12. bis 20. Okt. 2024, ab 1.190 € (DZ/3xHP+5xÜF/ohne Anreise)

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (0 30) 259 02-117
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Lizenz zum Töten für türkische Hundehasser

Für die Unterzeile des Aufmachers: Seit Kurzem ist es in der Türkei erlaubt, Straßenhunde umzubringen. Tierschützer versuchen, so viele Vierbeiner wie möglich zu retten

Aus Istanbul
Jürgen Gottschlich

Die Fotos und Videos in den sozialen Medien sind grausam. Zu Tode geprügelte Hunde, Hundekadaver, die in einen Graben geworfen wurden, schwer verletzte Hunde, die verzweifelte Tierschützer noch zu retten versuchen. Vor gut zwei Wochen wurde in der Türkei ein neues Gesetz verabschiedet, das die massenhafte Tötung von Hunden erlaubt, wenn diese krank oder aggressiv sind, aber auch, wenn in einer Gemeinde angeblich durch streunende Hunde die allgemeine Sicherheit bedroht ist. Jetzt sind die Ergebnisse des höchst umstrittenen Gesetzes zu besichtigen. Viele Hundehasser betrachten das Gesetz offenbar „als Lizenz zum Töten“, wie der prominente Schriftsteller Ahmet Ümit feststellte.

So wurden im westtürkischen Uzunköprü, einer Kleinstadt in der Nähe der bulgarischen Grenze, 15 tote Hunde in Müllsäcken auf einer illegalen Müllhalde gefunden. In Niğde, einer Kreisstadt in Kappadokien, sollen Mitarbeiter eines Tierschutzheims massenhaft Hunde getötet, in ein Massengrab geworfen und mit Kalk abgedeckt haben. Tierschützer sprechen von bis zu 100 Tieren. Auch in einem Tierheim in einem Vorort von Ankara soll es zu einer Massentötung von Hunden gekommen sein. Von Tierschützern engagierte Anwälte versuchten in Ankara, den Vorkommissionen in dem Tierheim nachzugehen. Sie forderten die zuständige Gendarmerie auf, das Tierheim zu kontrollieren. Dort konnte angeblich nichts mehr festgestellt werden. Die Staatsanwaltschaft in Ankara weigerte sich, weiter zu ermitteln.

Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die meisten Tierheime sind bereits hoffnungslos überfüllt. Entgegen einem Tierschutzgesetz, das im Zuge der Reformen zur EU-Kompatibilität bereits 2004 verabschiedet wurde, sind viele Gemeinden ihrer Pflicht nicht nachgekommen, ein Tierheim aufzubauen. Auch per Gesetz geforderte Sterilisierungskampagnen wurden nur sehr schleppend umgesetzt. Das hat die regierende AKP von Präsident Recep Tayyip Erdoğan nun zum Anlass genommen, um mit den „streunenden Hunden“ Tabula rasa zu machen.

In seiner islamischen Anhängerenschaft kommt das gut an. Hunde gelten als „unrein“, sie sollen aus den Städten verschwinden. Beispielhaft für die Haltung vieler Gläubiger ist die des Islamdozenten Ahmet Emin Seyhan. Er schrieb auf Facebook: „Wachhunde und Hirtenhunde auf dem Dorf gehören dazu, aber streunende Straßenhunde in den Städten, die eine Gefahr für unsere Kinder sind, lieben wir nicht und können wir nicht mehr dulden.“ Gegen die KritikerInnen des „Massenmord“-Gesetzes sagte Erdoğan im Parlament: „Diesen Leuten, die nun

„Es soll das Leben von Tieren retten. Es ist kein Gesetz für Massenmord“

Vahit Kirişci, AKP-Abgeordneter

wegen der Hunde weinen, sind die toten Kinder in Gaza gleichgültig.“ Solidarisch mit Hunden seien die Ungläubigen, aber für die islamischen Brüder und Schwestern in Gaza hätten sie kein Herz.

Doch selbst Mitgliedern der eigenen Regierung und Abgeordneten seiner Fraktion ist mittlerweile unheimlich, was durch das Gesetz ausgelöst wurde. So sagte der zuständige Forst- und Agrarminister İbrahim Yumaklı, das Gesetz zur Tötung von Straßenhunden

rechtfertige nicht solche Vorfälle wie in Ankara, Niğde und Uzunköprü. Der AKP-Abgeordnete Vahit Kirişci sagte, das Gesetz sei nicht verabschiedet worden, „um unschuldige Tiere zu töten. Es soll das Leben von Tieren retten. Es ist kein Gesetz für Massenmord.“

Die größte Oppositionspartei CHP hat bereits angekündigt, das Gesetz vor dem Verfassungsgericht anzufechten. „Die fürchterlichen Fotos von erschossenen, vergifteten und totgeprügelten Hunden, die in Massengräbern verscharrt werden, hat unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigt“, sagte der Vizepräsident der CHP, Burhanettin Bulut. „Wir hoffen, dass sich das Verfassungsgericht des Problems nun schnell annimmt.“

Bis die Gerichte reagieren, versuchen TierschützerInnen in der Türkei und aus dem Ausland, so viele Straßenhunde wie möglich zu retten. Sie werben für Patenschaften für Straßenhunde, damit die Tiere registriert werden können und nicht mehr als „herrenlos“ gelten. Tierschutzvereine sammeln Geld, damit ärmere Leute unterstützt werden können, die gerne einen Hund aufnehmen würden, aber kein Geld für Futter haben. In einigen Städten werden sogenannte „Schutzhöfe“ eingerichtet, auf denen Hunde auf einem gesicherten Gelände untergebracht und versorgt werden können.

Der Bund der türkischen Veterinäre hat sich von Anfang

an gegen das Gesetz zur Massentötung von Straßenhunden ausgesprochen. Er wirbt nun dafür, dass zügig eine Kampagne zur Sterilisation von Straßenhunden durchgeführt und die illegale Hundezucht unterbunden wird. Tatsächlich werden nach wie vor massenhaft Hundewelpen über das Internet verkauft, die häufig nach wenigen Wochen auf der Straße landen. Die meisten Tierheime, in denen eingefangene Hunde abgeliefert werden, sind bereits überfüllt. Der englische Tierschutzverein Happy Paws Puppy Rescue berichtet, er habe massenhaft Anfragen von türkischen Tierschutzheimen, die gerne besonders pflegebedürftige Hunde ins Ausland abgeben würden.

Auch der deutsche Tierschutzverein Care 4 live setzt sich für die Rettung von Straßenhunden ein. Er unterstützt die Einrichtung von „Schutzhöfen“ und sammelt Spenden für den Einkauf von Hundefutter, sagte die Vereinsvorsitzende Silvia Greene der taz. Über befreundete TierschützerInnen soll Leuten geholfen werden, die einen Hund aufnehmen wollen, aber kein Geld für Futter haben oder notwendige Behandlungen durch Tierärzte nicht bezahlen können. „Es gibt so viele engagierte TierschützerInnen in der Türkei“, sagte Greene, „aber die meisten brauchen etwas Unterstützung, weil viele Leute in der Türkei ja kaum genug Geld für das eigene Essen haben.“



Garip, der Straßenhund, wurde von Ladenbesitzern in Istanbul aufgenommen Foto: Dilara Senkaya/reuters

E-Autos aus China vorerst zollfrei

Die Strafgebühren der EU gelten nicht rückwirkend ab Juli, wie zunächst geplant, und fallen niedriger aus

Aus Brüssel **Eric Bonse**

Peinlicher Patzer im Handelsstreit mit China: Weil es das Europarecht nicht hergibt, wird die EU vorerst doch keine Zusatzzölle auf Elektroautos aus China erheben. Die rechtlichen Bedingungen für eine rückwirkende Erhebung der Zölle seien nicht erfüllt, teilte die EU-Kommission mit.

Bisher sei noch kein materieller Schaden für EU-Unternehmen festgestellt worden, erklärte ein Kommissionsbeamter. Derzeit bestehe lediglich die Gefahr eines Schadens. Das

hätte die Brüsseler Behörde allerdings früher wissen können – die Industrie hatte frühzeitig gewarnt. Anders als sonst üblich, gehen die geplanten Strafzölle auf chinesische E-Autos nicht auf Beschwerden der europäischen Autoindustrie zurück. Die Kommission handelt vielmehr auf Druck aus den USA und Frankreich. Deutschland hatte sich gegen die Zölle ausgesprochen.

Auch bei der Höhe der geplanten Ausgleichszölle muss die EU-Kommission zurückrudern. Die Zahlen seien nicht korrekt berechnet worden, erklärte ein Be-

amter. Die Zölle wurden nun auf 17,0 Prozent für den Hersteller BYD, 19,3 Prozent für Geely und 36,3 Prozent für SAIC abgesenkt.

Am meisten darf sich der US-Hersteller Tesla freuen: Auf Autos aus chinesischer Produktion ist nun nur noch ein Aufschlag von 9 Prozent vorgesehen. Noch im Juli war von 20,8 Prozent die Rede. Wie es zu der drastischen Senkung kam, wollte die EU-Kommission nicht sagen.

Die überraschenden Änderungen werden nun den 27 EU-Staaten vorgelegt, die nochmals Einspruch einlegen können. Auch die letzte Entscheidung,

ob die umstrittenen Strafzölle tatsächlich gezahlt werden müssen, soll erst später fallen – geplant ist Ende Oktober.

Spricht sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten dagegen aus, werden die Zölle nicht eingeführt. Deutschland hofft immer noch auf eine Einigung in letzter Minute mit China. Nicht zuletzt auf deutschen Wunsch suchen Brüssel und Peking eine diplomatische Lösung. Sollte keine Einigung erfolgen, droht ein Handelskrieg. Die Führung in Peking hat bereits mit weitreichenden Vergeltungsmaßnahmen gedroht.



Illustration: Julia Molin

Seitenwende Kommen Sie nach Berlin!

Einladung

zur ordentlichen Generalversammlung der taz, die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Samstag, den 14. September 2024

Formaler Teil 9.15 bis 13.00 Uhr

- 9.00 Uhr Einloggen und Einfinden
- 9.15 Uhr Offizielle Eröffnung der Versammlung durch den Aufsichtsrat
- 9.25 Uhr Begrüßung der taz-Genoss*innen
- 9.35 Uhr Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 2023
- 9.45 Uhr Bericht des Aufsichtsrats über seine Tätigkeit
- 9.55 Uhr Aussprache
- 10.25 Uhr Kaffeepause
- 10.45 Uhr Erläuterung und Beschlussfassung zur Rechnungslegung und Bilanz für das Geschäftsjahr 2023
- 11.35 Uhr Wahl eines neuen Aufsichtsratsmitglieds
- 12.25 Uhr Wahl eines neuen Kuratoriumsmitglieds auf Lebenszeit für die taz Panter Stiftung
- 12.45 Uhr Stimmungsbild zu Flugreisen bei taz Reisen
- 13.00 Uhr Mittagspause

Inhaltlicher Teil 13.45 bis 18.15 Uhr (öffentlich)

- 13.45 Uhr Aktuelles aus der Genossenschaft
- 14.00 Uhr **Eigentum verpflichtet – Wir sanieren das Rudi-Dutschke-Haus**
- 14.15 Uhr Aussprache
- 14.25 Uhr **Die Wochenzeitung der taz und die wochen-taz der Zukunft – Barbara Junge im Gespräch mit Luise Strothmann und Matthias Kalle**
- 14.45 Uhr **Die digitalen Produkte der taz** Wir blicken auf den Relaunch der Website, die Entwicklung einer Newsapp und unsere digitale Tageszeitung
- 15.05 Uhr **taz bleibt – Wie wir gemeinsam die Seitenwende schaffen. Mit Aline Lüllmann und Katrin Gottschalk**
- 15.25 Uhr Aussprache/Stimmungsbild
- 16.25 Uhr Kaffeepause
- 16.45 Uhr **Krise der Demokratie – was tun?** Populismus, Rechte Parolen und Fake News in Wahlkämpfen und darüber hinaus. Moderation: Ebru Taşdemir
- 17.30 Uhr **Die Jugend kann auch politisch und links:** Die taz Panter Stiftung fördert Projekte mit jungen Menschen, die sich politisch engagieren. Moderation: Gemma Terés Arilla
- 18.15 Uhr Ende der Generalversammlung
- 18.30 Uhr Liveband **Agnamana Duo**, danach Party mit DJ Silke Super

Alle Genoss*innen sind herzlich eingeladen, an der hybriden Versammlung vor Ort oder digital teilzunehmen.

Für den Vorstand:

Aline Lüllmann und Andreas Marggraf

Ort der Generalversammlung:

Festsaal Kreuzberg

Am Flutgraben 2, 12435 Berlin

Weitere Informationen unter taz.de/geno



aufreger

Klappe halten statt aufklären: Die EU und das Nord-Stream-Monster

Die EU-Kommission in Brüssel zeigt kein Interesse mehr an der Aufklärung eines der größten Attentate der letzten Jahre. Sie will sich auch nicht zu einer möglichen Verstrickung der Ukraine und dem mysteriösen Verschwinden eines ukrainischen Tatverdächtigen in Polen äußern. Die Ermittlungen rund um die Sprengung der Nord-Stream-Gaspipelines in der Ostsee im Jahr 2022 seien eine nationale Aufgabe, erklärte ein Sprecher der EU-Behörde auf Anfrage der taz. Man wolle die Nachforschungen der deutschen Behörden abwarten und den Fall nicht weiter kommentieren.

Nach Recherchen von ARD, Zeit und SZ hat Generalbundesanwalt Jens Rommel im Juni einen Haftbefehl gegen eine tatverdächtige Person erwirkt. Der betroffene Ukrainer Wolodymyr Z. habe sich zuletzt in Polen aufgehalten und sei spurlos verschwunden, hieß es.

In wessen Auftrag er gehandelt haben soll, ließen diese Recherchen offen, aber eine brisante Wendung bekam der Fall vor einer Woche durch einen Bericht des Wall Street Journal in den USA. Demnach war der ukrainische Staatsef Wolodymyr Selenskyj über die Planung des Attentats informiert. Auch die Bundesregierung sei gewarnt worden. Selenskyj habe das Projekt am Ende zwar nicht gutgeheißen, aber es sei dennoch ausgeführt worden.

Die Ukraine hat den Bericht zurückgewiesen und jede Mitverantwortung von Selenskyj bestritten. Doch sollte er zutreffen, würden die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine in einem neuen, grellen Licht erscheinen. Auch das wichtige deutsche Verhältnis zu Polen ist belastet. Denn Polens Regierungschef Donald Tusk forderte in Reaktion auf die Berichte, den Fall ruhen zu lassen. Auf „X“ appellierte Tusk an die „Initiatoren und Förderer“ von Nord Stream, sich zu entschuldigen und die Klappe zu halten. Dies sorgt für Irritationen in Berlin. Zu Ergreifung des ukrainischen Verdächtigen sind die deutschen Behörden auf die Kooperation Polens angewiesen. Doch Tusk erweckt den Eindruck, als sei er an Aufklärung nicht interessiert.

Auch die EU legt kein großes Interesse mehr an den Tag. 2022 hatte sie noch mit Sanktionen gedroht. Jede vorsätzliche Störung der europäischen Energieinfrastruktur sei völlig inakzeptabel und werde „mit einer robusten und gemeinsamen Reaktion beantwortet werden“, erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell. Zwei Jahre später ist davon keine Rede mehr: Man habe nie mit Sanktionen gedroht, die EU habe auch andere Druckmittel. Außerdem seien nicht nur Borrell oder die EU-Kommission gefragt, sondern alle 27 EU-Staaten gemeinsam.

Von Polen ist aber wohl nichts zu erwarten. Auch Schweden und Dänemark haben ihre Ermittlungen zu Nord Stream bereits eingestellt. Sollten nun auch die deutschen Ermittlungen im Sande verlaufen, könnte der Anschlag, der vor zwei Jahren noch überwiegend Russland zugeschrieben wurde, womöglich nie mehr aufgeklärt werden.

Eric Bonse, Brüssel

Die USA wollen jetzt ein Ende des Gazakrieges

Israel und die Hamas sehen die laufenden Verhandlungen als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Doch Washington und Teheran haben ein Interesse an Deeskalation

Aus Kairo Karim El-Gawhary

Was im Krieg im Gazastreifen nicht erreicht wurde, versuchen beide Seiten nun mit den Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu erreichen. Israels Premier Benjamin Netanjahu will sich die Option offenhalten, die israelische Offensive zu einem späteren Zeitpunkt weiterzuführen. Er spricht immer noch von dem Kriegsziel, die Hamas zu eliminieren. Um das zu erreichen, will er, dass die israelische Armee auch nach einem Waffenstand in Teilen des Gazastreifens stationiert bleibt.

Die Hamas will das Gegenteil. Sie fordert Garantien, dass die israelische Offensive im Gazastreifen permanent beendet wird und sich die israelische Armee vollständig zurückzieht.

Weder Israel noch die Hamas haben ihre Ziele bisher mit militärischen Mitteln erreichen können. Jetzt soll es also am Verhandlungstisch klappen. Hamas hat die israelischen Geiseln und glaubt, dass Netanjahus Kriegsziel eine Illusion ist. Mit dem neuesten Anschlagversuch in Tel Aviv hat sie auch die Botschaft ausgesandt, dass sie eine weitere schmerzhaft Front eröffnen könnte. Netanjahu dagegen hat die vollkommene militärische Übermacht in diesem asymmetrischen Krieg und kann den Gazastreifen noch weiter in Schutt und Asche legen – nicht nur in der Hoffnung, die Hamas zu einem Deal in seinem Sinne zu zwingen, sondern auch, um sich bis zu einer möglichen Präsidentschaft Donald Trumps in den USA über die Zeit zu retten.

Eine Eskalation kann Kamala Harris in ihrem Wahlkampf überhaupt nicht gebrauchen

Dieses große Ganze spiegelt sich auch in den Verhandlungsdetails wider, etwa im „Brückendeal“, den US-Außenminister Antony Blinken nach Nahost mitgebracht hat. Nach einem dreistündigen Gespräch mit Netanjahu in Israel segnete dieser am späten Montag den neuen Vorschlag öffentlich ab, weil dort die israelischen Sicherheitsaspekte besser berücksichtigt seien. Die Hamas gibt sich dagegen verärgert. Sie habe bereits im Juli dem damaligen

US-Plan zugestimmt, heißt es von ihrer Seite. Darin war ausgemacht, dass zunächst israelische Geiseln und palästinensische Gefangene ausgetauscht werden, begleitet von einer sechswöchigen Feuerpause, die dann in einer zweiten Phase in einen permanenten Waffenstillstand und israelischen Rückzug münden sollte.

Laut dem neuen Vorschlag soll nun die israelische Armee im sogenannten Nezarim-Korridor stationiert bleiben, der den Gazastreifen in einen nördlichen und südlichen Teil teilt, außerdem an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten und dem dortigen Grenzübergang Rafah. Der Gazastreifen bliebe damit teilweise besetzt – und vollkommen von der israelischen Armee umzingelt.

Dagegen verwahrt sich nicht nur die Hamas, sondern auch Ägypten, das darin eine Verletzung des Friedensvertrages mit Israel von 1979 sieht. Ägyptens Präsident Abdel Fattah el-Sisi, der am Dienstag Blinken empfing, warnte vor einer regionalen Ausweitung des Konflikts und riet, „sich auf Weisheit zu besinnen“.

Blinken und Netanjahu sagen beide, dass nun der Ball bei

der Hamas liege. Aber die beschränkt sich, dass Netanjahu immer neue Bedingungen stelle und das von den USA schönge-redet werde.

Blinken spricht unverdrossen von der bisher besten und zugleich letzten Chance. In Wirklichkeit geben die USA den Druck weiter, unter dem sie selbst stehen. Und genau das ist das Neue an dieser Verhandlungsrunde. Die USA plädieren nun, ganz anders als bisher, für eine sofortige Waffenruhe.

Das hat mehrere Gründe, und dazu gehört nicht etwa die Sorge um die palästinensischen Zivilisten im Gazastreifen. Zum einen fürchten die USA nach der Tötung des Hamas-Chefs Ismail Haniyeh in Teheran und des Hisbollah-Kommandeurs Fuad Schukri in Beirut einen Gegen-schlag Irans, der Hisbollah im Libanon und der Huthi-Rebellen im Jemen auf Israel. Das zusammen mit der dann möglichen militärischen israelischen Antwort wäre eine Eskalation, die total außer Kontrolle geraten könnte. Die USA könnten mit ihrem Flottenaufgebot im östlichen Mittelmeer zum Schutze Israels direkt mit hineingezogen werden. Das kann Kamala Harris, die Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten, in ihrem Wahlkampf politisch überhaupt nicht gebrauchen, ganz abgesehen von den militärischen Folgen.

All das setzt Washington enorm unter Druck. Zwischen den USA, dem Iran und der Hisbollah gibt es somit, trotz aller grundsätzlichen Differenzen, eine gemeinsame Analyse: Keiner von ihnen möchte einen großen Krieg, und der Schlüssel zur Deeskalation liegt in einem Ende der israelischen Offensive im Gazastreifen.

Das ist wohl auch der Grund, warum es bisher keinen iranischen Militärschlag gegeben hat. Falls die Gazaverhandlungen zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden, werden der Iran, die Hisbollah und die Houthis für sich in Anspruch nehmen, dass ihre Drohungen den nötigen Druck aufgebaut haben, damit die USA die Notbremse ziehen. Falls nicht, können sie immer noch zu einem späteren Zeitpunkt militärisch antworten.

Israels Ministerpräsident Netanjahu besucht seine Truppen an Gazas Grenze zu Ägypten in Rafah, 18. Juli. Er will, dass sie dort permanent bleiben. Ägypten lehnt das ab
Foto: IMAGO/ Avi Ohayon/ Israel Gpo



Ukraine: Nächstes Kapitel im Kirchenkampf

Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das es ermöglichen würde, die Ukrainische-Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) zu verbieten

Von Barbara Oertel

Das ukrainische Parlament hat am Dienstag ein Gesetz über ein Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche (UPZ, früher Moskauer Patriarchat) verabschiedet. Das teilte der Abgeordnete Jaroslaw Schelesnjak auf seinem Telegram-Kanal mit. Dafür stimmten 265 Volksvertreter*innen, 33 votierten dagegen oder enthielten sich der Stimme. Das Gesetz „verbietet Aktivitäten ausländischer religiöser Organisationen in der Ukraine, die in

einem Land ansässig sind, das der ukrainische Staat als Aggressor gegen sich einstuft“. Weiter heißt es in der neuen Vorschrift, dass keine der Bestimmungen als Einschränkung der Religions- oder Glaubensfreiheit, des Rechts auf Ausübung religiöser Praktiken oder religiöser Riten ausgelegt werden könne.

Laut Schelesnjak werde das Gesetz 30 Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft treten. Die Gemeinden der UPZ hätten ab dann jedoch noch neun Monate Zeit, um ihre Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kir-

che abzubrechen. Die Regierung hatte bereits im Januar 2023 das Gesetz zum Verbot religiöser Organisationen, das in erster Linie auf die UPZ zielt, ins Parlament eingebracht. Am 19. Oktober 2023 nahm die Verchowna Rada das Gesetz in erster Lesung an. Danach tat sich nichts. Vor knapp einem Monat, am 23. Juli, blockierten aufgeführte Abgeordnete den Plenarsaal, um eine erneute Befassung mit dem Gesetz zu erzwingen. Die Sitzung wurde unterbrochen und für August angesetzt.

Das Votum vom Dienstag be-

endet eine weitere Etappe religiöser Streitigkeiten, die bisweilen auch gewalttätig waren. Dabei ist die Kirchenlandschaft in der Ukraine von jeher äußerst komplex. Ab Anfang der 90er Jahre und damit nach der Unabhängigkeit des Landes gab es neben der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) noch zwei weitere orthodoxe Kirchen: die ukrainisch-orthodoxe Kirche (Kyjiwer Patriarchat) sowie die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche.

Die beiden Letzteren schlossen sich im Dezember 2018 zusammen und gingen in der Orthodoxen Kirche der Ukraine (PZU) auf. Maßgeblich vorangetrieben hatte diesen Prozess der damalige Präsident Petro Poroschenko, der mit dem Slogan „Armee, Sprache, Glaube“ in den Wahlkampf zog. Am 6. Januar 2019 erklärte der Ökumenische Patriarch von Konstanti-

nopol sie für eigenständig.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits viele Kirchenmänner der UPZ als Moskaus langer Arm diskreditiert. So sprach Metropolit Onufri 2015 von einem „Bürgerkrieg“ in der Ostukraine und betete somit die Narrative des Kremls nach – ähnlich wie der Moskauer Patriarch Kyrill, der Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine als „heiligen Krieg“ rechtfertigt.

Dessen Beginn am 24. Februar 2022 stellte auch die UPZ vor ein Dilemma. Zwar verurteilte Onufri die „Spezialoperation“. Seine Kirche unterstützte die Ukraine Armee und Binnenflüchtlinge, im Mai 2022 erklärte der Rat der UPZ die Kirche für vollkommen unabhängig vom Moskauer Patriarchat. Gleichzeitig wurden jedoch immer mehr Fälle von Popen der UPZ bekannt, die mit den russischen Besatzern kollaborier-

ten. Ab Dezember 2022 griff der Staat durch mit Sanktionen und Strafverfahren gegen Vertreter der UPZ sowie Razzien in kirchlichen Liegenschaften, wie in dem von der UPZ genutzten Kyjiwer Höhlenkloster, einem der wichtigsten Heiligtümer in der Ukraine.

Ob jetzt an der religiösen Front Ruhe einkehrt, ist zu bezweifeln. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharow, warf Kyjiw vor, „die zutiefst kanonische, wahre Orthodoxie zu vernichten“. Der Kyjiwer Politologe Wolodymyr Fesenko erwartet großen Widerstand gegen die Umsetzung des Gesetzes – vor allem juristisch, schreibt er in einem Beitrag für das Webportal Novoje vremja. Das Gesetz werde mit Sicherheit angefochten vor dem ukrainischen Verfassungsgericht, aber auch dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Frust, Hype und Präsidententränen

Vor dem Demokraten-Parteitag in Chicago demonstrieren Menschen gegen die US-Unterstützung für Israels Krieg. Drinnen feiert die Partei ihre neuen Chancen mit Harris

Aus Chicago **Hansjürgen Mai**

Drinnen herrschte euphorischer Jubel. Draußen großer Unmut. Der erste Tag des diesjährigen Nominierungsparteitags der Demokraten zeigte eindrucksvoll den Zwiespalt, mit dem viele demokratische Wähler in diesen Tagen kämpfen. Zwar wollen die wenigsten erneut vier Jahre unter Ex-Präsident Donald Trump verbringen, doch zugleich sind viele im Augenblick auch nicht bereit, für Vizepräsidentin Kamala Harris zu stimmen. Der Grund ist die anhaltende Unterstützung der US-Regierung für Israels Krieg gegen die Hamas in Gaza.

„Es ist unfassbar, dass beide großen politischen Parteien in den USA an der Unterstützung und Lieferung von Waffen und Munition zur Fortsetzung des am besten dokumentierten Völkermords in der Menschheitsgeschichte beteiligt sind“, sagte Sarah aus Chicago im Gespräch mit der taz. Sie gehört zu denen, die sich aufgrund des Kriegs im Gazastreifen aktuell nicht vorstellen können, für Harris und die Demokraten zu stimmen. Und das trotz der Gefahr einer möglichen zweiten Trump-Amtszeit.

Sarah, die ihren Nachnamen nicht nennen wollte, war eine von etwa 3.000 Demonstranten, die am Montag beim „March on the DNC“ teilgenommen haben. Es ist eine von mehreren Protestaktionen, die während dieser Woche in Chicago zum Thema Gazakrieg geplant sind. Was die meisten davon gemeinsam haben, ist die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und einem Ende amerikanischer Waffenlieferungen. Organisiert wurde der Protestmarsch von einer Koalition aus Vereinigungen aus dem linken politischen Lager, wie der American Party of Labor oder der Socialist Alternative.

Sie marschierten von einem nahegelegenen Stadtpark bis zum Veranstaltungsort des demokratischen Parteitags, dem United Center, wo eine geringe Zahl von ihnen einen Schutzzaun durchbrechen konnten. Einige wurden daraufhin verhaftet. Ansonsten blieb es aber ruhig. Unter den Demonstranten



waren auch Familien und kleine Kinder zu sehen. Die aggressive Stimmung mancher Protestteilnehmer zeigte allerdings, wie tief der Frust über die aktuelle Politik der US-Regierung bei manchen sitzt.

„Der Status quo ist nicht gut genug. Wir brauchen eine Veränderung, und Harris gibt uns keine Veränderung. Wir werden nicht einfach für sie stimmen, nur weil wir Trump nicht wollen. Sie muss sich unsere Stimmen verdienen“, sagte die aus Milwaukee angereiste Demonstrantin Elaine.

„Harris muss sich unsere Stimmen verdienen“

Elaine, Demonstrantin aus Milwaukee

Von alledem war innerhalb der Arena nur wenig zu spüren. Der Krieg im Gazastreifen spielte bei der ganzen Euphorie über Harris und ihren Vizekandidaten, Minnesotas Gouverneur Tim Walz, nur eine untergeordnete Rolle. Die Demokraten reiten seit knapp einem Monat eine Welle der Begeisterung. Mit Harris ist die Energie unter den Anhängern zurück, die un-

ter Präsident Biden abhandengekommen war. Und dies war am Montagabend deutlich zu spüren.

Mit der populären Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez, Ex-Außenministerin Hillary Clinton und natürlich Biden selbst führen die Demokraten bereits am ersten Abend schwere Geschütze auf. Die Menschen tanzten, jubelten und feierten sich und ihre Partei. Wie für einen Parteitag nun so üblich. Ziel des Abends war es, den Unterschied zwischen Harris und Trump deutlich hervorzuheben. Ein Redner nach dem anderen erklärte, dass Harris eine Präsidentin sei, die sich für das Wohl von Amerikas Familien und Amerikas Arbeiter einsetzen werde. Trump hingegen habe rein egoistische Gründe.

„Kamala Harris arbeitet für die Menschen. Kamala Harris arbeitet für euch. Donald Trump geht es nur um sich selbst“, sagte die US-Handelsministerin Gina Raimondo während ihrer Rede. Es ging den Demokraten darum, eine positive Nachricht an die Bevölkerung zu senden. Die USA seien ein Land, in dem jeder Erfolg haben kann, in dem Rechte ausgeweitet und nicht beschränkt werden. Für das Highlight des Abends sorgte je-

doch Biden selbst. Noch vor einem Monat hatte er damit gerechnet, in dieser Woche die Nominierung seiner Partei als Präsidentschaftskandidat für eine zweite Amtszeit anzunehmen. Biden hatte Tränen in den Augen, nachdem ihn seine Tochter Ashley mit rührenden Worten vorgestellt hatte. In seiner Rede erklärte er dann, dass die Demokratie gesiegt habe und es nun darum gehe, sie mit einem Wahlsieg von Harris im November zu festigen. „Thank you, Joe! Thank you, Joe!“-Rufe wurden von den mehr als 20.000 Menschen im United Center immer wieder angestimmt.

Biden unterstrich die Erfolge seiner Regierung und machte deutlich, dass Harris einen großen Anteil daran gehabt habe. „Ich frage Sie: Sind Sie bereit, für die Freiheit zu stimmen? Sind Sie bereit, für Demokratie und Amerika zu stimmen? Sind Sie bereit, Kamala Harris und Tim Walz zu wählen?“ Harris selbst überraschte viele, als sie am frühen Abend selbst die Bühne betrat und sich bei Biden für dessen Lebenswerk bedankte. „Joe, vielen Dank für deine historische Federführung, für deinen lebenslangen Dienst im Auftrag unserer Nation und für alles, was du weiterhin tun wirst. Wir sind dir für immer dankbar.“

Unzufrieden mit der Kandidatin: Am Tag der Kundgebung „March on the DNC“ am Rande des Demokraten-Parteitags in Chicago halten Demonstrierende eine Puppe hoch, die US-Vizepräsidentin Harris als Strippenzieherin darstellt
Foto: Eduardo Munoz/reuters

Waghalsige Flucht durch den Todesstreifen

Ein Soldat aus Nordkorea ist nach Südkorea übergelaufen. Seoul ruft aktiv zur Flucht in den Süden auf

Aus Seoul **Fabian Kretschmer**

Im Morgengrauen wurde der nordkoreanische Soldat von der Überwachungstechnik des südkoreanischen Militärs entdeckt. Im Osten der Halbinsel hat er den Weg durch den Todesstreifen genommen. Nicht nur wird die Gegend von patrouillierenden Wachposten observiert, sondern ist auch von tausenden Minen und Panzersperren durchzogen. Es gleicht einem Wunder, dass der Überläufer unversehrt in Südkorea aufgefunden wurde.

Noch sind die Hintergründe des Falls unklar, doch eine direkte Flucht über die innerkoreanische Grenze ist äußerst selten. Doch vor weniger als zwei Wochen ist schon ein weiterer Nordkoreaner auf mindestens ebenso spektakuläre Weise übergelaufen: An der militärisch hochgerüsteten Westküste konnte sich der Mann bei Ebbe auf eine südliche Insel retten.

Warum innerhalb weniger Tage gleich zwei Nordkoreaner diese lebensbedrohliche Flucht gewählt haben, bleibt Spekulation. Doch es liegt nahe, dass die psychologische Kriegsführung des südkoreanischen Militärs Wirkung zeigt: Seit Wochen hat die Armee die Propagandabeschallung des abgeschotteten Nordkoreas wieder aufgenommen. Riesige Lautsprecheranlagen senden entlang des Grenzgebiets subversive Botschaften aus: Politische Nachrichten berichten über die Schattenseiten des Kim-Regimes, Nordkoreaner werden direkt aufgefordert, ihrem „sklavenähnlichen Leben“ zu entkommen, dazu scheinbar trivialer K-Pop. Doch verheißt auch die Popmusik Wohlstand und Freiheit.

Jang Yeong-jin floh bereits in den 90er Jahren ein Nordkoreaner über die Grenze vom Norden in den Süden. Er sorgte in Südkorea vor allem deshalb für Schlagzeilen, weil es dem Geheimdienst dort lange ein Rätsel war, warum ein Nordkoreaner aus gutem Hause und angesehener Stellung eine solch verzweifelte Flucht wagen sollte. Doch das Motiv des heute 64-Jährigen, wie er einst im Interview sagte, hatte mit seiner Homosexualität zu tun. Als er die entdeckte, sah er für sich keine Zukunft mehr im Norden: „Lieber wollte ich sterben, als ein Leben ohne Hoffnung zu führen.“

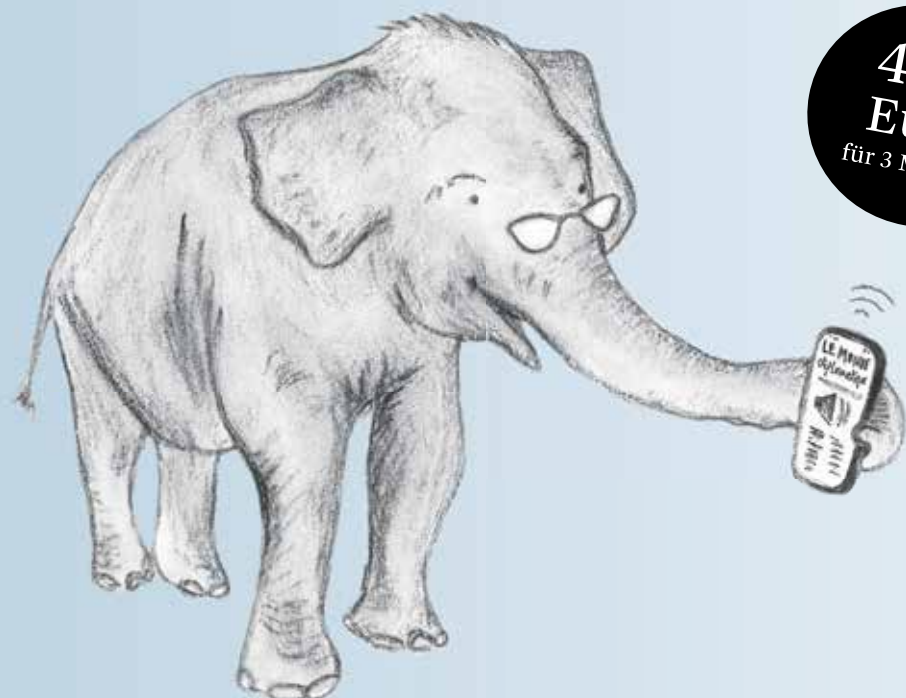
Womöglich registriert Südkorea in nächster Zeit wieder mehr Flüchtlinge. Erst letzten Donnerstag stellte Südkoreas konservativer Präsident Yoon Suk Yeol eine neue Wiedervereinigungsdoktrin vor. „Wir müssen den Wert der Freiheit proaktiver auf den Norden ausdehnen und substanzielle Veränderungen vorantreiben“, sagte Yoon. Das heißt: Südkorea möchte kritische Informationen in das abgeschlossene Land schmuggeln – etwa in Form von Heißluftballons mit Flugblättern. Dies wertet Nordkoreas Regime als Subversion und dürfte mit militärischem Säbelrasseln reagieren. Doch sieht das Vereinigungsministerium in Seoul zunehmend Risse innerhalb des Kim-Regimes. So soll die Führung während der massiven Flutschäden vom Juli unter Druck geraten sein, da der Katastrophenschutz offensichtlich versagt hat.

LE MONDE *diplomatique*

Alles digital? *diplomatique!*

Lesen Sie die **digitale Ausgabe** von Le Monde diplomatique in der App, im Browser oder als ePaper. Und hören Sie alle Texte aus der großen Monatszeitung für internationale Politik als MP3.

Hier bestellen:
monde-diplomatique.de/zeitungsabo



4,50
Euro
für 3 Monate



**schlagl_ch**

Reaktionäre Hinterwäldler?

In den populären Rechtsextremismus-Analysen steckt viel Verachtung für die arbeitenden Klassen und eine Verniedlichung des Faschismus

Glegentlich kommt es vor, dass Probleme, die lange verdrängt wurden, nicht mehr ignoriert werden können. „Endlich“, denkt man sich dann. Und allmählich schleicht sich dennoch ein Unwohlsein ein, das Gefühl, dass auch das Richtige leider auf die falsche Weise erzählt wird. Das Gefühl, dass das auch wieder nicht so stimmt. Auch wieder falsch ist, nur auf andere Weise.

So ähnlich geht es mir seit einiger Zeit, wenn die Rede auf „die Arbeiterklasse“ kommt. Die ist seit einigen Jahren wieder in aller Munde. Jahrzehntlang hatte man die Verwundungserfahrungen der arbeitenden Klassen ignoriert, deren Empfindung, nicht mehr als zentral wahrgenommen zu werden, sondern als randständig. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Da stauen sich Kränkungen auf, materielle Bedrohungen und Abstiegs-erfahrungen. Und andererseits ein emotionaler

Der Rechtsruck entstand, weil man die arbeitenden Klassen zum Bollwerk des Reaktionären stilisiert hat

Groll durch das Gefühl: Man hat Probleme, aber die interessieren niemanden mehr, weil ja jetzt alle „neue Mitte“ sein wollen, die modernen urbanen Aufsteigersegmente.

Wurde „man“ analysiert, fühlte sich das wie eine Beleidigung an, man wurde „Modernisierungsverlierer“, „Abgehängte“, oder sonst etwas genannt und es wurde über einen im Tonfall eines inneren Kolonialismus geredet. Die, die nicht mehr mitkommen; die, die halt nicht beweglich und flexibel genug sind, sich schnell genug aus ihren Welten davonzumachen.

Man hat, grob gesagt, zwei Jahrzehnte lang ignoriert, welch ein explosiver Groll sich da zusammenbraute, bis es dann auch der letzte Ignorant begriff, was spätestens mit dem Brexit-Votum und der Trump-Wahl der Fall war. Plötzlich waren die „politisch Vergessenen“, die „White Working Class“, die einheimische Arbeiterklasse das große Thema. Autorinnen und Soziologen schwärmten aus, sie zu ergründen wie eine fremde Ethnie.

Es ging sofort mit neuen Falschheiten einher. Arbeiterklasse, die wurde da erst recht homogenisiert, der prototypische „Arbeiter“ ist in diesen Analysen der hinterwäldlerische Redneck oder der Wutbürger. Aber die „arbeitenden Klassen“ (besser, wir halten uns an den Plural), sind in Wirklichkeit vielgestaltiger. Das beginnt schon bei der simplen Soziologie: Es sind nicht alle Männer und nicht alle Beschäftigte im produzierenden Gewerbe.

Arbeiterklasse, das sind ja alle, sagen wir es einmal ganz grob, die ihre Arbeit nicht im Home-office erledigen können und bei denen es wirtschaftlich knapp ist, das können vom Regalschicht über die Kassiererin, den Lkw-Fahrer, die Montearbeiterin am Fertigungsband alle möglichen Menschen sein, vom Elektroinstallateur bis zu den Leuten, die die Glasfaserkabel verlegen.

Hinzu kam: Im phantasmagorischen Bild, das hier häufig gezeichnet wird, ist die „abgehängte Arbeiterklasse“ von weißen, älteren Männern repräsentiert, die allesamt konventionelle Werte aus den fünfziger Jahren haben. Das Image des Arbeiters wird an Leuten modelliert, die meist Rentner sind.

Die arbeitenden Klassen bestehen aber heute nicht unwesentlich aus Zwanzigjährigen, Dreißigjährigen, Vierzigjährigen und Fünfzigjährigen, die ganz unterschiedliche Werte haben. Doch im populären Phantombild sind sie alle rechts, kulturell konservativ, antiwoke, antifeministisch, homophob usw. Alles ziemlich grob holzschnittartig. Die Milieus sind weit heterogener. Manche sind reaktionär, manche progressiv und manche teils-teils. Manche innerlich frustriert, viele auch nicht. Die einen prekär, die anderen einigermaßen wohlhabend.

Ein begrüßenswerter, ja sogar in gewissem Sinne „progressiver“, „linker“ Vorgang, nämlich das wachsende Augenmerk auf die Verwundungserfahrungen und Krisen der arbeitenden Klassen, bekam eine rechte Schlagseite, indem man die arbeitenden Klassen zum Bollwerk des Reaktionären stilisierte. Man las J.D. Vance' Bestseller „HillbillyElegie“ als eine Klassenanalyse, die die Augen öffnet, und wundert sich jetzt, dass der gleiche Vance zum völlig wirrköpfigen Running Mate von Donald Trump wurde. Womöglich steckt aber schon in der „Klassenanalyse“ Wirkköpfigkeit drin. Paradox ist, dass man uns bis heute erklärt, dass es Klassen gar nicht mehr gäbe, wenn man aber dann das Wählermilieu der Rechtsextremen analysiert, dann kommt „die Arbeiterklasse“ wieder, aber sie kommt nur als „enttäuschte Masse“, als „anonyme Unterschicht“ (Thomas Köck) vor. Die Arbeiterklasse – mal existiert sie nicht, mal wird sie zum Monster stilisiert.

Halbwahrheiten werden zu Ganzfalschheiten. Im Grunde beruht die gesamte „Grundphilosophie“ des „Bündnisses Sarah Wagenknecht“ auf diesen richtigen Falschheiten oder falschen Richtigkeiten. Neue Fragwürdigkeiten werden in die Welt gesetzt. Es hat sich beispielsweise eingebürgert, dass die Wähler und Wählerinnen rechtsextremer Parteien als verwundete Vergessene beschrieben werden, die aufgrund ihrer Frustrationen und auch wegen ihrer Tölpelhaftigkeiten Faschisten wählen, aber eigentlich nicht wissen, was sie tun. So als wären sie nicht geschäftsfähig.

Daran ist schon einmal bemerkenswert, dass dieselben Leute, die die Herablassung gegenüber den „einfachen Leuten“ berechtigterweise anprangern, sie oft schon im nächsten Satz als einfältige Kleinkinder zeichnen, die nicht checken, dass sie Faschos wählen. Mal soll man „Sorgen“ ernst nehmen, aber die Handlungen der Menschen werden nicht ernst genommen. Mir scheint ja, das ist die eigentliche Verachtung der Arbeiterklasse und zugleich eine Verniedlichung des Faschismus.

Wer Leute wie Björn Höcke oder in Österreich Herbert Kickl wählt, wer Leute wählt, die von „wohltemperierten Grausamkeiten“ schwadronieren, und wer bei jeder bösartigen verbalen Entgleisung und Gewaltretorik in ekstatischen Jubel ausbricht, der will das, was er kriegt. Wer Rechtsextremisten wählt, ist ein Rechtsextremist und in der Regel kein besachwalteter Depp.



Robert Misik, Jahrgang 1966, lebt und arbeitet in Wien. Journalist, Sachbuchautor, Theatermacher und taz-Kolumnist. Jüngste Veröffentlichungen: „Das große Beginngefühl: Moderne, Zeitgeist, Revolution“, Suhrkamp Verlag, 2022

Die Schlagloch-Vorschau 28. 8. Robert Seeblen 4. 9. Charlotte Wiedemann 11. 9. Ilija Trojanow 18. 9. Mathias Greffrath

Leon Holly über Gaza-Proteste beim Parteitag der US-Demokraten

Willkommene Konsensstörung

Die Demokraten wollten zum Beginn ihres Parteitags ein Bild der Geschlossenheit präsentieren: Joe Biden bekommt seinen großen Auftritt und reicht das Zepter an Kamala Harris weiter. Selbst die Parteilinke Alexandria Ocasio-Cortez sparte dafür am Montag mit Kritik an einem wichtigen Thema, das sie sonst hoch hängt: der Unterstützung der Biden-Regierung für Israels Krieg in Gaza.

Konsensstörung betrieben dagegen tausende Demonstranten, die vor dem United Center in Chicago einen Wandel der US-Politik forderten. Erst vergangene Woche hat das Außenministerium weitere Waffenverkäufe an Israel in Höhe von 20 Milliarden Dollar genehmigt. Und das, während die in Teilen rechtsextreme israelische Regierung Gaza in Schutt und Asche legt und Hunger und Seuche die Zivilbevölkerung plagen.

Angesichts dieser Kriegsverbrechen tun die Demonstranten das Richtige: Sie sollten erst schweigen, wenn es die Waffen in Gaza tun, allen demokratischen Einheitsgelüsten zum Trotz. Die Palästinasolidarischen haben zwei

Hauptanliegen: einen Waffenstillstand (fordert auch Harris) sowie ein Ende der Waffenverkäufe an Israel (fordert Harris nicht). Öffentlich drohen sie, sich bei der Wahl im November zu enthalten.

Schon während der Vorwahlen im Frühjahr erreichte es die „uncommitted“-Bewegung, dass über 700.000 Wähler:innen sich aus Protest gegen die Linie der Regierung nicht auf einen Kandidaten festlegten. In der Tat wäre Trump als Präsident wohl schlechter für Palästina als Harris. Aber nur mit dem größeren Übel drohen darf nicht ausreichen.

US-Außenminister Antony Blinken, der derzeit den Nahen Osten bereist, steht unter Druck, bis zum Abschluss des Parteitags Fortschritte bei den Waffenstillstandsgesprächen zu liefern. Wenn Teile der demokratischen Basis jetzt mit einer Stimmenthaltung kokettieren, könnte das die Regierung dazu bringen, mehr Druck auf Israel auszuüben, endlich den Bombenhagel einzustellen. Den verbleibenden israelischen Geiseln und den Palästinensern in Gaza ist es zu wünschen.

ausland 10, 11**Anja Krüger** über die geringe Akzeptanz des CO₂-Preises

Klimapolitik ohne Mehrheit

Einer aktuellen Umfrage der Ökonomen:innen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zufolge halten 53 Prozent der in Deutschland Lebenden den CO₂-Preis für inakzeptabel. Erstaunlich, dass es nicht mehr sind. Denn rund drei Viertel der Befragten fühlen sich schlecht oder gar nicht über den CO₂-Preis informiert. Das heißt: Den meisten Bürger:innen ist nicht klar, wie das zentrale klimapolitische Instrument der Bundesregierung eigentlich funktioniert.

Das ist keineswegs egal. Statt Bescheid zu wissen, dominiert bei vielen ein diffuses Gefühl der finanziellen Überforderung. Daraus folgt automatisch die Ablehnung – selbst bei denen, die für eine konsequente Klimapolitik sind. Wenn es jetzt aber schon keine Mehrheit für die CO₂-Politik der Bundesregierung gibt, dann in Zukunft erst recht nicht.

Politisch gewollt ist, dass der CO₂-Preis von heute 45 Euro pro Tonne in wenigen Jahren bei wahrscheinlich um die 200 Euro liegen wird – und Heizen mit Gas oder Öl sowie Autofahren mit Sprit sehr viel teurer werden. Der Um-

frage zufolge überschätzen die meisten die heutige Wirkung der Abgabe, aber unterschätzen sie für die Zukunft. Was geschieht, wenn ihnen klar wird, was auf sie zukommt? Mehrheiten für den CO₂-Preis wird es dann nicht geben.

Doch die Bundesregierung versucht nicht einmal, die Bürger:innen für diese Klimapolitik – die CO₂-Bepreisung wurde schon unter Merkel eingeführt – zu gewinnen. Zum Beispiel indem sie die höheren Kosten ausgleicht. Ursprünglich wollte die Ampel die wachsenden Belastungen durch den CO₂-Preis auffangen und ein sogenanntes Klimageld einführen. Davon hätten vor allem Bürger:innen mit geringen Einkommen profitiert. Die Stimmung im Land hätte es auf jeden Fall aufgehellt. Aber in absehbarer Zeit wird weder das Klimageld kommen noch ein sonstiger Ausgleich. Auch eine staatliche Investitionsoffensive, die auf anderen Wegen zu einer Kompensation führen könnte, ist nicht in Sicht. Das ist fatal. Denn damit wird diese Art der Klimapolitik zum Projekt einer kleinen Minderheit, die sie sich leisten kann.

wirtschaft + umwelt 8**Fabian Kretschmer** über den Bau einer TSMC-Fabrik bei Dresden

Silizium-Schutzschild mit Löchern

Für den Wirtschaftsstandort in Sachsen ist der Bau des TSMC-Werks zweifelsohne ein Grund zum Feiern, doch in Taiwan, der Heimat des Mikrochip-Giganten, ist das Thema in den Tageszeitungen bestenfalls nur eine Randnotiz. In ihrem Alltag sind die 23 Millionen Inselbewohner mit ganz anderen Themen beschäftigt; und überhaupt ist die Fabrik in Ostdeutschland nur eine von vielen: TSMC expandiert in die USA, nach Japan und auch nach China.

Auf den ersten Blick ist die deutsch-taiwanische Wirtschaftskooperation eine klassische Win-win-Situation: Die Bundesregierung kann kurz vor den Landtagswahlen ein Zeichen setzen, dass sie die ostdeutschen Bundesländer nicht vergessen hat – das ist ihr in diesem Fall auch 5 Milliarden Euro an Subventionen wert. Und TSMC kann seine Präsenz auf dem europäischen Markt ausweiten und neue Fachkräfte anwerben. Zudem hat der Deal auch eine Signalwirkung: Taiwan präsentiert sich als attraktiver Handelspartner – und wirbt damit auch politisch um jene Solidarität, die es so dringend benötigt.

Dennoch ist die Diversifizierung von TSMC auf lange Sicht ein zweischneidiges Schwert. Um das zu verstehen, muss man die Theorie des „Silizium-Schutzschildes“ kennen: Nicht wenige Experten gehen davon aus, dass Taiwan vor allem aufgrund seiner krassen Marktdominanz bei hochkomplexen Halbleitern eine wirtschaftliche Abhängigkeit geschaffen hat, welche auch abschreckend auf die chinesische Volksbefreiungsarmee wirkt. Peking hat weniger Anreize, Taiwan einzunehmen, weil eine Invasion der eigenen Wirtschaft immens schaden würde.

Je mehr allerdings TSMC seine Produktion in andere Länder verlagert, ja aufgrund des internationalen Drucks verlagern muss, desto löchriger wird der unsichtbare Schutzschild Taiwans. Der Inselstaat muss also allein schon aus Eigeninteresse jene Abhängigkeit aufrechterhalten, die der Westen aus ökonomischem Interesse vermeiden möchte. Anders ausgedrückt: Die Kosten, die China für einen Krieg zahlen müsste, würden mit jeder weiteren Fabrik im Ausland sinken.

wirtschaft + umwelt 8

KZ-Kommandant Paul Werner Hoppe 1955 vor Gericht in Bochum Foto: ullstein bild



talkshow

Irregeleitete Justiz

Der Bundesgerichtshof hat die Verurteilung einer Sekretärin des KZ Stutthof bestätigt. Es ist ein klarer und gerechter Schritt – er kommt bloß zu spät. Denn einige ranghohe SS-Männer bekamen nach dem Krieg äußerst milde Urteile

Von Gereon Asmuth

Fast 80 Jahre nach Kriegsende ist der Bundesgerichtshof zu einem klaren Urteil gekommen. Auch wer wie die heute 99-jährige Irmgard Furchner nur als Sekretärin in einem Konzentrationslager tätig war, hat sich der Beihilfe zum Massenmord an über 10.000 Menschen schuldig gemacht. Das Urteil zeigt aber auch, wie milde im Vergleich dazu die Justiz in den ersten Jahren der Bundesrepublik mit NS-Tätern umgegangen ist.

Ein skandalöses Beispiel unter vielen: Paul Werner Hoppe. Der war der Kommandant des KZ Stutthof, dem Furchner damals als Schreibkraft zuarbeitete. Und er kam in den 1950er Jahren mit einer relativ kurzen Haftstrafe davon – mit einer heute unfassbar klingenden Urteilsbegründung.

Der 1910 geborene Hoppe war laut Gerichtsunterlagen bereits im November 1932 der NSDAP und im Januar 1933 der SS beigetreten. Ab Mitte der 1930er Jahre war er in unterschiedlichen Positionen auch in Konzentrationslagern tätig. 1938 wurde Hoppe zum Stab des Führers der SS-Totenkopf-Verbände-Konzentrationslager in Oranienburg versetzt. 1942 wurde er als SS-Sturm-

bannführer zum Kommandant des KZ Stutthof und blieb es bis Januar 1945, als er die Evakuierung durch einen Todesmarsch begann.

In dieser Zeit wurde Stutthof zum Vernichtungslager ausgebaut. Vor allem 1944 wurden zehntausende Menschen aus Ungarn oder aus anderen Lagern wie etwa Auschwitz dorthin verlegt. Es kam zu einer „rapide Vergrößerung der Häftlingskopfzahl“, wie das Landgericht Bochum 1955 in seinem Urteil gegen Hoppe feststellte. „Die Sterblichkeit unter den Häftlingen war um diese Zeit besonders groß“, infolge ansteckender Krankheiten wie Ruhr, Fleckfieber, Typhus, die sich aufgrund der mangelnden Hygieneeinrichtungen leicht ausbreiten konnten.

Im Herbst 1944 wurde eine sogenannte Kleiderentlausungsanlage zur Vergasung von Juden genutzt. Die entsprechenden Befehle hatte laut Gericht Hoppe erteilt. Außer durch Vergasung wurden jüdische Häftlinge mit Billigung Hoppes auch durch Erschießungen mittels Genickschusses getötet, heißt es weiter im Urteil.

Trotz seiner eindeutig belegten Nazi-Karriere wurde Hoppe 1955 in einem ersten Prozess vom Landgericht Bo-

chum nur zu einer Haftstrafe von etwas mehr als fünf Jahren verurteilt.

Zwar sei „die Massenvernichtung jüdischer Menschen im ‚Dritten Reich‘ [...] nach ihrem Ausmaß und Durchführung eine entsetzliche Untat“, schrieben die Richter des Landgerichts. Allerdings hätten führende Stellen „unter Missbrauch ihrer Vorgesetztenstellung zahlreiche Untergebene, die ihrer Erziehung und Veranlagung nach an sich jedem Verbrechen fernstehen und -standen, in Schuld und Strafe mit hineingezogen“.

Und genau zu diesem „Kreise der so Irregeleiteten und Verführten gehören nach Auffassung des Gerichts auch die Angeklagten“, wie es das Gericht formulierte. Ihre Schuld entspringe nicht ihrer eigenen Ideen- und Gefühlswelt. „Sie wurzelt vielmehr in einer inneren Entscheidungsschwäche, die die Angeklagten daran gehindert hat, sich entsprechend rechtlischem und sittlichem Gebot auch fremdem verbrecherischen Willen zu entziehen und jeden Beitrag zu dessen Verwirklichung standhaft zu versagen.“ Hoppe habe nur Befehle befolgt. Und deshalb sah das Gericht von einer lebenslangen Zuchthausstrafe ab. Selbst Hoppes langjährige Mit-



Trotz seiner Nazi-Karriere wurde Hoppe 1955 in einem ersten Prozess vom Landgericht Bochum nur zu einer Haftstrafe von etwas mehr als fünf Jahren verurteilt

gliedschaft in der SS, in der er kurz vor Kriegsende noch zum Obersturmbannführer befördert worden war, wertete das Gericht als strafmildernd. Dem Angeklagten sei „die Pflicht zu unbedingtem Gehorsam in jahrelanger erzieherischer Einwirkung bei der SS, bei der absoluten Befehlstreue bekannterma-

ßen als oberstes Gebot galt, immer wieder eingepflegt worden“. Weiter heißt es im Urteil: „... dem Angeklagten Hoppe [ist] zu bescheinigen, dass er als tapferer Frontoffizier auf den Hauptkriegsschauplätzen sich bewährt hat“. Kurz muss man an die aktuelle Diskussion um die Ergänzung des Traditionserlasses der Bundeswehr denken, der es erlauben sollte, einstige Wehrmachtangehörige als Beispiele für Kriegstüchtigkeit anzuführen.

Aber zurück ins Jahr 1955. Nicht zuletzt hätte dem Angeklagten, „von den Judentötungen abgesehen – sonst keine konkreten persönlichen Verfehlungen und Übergriffe gegenüber Lagerhäftlingen nachgewiesen werden“ können, urteilte das Landgericht. Deshalb halte es eine „Zuchthausstrafe von 5 Jahren und 3 Monaten für die erforderliche, aber auch ausreichende Sühne“.

Zwar wurde das Urteil 1956 vom Bundesgerichtshof aufgehoben. Hoppe wurde 1957 in einem neuen Verfahren zu neun Jahren Haft verurteilt. Schon 1960 wurde er aus dem Gefängnis entlassen. Paul Werner Hoppe starb 1974 als Rentner in Bochum. So klar und gerecht das neue Urteil des Bundesgerichtshofs ist, kommt es bloß zu spät.

Im Schwitzkasten der Ideologien

Unsere Autorin fragt sich schon lange, was antideutsch ist und ob sie Teil dieser politischen Strömung ist. Da kommt ihr eine Diskussionsveranstaltung in Berlin mit Veteranen der Bewegung gelegen. Es geht hitzig zu, doch Antworten bleiben ambivalent

Von Ann-Kathrin Leclère

Ist das ein Fiebertraum? Das werden sich manche bei der Podiumsdiskussion gefragt haben, die Anfang August an der Humboldt-Universität zu Berlin stattgefunden hat. Das Thema: Antideutsche. Vor der Veranstaltung hatte ich große Hoffnungen. Endlich die Antwort auf eine politische Frage zu finden, die ich mir gestellt habe. Ich bin links, ich mache Witze über Deutsche, ich verteidige manchmal Israel. Bin ich deshalb antideutsch?

Der Titel, eine Enttäuschung: „Was waren die Antideutschen?“ Wie bitte? Die Strömung soll schon tot sein, bevor ich sie verstanden habe. Da auch die Linke öfter für tot erklärt wurde, als sie sterben kann, wollte ich dem Event eine Chance geben. Schließlich wird ja antideutsch bzw. Anti-D immer noch verwendet, meist beleidigend gemeint oder gar als Feindbild: Bei der International Queer Pride wurden dieses Jahr Antideutsche explizit ausgeladen.

Eingeladen wurden „die Antideutschen“ am 2. August von der Platypus Affiliated Society, um „auf die Bewegung zurückzublicken“. Platypus ist eine Organisation, die mithilfe von Lesekreisen aufzeigen will, was Marxismus mal war.

Meine besser gebildeten Freunde waren etwas aufgeregt wegen der Gäste: Das Urgestein der Anti-Deutschen, Justus Wertmüller, wurde auf das Podium eingeladen („Den wollte ich schon immer mal sehen“) sowie Detlef zum Winkel („einfach wholesome Linksliberaler“). Außerdem Jan (ohne Nachname) von Platypus und Jan (ebenfalls ohne Nachname) von der Gesellschaft für kritische Bildung. 250 Menschen schienen die Aufregung zu teilen, der Hörsaal war trotz circa 35 Grad Innentemperatur brechend voll. Die Holzbänke quietschen, die feuchtfiebrige Hitze sorgt schon zu Beginn für einen unangenehmen Schweißgeruch.

Ich bereue deshalb meine Entscheidung. Ich bleibe, wegen der amüsierenden Kommentare des stabilen älteren Pärchens hinter mir. „Was, nur Männer?!“, sagt der Mann empört zu der Frau. „Das trauen sich nur noch die Antideutschen heutzutage.“ Ein Blick durch den Saal verrät: Viele sind jung, männlich, intellektuell gebildet.

Ich habe noch nie so viele Polohemden mit Fred-Perry-Logo auf einmal gesehen.



Nun aber zum Inhalt: Der Moderator forderte die Teilnehmer auf, über politische Wendepunkte in den letzten zwei Jahrzehnten zu sprechen, die den Begriff antideutsch geprägt haben. Ein paar Mal macht es Klick, bei den Ausführungen von Detlef zum Winkel. Antideutsch sein bedeutete die Abneigung und Abgrenzung der Nationalbewegung zur Wiedervereinigung 1989/90. Dann erwähnt er einen Punkt, der das Bezugsmerkmal der Antideutschen zu sein scheint: bedingungslose Solidarität mit Israel. Wie kam es historisch dazu? Eine Wurzel der antideutschen Positionen, so zum Winkel, liege im Entsetzen über irakische Luftangriffe auf Israel im Golfkrieg 1991, der die links-extremistische Friedensbewegung mit Gleichgültigkeit zu gesehen habe.

Es sei daraus eine linke Position entstanden, die sich israel-solidarisch und strikt antifaschistisch aufgestellt hätte. Einer der spannendsten Punkte des Abends, über den ich gern mehr gelernt hätte. (Auch als Argumentationsgrundlage, wenn es mal wieder wie so oft heute bei einem lockeren Kneipenabend um die Israelfrage geht.) Auch 2,5 Stunden hitziges Podium haben mir zum Verständnis nicht ausgereicht.

Der Star des Abends war Wertmüller, Anti-D seit der ersten Stunde, Redakteur bei der Berliner Zeitschrift *Bahamas* – einst ein wichtiges Organ der Antideutschen, heute ein Nischenblatt, das sich von linken Positionen immer mehr entfernt. In der aktuellen Ausgabe wird etwa die Ramadanbeleuchtung in Frankfurt am Main als

Handreichung zur Islamisierung gesehen. Die Zeitschrift gefällt sogar dem Rechtsextremisten Martin Sellner.

Wertmüller spricht schnell, mit der Stimme eines Sportkommentators aus den 50ern. Es folgen Anschuldigungen gegen alles, was irgendwie links ist. Die „Queeren“ seien alle propalästinensisch, die deutsche Linke würde sich den „zweiten Holocaust gar sinnlich“ herbeiwünschen, sie seien außerdem für das Regime in der UdSSR verantwortlich. Bei all dem Durcheinander mögen die Zuhörernden fast vergessen, dass er die Frage „Was waren die Antideutschen?“ überhaupt nicht angeschnitten hat. Es ist still im Saal, wenn Wertmüller redet. Teils, weil niemand die Shitshow verpassen will, aber auch, weil sich Wertmüller-Fanboys im Publikum befinden.

Jan von Platypus ist differenzierter und versucht, die Aussagen von Wertmüller einzuordnen, will aufzeigen, wo Anti-Ds an der Linken erfolgreich Kritik geübt haben. Die beiden Jans zitieren ein Stück eines anderen Jans, nämlich Jan Gerbers „Die Antideutschen – ein Nachruf“, der dieses Jahr in der *Bahamas* erschienen ist. Mentale Notiz:

Das sollte ich auch mal lesen. Zum Winkel weist auf Erfolge der Antideutschen hin, etwa dass es so viele heute schaffen, gemeinsam gegen die AfD aufzustehen.

Im Saal kommt Unruhe auf, nicht aber wegen des Gesagten, sondern weil draußen ein palästinensischer Autokorso die Veranstaltung stört. Wegen des Huplärms müssen die Fenster geschlossen werden und die Luftfeuchtigkeit katapultiert einen auf die Bahamas.

Ich habe noch nie so viele Polohemden mit Fred-Perry-Logo auf einmal gesehen

Als Jan von Platypus sagt, dass sich Linke nicht „plump auf die Seite einer Regierung schlagen“ dürfe, tritt Wertmüller – von Zwischenrufen begleitet – theatralisch vor das Pult: Von Jan will er wissen: „Auf die israelische – ja oder nein?“ Als Jan mit „Nein“ antwortet, stürmt Wertmüller mit den Worten „Yallah Intifada, ich gehe“ aus dem Hörsaal. Im Schlepptau hat er rund 30 jüngere Wertmüllers aus dem Publikum, die Fred-Perry-Cap-und-

Polohemden-Fraktion. Sein Abgang wirkt inszeniert, gerade passend nach dem Propalästinakorso vor der Tür und gerade rechtzeitig vor möglicher Kritik aus dem Publikum an seinen Darstellungen. Vielleicht, denke ich, ist das schon die Offenbarung, die ich mir vom Panel erhofft habe.

Obwohl auf dem Podium nur Menschen sitzen, die sich mit der antideutschen Strömung identifizieren oder sie durchdringen wollen, kann Wertmüller eine Diskussion offenbar nicht aushalten. Schade.

Nach seinem Abgang erfrischt sich die Luft etwas und es gibt eine Fragerunde. Es geht um Erfolge und die Zukunft der Anti-Ds. Zum Winkel rät zur Unterstützung von Omas gegen rechts.

Viele junge Menschen stellen kluge Fragen. Wenn man sich die so anhört, dann gibt es noch Hoffnung für eine Linke, die sich konsequent gegen Antisemitismus und Nationalismus positioniert.

Ob sie sich nun antideutsch nennt oder nicht, ist mir eigentlich egal. So lang mir niemand erklären kann, woran die Anti-Ds gestorben sein sollen, erkläre ich sie noch nicht für tot.



Heiß war es im Hörsaal der Berliner HU, während draußen ein propalästinensischer Autokorso störte
Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa/picture alliance



Sarah Lorenz
PMS-Ultras

Ein Abschied mit Pommes und Bauchgefühl

So. Jetzt ist Schluss. Leider, leider nicht mit PMS. Aber mit dieser Kolumne.

Wie passend ist es bitte, dass ich gerade PMS habe? Das gefällt mir. Natürlich nicht das PMS, aber diese Gleichzeitigkeit. In einem anderen Kontext fände ich das romantisch.

Mein Bauch zwick. Wer ist schuld? Das Hubba-bubba? Der Kaffee? Das Nutella-Eis (lecker!!) oder der Abbau meiner Gebärmutter schleimhaut? Vermutlich Letzteres, Zeit für eine Wärmflasche.

Die letzten zwei Tage verbrachte ich im Bett. Einen davon sogar mit geschlossenen Vorhängen und Kopfhörern. Alleine war ich aber nicht, denn Selbstmitleid, Wut, Nutella-Eis, Pommes und Tränen leisteten mir Gesellschaft. Dafür, dass ich so viel geweint habe in den letzten beiden Tagen, sehe ich heute recht frisch aus. Vielleicht sind Tränen meine Skin-Care? Das wäre ja mal richtig günstig. Mehr Geld für Pommes und Nutella-Eis.

Zurück zum Thema. Als ich mich bei der taz für eine PMS-Kolumne beworben hatte, dachte ich zunächst, sie erschiene einmal monatlich. Als ich dann hörte, dass sie doppelt so oft, nämlich im Zwei-Wochen-Rhythmus erscheinen würde, erschrak ich ordentlich:

„Oh weh, das ist 'ne ganz schöne Herausforderung, alle zwei Wochen über etwas zu schreiben, das alle vier Wochen stattfindet.“

Eine Herausforderung, der ich mich gerne gestellt und mich über jedes einzelne wertschätzende Wort zu dieser

Körperliche Symptome endlich mit einem Namen versehen zu können, entlastete nicht nur Lesende, auch mich

Kolumne gefreut habe. Besonders gefreut habe ich mich, wenn mir jemand gestand, während PM(D)S an den gleichen Gefühlen zu leiden und sich in meiner Kolumne wiederzufinden.

Viele der mit PM(D)S einhergehenden Gefühle sind ja solche, derer man sich schämt. Weshalb es Lesende als entlastend empfanden, von genau diesen peinlichen, schambehafteten und am liebsten niemals jemandem offengeteuten Gefühlen zu lesen.

Zu lesen, dass es anderen auch so geht, körperliche Symptome endlich zuordnen und mit einem Namen versehen zu können, das entlastete nicht nur Lesende, sondern auch mich.

Zum Beispiel die Palpitationen, die machen mir jetzt keine Angst mehr. Ich weiß ja nun, warum mein Herz prämenstruell so nervt und wann es wieder aufhört damit. Oder die prämenstruelle Magnifikation, vor dieser Kolumne hatte ich ja keine Ahnung!

Kurzum, am glücklichsten machte es mich zu hören, dass meine Kolumne anderen Menschen helfen konnte.

Das kann sie ja weiterhin. Das taz-Archiv ist für alle zugänglich! Und wer

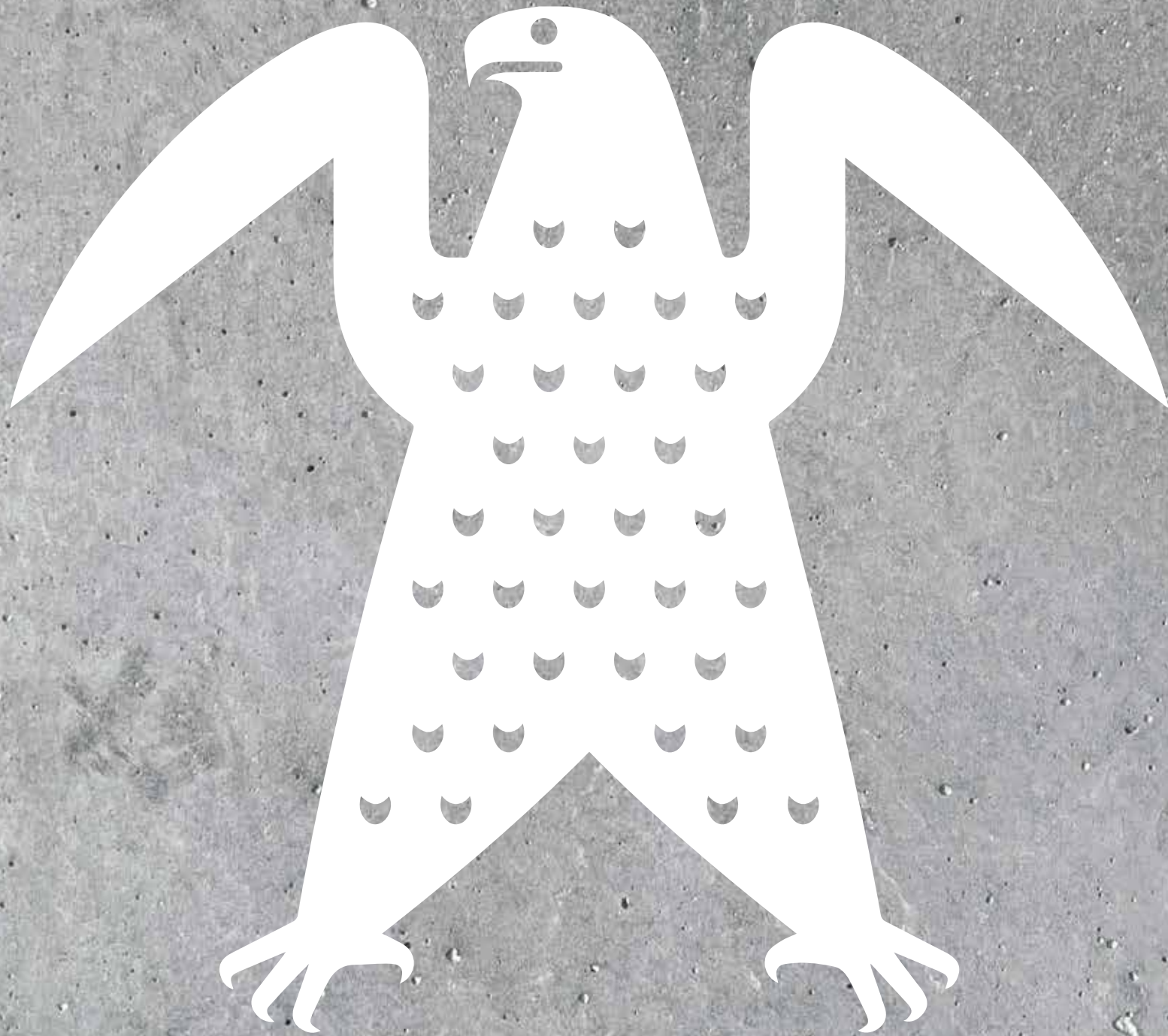
weiß, vielleicht hören wir in fünf bis zehn Jahren wieder voneinander, wenn die Wechseljahre losgehen? Halt! Noch eine Sache! Wusstet ihr, dass ADHS und PM(D)S häufig miteinander einhergehen? Dass viele Menschen mit ADHS auch an PM(D)S leiden? Ich wusste das bis vor ein paar Monaten nicht.

Ebenso wenig wusste ich bis vor ein paar Monaten, selbst ADHS zu haben. Kurz vor meinem 40. Geburtstag kam die Diagnose! Darüber schreibe ich ab 1. September auf Patreon die monatliche Kolumne „Bevor ich's vergesse“.

Also, wenn ihr Lust habt, guckt da mal rein, ansonsten wird auch in der taz sicher immer mal wieder ein Text von mir zu finden sein. Oder eben bis zu den Wechseljahren!

Ich danke euch fürs Lesen, Lieb-Kommentieren und Mitleiden und wünsche euch und mir, also uns: mehr Forschung zu PM(D)S und stets Pommes-Gewürzsalz im Haus!

bundes **talk** 

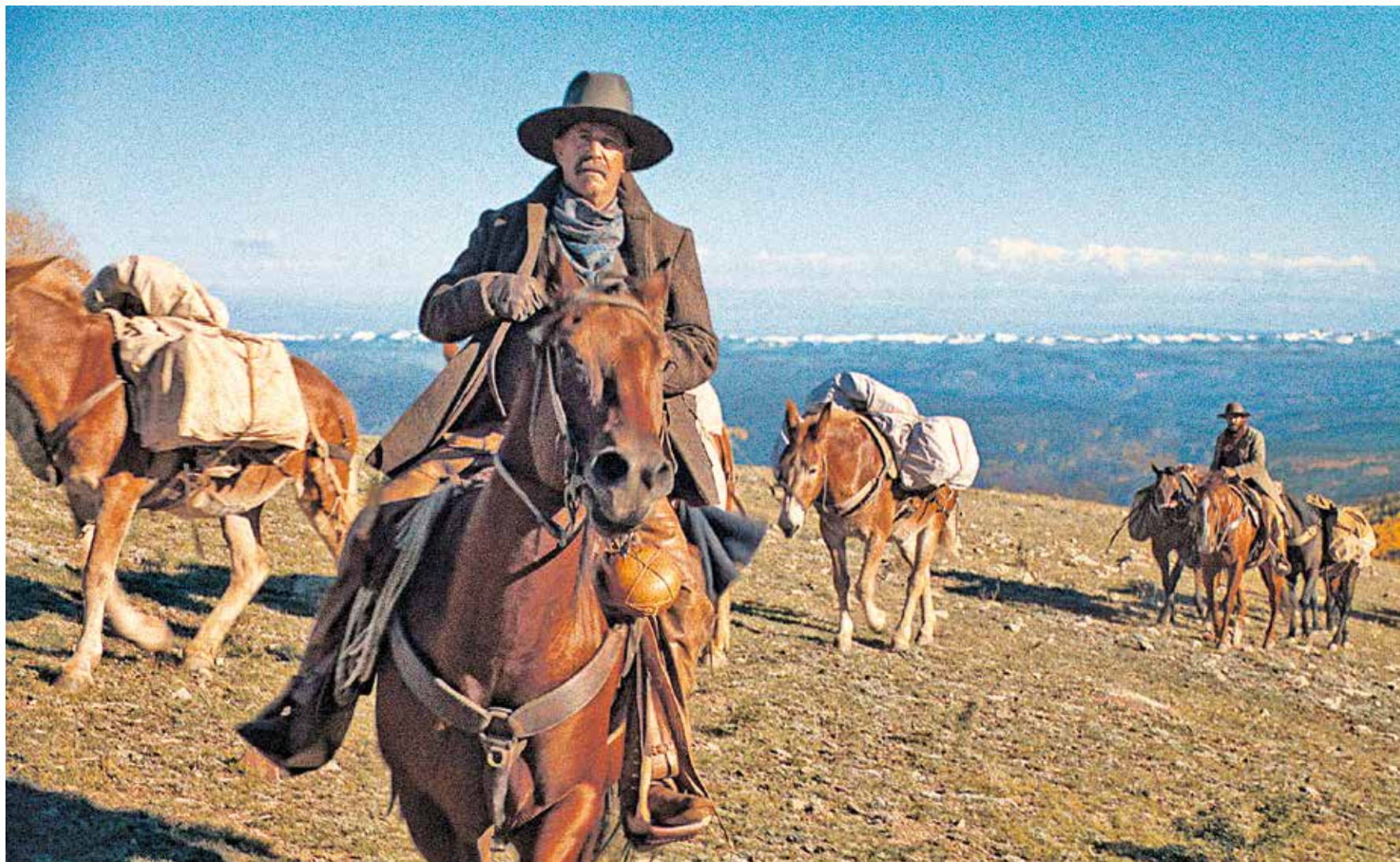


bundestalk

Wendepunkt im Ukrainekrieg?

Mit dem Angriff auf Kursk wird der Krieg ins russische Territorium verlagert. Verändert das die Debatte in Deutschland? Darüber diskutieren **Bernd Pickert, Barbara Oertel, Anne Fromm** und **Stefan Reinecke**.

Jetzt hören!



Der Meister selbst als Hauptdarsteller: Hayes Elliso
Foto: Tobis

Sind die Weißen alle böse?

Western irgendwie anders ist in jüngerer Zeit ein beliebter Ansatz für Filme. Regisseur und Hauptdarsteller Kevin Costner erprobt das mit „Horizon“ als mehrteiliges Epos

Von Jenni Zylka

Justus D. Barnes brachte es auf den Punkt. Die Szene aus dem Stummfilm „The Great Train Robbery“ von 1903, die Deutschen vor allem aus Vor- und Abspann der Fernsehserie „Western von gestern“ bekannt ist, zeigte den Schauspieler mit Cowboyhut, Bandana und Seehundschmaler. Entschlossenen Blickes hebt er den Revolver und schießt in Richtung Kamera. Auf der Tonspur würde man ein „Piuuu“ hören. Oder auch ein „Peng“.

Im Western leben all jene Konfliktthemen, die die USA bis heute umtreiben: das tief empfundene „Bürgerrecht“ auf Waffen, die man auch zum Ausrotten der jahrhundertlang ignorierten als „Indianer“ fremdbezeichneten Einheimischen benutzte. Männliche Aggressivität. Xenophobie. Die unbarmherzige Sonne, die Weite, die Freiheit der Prärie. Das Streben nach Besitz, der Diebstahl von Land. Nicht zuletzt moralische Fragen verbunden mit Religion – was ist „gut“ und was „böse“, darf der Held schießen?

In Fred Zinnemanns „High Noon“, der 1952, auf dem Höhepunkt der Westernwelle, entstand und an dessen Qualität sich die Nachfolger maßen, wird der Gangster am Ende von einer pazifistischen Quäkerin erschossen. Das „Gute“ hat gesiegt, indem es sich das Böse angeeignet hat.

Diese Signa des Westerns wurden früh gesetzt und scheinen bis heute zu gelten. Zumindest gleicht Kevin Costner, dessen „Horizon – An American Saga“ das erste, drei Stunden lange „Chapter“ einer vierteiligen Western-Kino-Saga darstellt, dem Cowboy-Prototyp Barnes aufs Haar: weißer Mann, prominenter Schnauzer, Cowboyhut und Bandana, rauchender Colt.

Natürlich ist Costners mit Co-Autor Jon Baird entwickelte Geschichte, die er seit 1987 verfolgt und nur mit 38 Millionen Dollar Eigenkapital zu stemmen vermochte, komplexer als „Western von gestern“: Einerseits setzt „Horizon“ den tollkühnen, verzweifelten Siedler:innen ein Denkmal, die sich in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts nach Montana oder Arizona aufmachten und unzählige Verluste erlitten.

So wie die weiße Familie Kittredge, deren Dorf während eines Apachenangriffs verwüstet und die Bewohner:innen abgeschlachtet werden. Fast alle sterben, doch Frances Kittredge (Sienna Miller) und ihre Tochter überleben, weil sie sich durch einen unterirdischen Gang retten – und dabei um ein Haar ersticken. Costner inszeniert den langen, brutalen Angriff und die beherzte Flucht in intensiven, immersiven Bildern. Überleben ist ein Kampf – im wahren Wortsinn.

Eine ganz andere Familie sind die hartgesottenen Sykes. Als nachts eine Frau bei Vater Sykes auftaucht, ein Baby mitnimmt,

und den Alten dabei schwer verletzt, machen sich zwei der erwachsenen Sykes-Söhne auf einen Rachefeldzug, um sie zu finden und zu töten. Costner erklärt die Zusammenhänge nicht, die Geschichte lehrt aber, dass es sich vermutlich nicht um einen Kindsraub handelt, sondern eine Mutter ihr Neugeborenes aus einer Schurkenfamilie befreit. Oder?

Caleb Sykes (Jamie Campbell Bower) jedenfalls sieht man das Schurkische an – auch der schweigsame Gunman und

Costner versucht, die schlichte Dualität aufzubrechen

Händler Hayes (Costner), der erst nach einer Stunde Film in all seiner Justus-D.-Barnes-Haftigkeit angeritten kommt, spürt gleich, dass Caleb Übles im Schilde führt. Und muss sich – trotz lonely Cowboy – schließlich mit der energischen Prostituierten Marigold (Abbey Lee) und dem gekidnappten Kind, dessen Kindermädchen zufällig Marigold ist, aus dem Präriestaub machen.

Andererseits berichtet „Horizon“ auch über Leben und Sicht der Native Americans. Die Brüder Pionsenay (Owen Crow Shoe) und Taklishim (Tatanka Means) sind sich unsicher, wie

die Apachen der Gewalt der Pionier:innen begegnen sollen – ist das Zurückmecheln die einzige Möglichkeit? Sind die Weißen alle böse? Auch sie werden angegriffen und erleiden Verluste, auch sie verfolgen Ziele. Ein kleiner Junge wurde anscheinend von einem indigenen Stamm aufgezogen, ist weißer Abstammung – in einem Gespräch mit seinem Stiefvater und Häuptling geht es um die Unterschiede in den Kulturen, natürlich im Originaldialekt.

So versucht Costner, die schlichte Dualität des klassischen Westernnarrativs aufzubrechen. Schon mit den Erfolgsfilmen „Der mit dem Wolf tanzt“ und „Weites Land“, für die er ebenfalls tief in die eigene Finanzierungstasche griff, hatte er schließlich seine Liebe zum sensibleren, zweifelnden Spätwestern bewiesen. Der Regisseur nimmt allerdings den Mund sehr voll und entwirft ein schier unübersichtliches Wimmelbild an Handlungssträngen und Motiven, Charakteren und angedeuteten Vorgeschichten, Zeit- und Ortssprüngen.

Ob man nach allen vier Teilen tatsächlich den Durchblick hat? Bei zweien steht die Entwicklung und Veröffentlichung wegen der grottenschlechten Kritiken momentan eh auf der Kippe. Vielleicht hätte Costner es also lieber gleich mit einem günstigeren und dramaturgisch ausgedehnteren Serienformat versuchen sollen.

Zudem: Neo-Western, die alles in Frage stellen, was dem weißen, patriotischen, waf-

fenliebenden US-Mainstream lieb und teuer ist, gibt es schon ewig. Und sie haben nicht nur wunderbare Sprachen gefunden, sondern erzählen längst die Antithesen zum Geballer: In Jacques Audiards „The Sisters Brothers“ von 2018 entdeckt der gewaltmüde Spross einer sadistischen Revolverheldenfamilie im Wild-West-Schlamm das Zahnputzpulver für sich.

Jane Campions „The Power of the Dog“ dekonstruiert 2021 den Heteromacho, Jim Jarmuschs „Dead Man“ war 1995 ein kafkaesker Ausflug in den Existenzialismus. Kelly Reichardts wunderschöner Männerliebefilm „First Cow“ (2021) lässt keinen Zweifel daran, dass Selbstgebackenes wichtiger ist als Munition. Ang Lees „Brokeback Mountain“, Joel und Ethan Coens „True Grit“ oder Martin Scorseses „Killers of the Flower Moon“ bieten fantastische, starke Bilder und ebensolche Dilemmata.

Nebenbei mutet „Horizon“ zuweilen an, als ob Costners Stilgefühl in seinen Schauspiel-Hochzeiten, den 80ern, stecken geblieben ist: Der dick aufgetragene Score von John Debney ist peinlich deskriptiv (Cowboy = Mundharmonika, Indigene = „exotische“ Trommeln). Und die weißen Frauenfiguren fallen durch ihre Michelle-Pfeiffer-Looks samt Locken-Conditioner auf. Dafür war wohl noch Platz in der Satteltasche.

„Horizon“. Regie: Kevin Costner. Mit Kevin Costner, Sam Worthington u. a. USA 2024, 181 Min.

Inwärts gekehrt

Die Longlist zum Deutschen Buchpreis steht fest

Je ausgewogener die Weltlage, desto verführerischer erscheint die Flucht in die Introspektion. Auch die nun bekannt gegebene Longlist für den Deutschen Buchpreis spiegelt diese Tendenz, finden sich unter den nominierten Büchern doch so einige Rückbesinnungen auf die Kindheit. So erzählt André Kubiczek in „Nostalgia“ vom Aufwachsen in der DDR als halblaotischer Ostdeutscher. In Dana von Suffrins deutsch-jüdischer Familiengeschichte „Noch mal von vorne“ ruft der Tod des Vaters Erinnerungen wach. Aufarbeitung ist ein Stichwort, „Heilung“ ebenso, wie Timon Karl Kaleyta schon im Titel verspricht, das Weiterleben nach großem Unglück, dem Tod der Tochter, den Daniela Krien in dem Roman „Mein drittes Leben“ verhandelt.

Fluchtbewegungen können sich jedoch genauso auf das Netz erstrecken, wie Martina Hefter in „Hey, guten Morgen, wie geht es dir?“ beweist, oder es bleibt die Beschäftigung mit Geschichte: Nora Bossong erzählt in „Reichskanzlerplatz“ von der Affäre zwischen Magda Goebbels und dem homosexuellen Freund ihres Stiefsohns. Noch ein paar Jahre weiter zurück liegen die Ereignisse, die Michael Köhlmeier beschreibt: „Das Philosophenschiff“ handelt von der Ausweisung missliebiger sowjetischer Intellektueller 1922.

Ausdrücklich Zeitgeschichtliches und Politisches verhandeln Ronya Othmann, die mit „Vierundsiebzig“, einer Annäherung an den Völkermord an der ézidischen Bevölkerung 2014 durch den IS, nominiert ist, und Markus Thielemann. Der skizziert in „Von Norden rollt ein Donner“ eine ländliche Kulisse, in der nicht nur der Wolf wütet, sondern auch völkische Ideologien tiefe Wurzeln in den Boden der Lüneburger Heide getrieben haben.

Drei Debütant:innen sind unter den 13 Autorinnen und 7 Autoren: Max Oravins „Toni & Toni“, Ruth-Maria Thomas' „Die schönste Version“ sowie Doris Wirth mit „Findet mich“, deren Verlag, der Schweizer Geparden Verlag, erstmalig nominiert worden ist. 197 Titel sichtet die Jury, bestehend aus Gerrit Bartels (Tagesspiegel), Magdalena Birkmann (freie Literaturvermittlerin und Buchhändlerin), Natascha Freundel (RBB), Torsten Hoffmann (Universität Stuttgart), Marianna Lieder (freie Kritikerin), Regina Moths (Münchener Buchhandlung Literatur Moths) und Klaus Nüchtern (Falter). Neben den bereits erwähnten stehen ferner auf der Longlist: Zora del Buono: „Seinetwegen“, Franz Friedrich: „Die Passagierin“, Maren Kames: „Hasenprosa“, Ulla Lenze: „Das Wohlbefinden“, Clemens Meyer: „Die Projektoren“, Mithu Sanyal: „Antichristie“, Stefanie Sargnagel: „Iowa“, Iris Wolff: „Lichtungen“. Wer es auf die Shortlist geschafft hat, wird am 17. September bekannt gegeben. (juhu)

Autodestruktive Kunst gegen die Selbstzerstörung des Planeten

Geflüchteter, Überlebender, Staatenloser, Anarchist, Aktivist und Künstler: Das Museum für Moderne Kunst in Frankfurt am Main zeigt eine Retrospektive des notorischen Nonkonformisten Gustav Metzger

Von **Claus Leggewie**

Dass die Menschheit sich selbst zerstören könnte, ist ein langlebiger literarischer Topos. In der Regel geht es dabei um Einzelpersonen, die sich auf verschiedene Weise ruinieren und zu Tode bringen, dem Freud'schen Todestrieb folgend ihre Existenz auslöschen und dabei gelegentlich andere mitnehmen. Der Soziologe Emile Durkheim hat Selbstmord zu einem kollektiven Phänomen erhoben, Evolutionsbiologen verzeichnen periodische Fälle des (zuletzt menschengemachten) Artensterbens, die sich auf verschiedene Weise ruinieren und zu Tode bringen, dem Freud'schen Todestrieb folgend ihre Existenz auslöschen und dabei gelegentlich andere mitnehmen. Der Soziologe Emile Durkheim hat Selbstmord zu einem kollektiven Phänomen erhoben, Evolutionsbiologen verzeichnen periodische Fälle des (zuletzt menschengemachten) Artensterbens, die sich auf verschiedene Weise ruinieren und zu Tode bringen, dem Freud'schen Todestrieb folgend ihre Existenz auslöschen und dabei gelegentlich andere mitnehmen.

ben, darunter: „How democracies die“. Nicht zu vergessen ist die latente Gefahr der Selbstauslöschung in einem globalen nuklearen Desaster.

Derart apokalyptische Autodestruktionen beschäftigen natürlich auch die Kunst, inklusive der Selbstvernichtung von Kunstwerken. Ein ironisches Beispiel bot jüngst die Selbstzerstörung eines Kunstwerks von Banksy im Augenblick seiner Ersteigerung. „Autodestruktive Kunst“ des 1926 in Nürnberg geborenen und 2017 in London verstorbenen Gustav Metzger zeigt jetzt eine Ausstellung im MMK Tower in Frankfurt am Main. Die Retrospektive des notorischen Nonkonformisten, der dem Holocaust 1939 dank eines „Kindertransports“ nach England entkam, thematisiert den Massenmord an Jüdinnen und

Juden als Beispiel der Zerstörungskraft der Menschheit. Für Metzger stand Kunst stets im Schatten des Existenzverlusts.

Sein Markenzeichen setzte Metzger 1959 mit dem Manifest zur autodestruktiven Kunst: „Auto-destructive art is primarily a form of public art for industrial societies“. Einer biografischen Notiz zufolge wechselte er damals von seinem ursprünglichen Lebensziel „Berufsrevolutionär“ zu dem eines Künstlers, der radikal mit der typischen Künstlerexistenz brechen wollte. Kunstwerke sollten stets „ein Element enthalten, das innerhalb von maximal 20 Jahren automatisch zu ihrer eigenen Zerstörung führt“. Ein Video zeigt ihn während einer Performance auf der London Bridge, als er Salzsäure auf einen aufgespannten Nylonstoff



Mit Brettern verhängt, aber noch durch einen Spalt zu sehen ist das monumentale Foto vom KZ Auschwitz: Gustav Metzger, „Historic Photographs: The Ramp at Auschwitz, Summer 1944“ von 1998/2024. Foto: Axel Schneider, The Estate of Gustav Metzger & The Gustav Metzger Foundation, London (UK), © VG Bild-Kunst, 2024

sprühte, von dem nur ein paar Fetzen übrigblieben. Das war noch radikaler als Lucio Fontanas aufgeschlitzte Leinwände oder die „Cremation Art“ John Baldessaris, der seine Arbeiten dem Feuer übergab.

1960 hatte Jean Tinguely im Skulpturengarten des MoMA eine „Hommage à New York“ installiert, die sich selbst in Stücke zerlegte. Das beeindruckte die Populärkultur der Sixties. In einem abgedunkelten Saal des MMK Tower drehen sich auf sieben Leinwänden psychedelische Lichtprojektionen Metzgers, die in britischen Clubs und bei Rockkonzerten eingesetzt wurden. Pete Townsend von The Who, die bisweilen ihre E-Gitarren auf der Bühne zertrümmerten, bezeichnete sich als Schüler Metzgers, der damals eine Leitfigur der politisierten Kunstavantgarde war. Metzgers Arbeiten zum Anti-Atom-Protest, über den Vietnam-Protest oder zur Anklage der Naturzerstörung sind bisweilen sehr plakativ ausgefallen, wie der frisch demolierte Kleinwagen („Kill the cars!“) oder die Zeitungen, die schamlos Billigflüge neben Katastrophenmeldungen annoncierten.

Bei Metzger, der als Informationsjunkie Zeitungen hortete und stets einen Weltempfänger mit sich herumtrug, musste es

krachen. Buchstäblich sollte das auf der documenta 1972 mit einer (abgelehnten) Installation geschehen, bei der Autos in einem mit Abgasen gefüllten Kasten explodieren sollten. Miniaturmodell geblieben ist auch eine weitere Installation aus fünf 9 mal 12 Meter großen Stahlwänden, aus denen jeweils 10.000 Einzelelemente computergesteuert im Zufallsprinzip herausgeschleudert werden sollten.

1966 organisierte Metzger das Destruction in Art Symposium, das den Underground anzog

1966 organisierte Metzger das mehrtägige Destruction in Art Symposium (Dias), zu dem alle seinerzeit angesagten Underground- und Avantgardenkünstler anreisten: Yoko Ono, Wolf Vostell, die Wiener Aktionisten, von denen mit Günter Brus einer die Selbstzerstörung am eigenen Körper vornahm. Dieser Aufruhr beeindruckte damals Amsterdamer Provos und Hippies, später die Punker und radikale Umweltschützer wie die Gruppe Extinction Re-

bellion, die Metzgers Mantra in Namen tragen könnte. Der von Metzger ausgerufenen Generalstreik der Kunst blieb folgenlos und war eigentlich auch widersinnig, da ja nicht die Kunst aufgehört haben sollte, sondern die Zerstörung der Welt, der Metzger radikal den Spiegel vorhielt.

Wie „Kunst nach Auschwitz“ aussehen kann, demonstrieren in Frankfurt drei Exponate der Serie „Historic Photographs“, (1995/99), die Fotodokumente von NS-Verbrechen nicht ikonisch ausstellen, sondern bewusst verhüllen. Die Aufnahme von Jüdinnen und Juden in Wien, die 1938 mit Zahnbürsten Gehsteige säubern mussten, wird nur sichtbar, wenn man sich auf den Boden unter eine gelbe Decke begibt; das berühmte Foto des von Soldaten umringten kleinen Jungen im Warschauer Ghetto hat Metzger bis auf einen Spalt mit Holzplanken verhängt. Beeindruckend sind vor allem die stillen, ersten Kinderporträts, die Metzger 1949 wohl in Erinnerung an seine Gefährten auf den Kindertransporten skizziert hat. Aus ihren Gesichtern sind alle Merkmale einer unbeschwertten Kindheit entwichen.

Gustav Metzger: Retrospektive, Tower im Museum für Moderne Kunst (MMK) Frankfurt am Main, bis 5. Januar 2025

Anzeige

NEU! NEU! NEU!

tanz

ZEITSCHRIFT FÜR BALLETT, TANZ UND PERFORMANCE

JAHRBUCH 2024 € 35 (D) € 39 (A) 49 CHF

macht
auf der suche nach balance
das jahrbuch

Jetzt bestellen unter
www.der-theaterverlag.de/shop/tanz

Das Jahrbuch 2024 von «tanz»

Lesen Sie die exklusiven Ergebnisse der international angelegten Umfrage zu den wichtigsten Produktionen, Choreograf*innen, Tänzer*innen und Kompanien der vergangenen Saison.

«tanz»-Jahrbuch: 172 Seiten, 35 € (Deutschland)

tanz

ZEITSCHRIFT FÜR BALLETT, TANZ UND PERFORMANCE

unterm strich

Der türkische Komponist Ege Gür erhält den diesjährigen Europäischen Kompositionspreis. Damit wird die deutsche Erstaufführung des Stücks „the image of that which is invisible“ des 26-jährigen Komponisten im Konzerthaus Berlin geehrt. Das Werk widmete Ege Gür den Opfern des Erdbebens, das 2023 Regionen in der Türkei und Syrien erschütterte. Die Komposition stand mit zehn weiteren Werken im Wettbewerb und überzeugte die Jury mit neuartigen Klängen. Im Rahmen des Young Euro Classic ehrt der mit 5.000 Euro dotierte Europäische Kompositionspreis jährlich ein herausragendes Stück junger Komponist_innen und wird vom amtierenden Bürgermeister Berlins ausgelobt.

Der Installationskünstler Ugo Rondinone wird mit dem Robert Jacobsen Preis ausgezeichnet. Der 59-jährige Schweizer ist einer der bekanntesten Bildhauer seiner Generation und stellte unter anderem in Paris, London und Boston aus. Der Robert Jacobsen Preis wird alle zwei Jahre von der Stiftung Würth in Künzelsau verliehen und ist mit 50.000 Euro dotiert. Die Entscheidung für Rondinone begründete die Stiftung mit der Aussage, sein Werk habe „eine eigene Poesie geprägt durch biografische Erlebnisse“, seine Kunstwerke wiesen „durch Zitate der Kunstgeschichte, Literatur und Popkultur eine immense Dichte auf“. Die Auszeichnung wird am 5. September verliehen.

Das Staatsballett Berlin kann sich über die Auszeichnung „Kompanie des Jahres“ freuen, verliehen von einer Kritikerjury der Zeitschrift *tanz*. Hinter dem Ballett liegen unruhige Zeiten mit Leitungswechseln und Ungewissheiten. Doch dem neuen Intendanten Christian Spuck ist es in einer Spielzeit gelungen, einen packenden Spielplan zu machen, mit erzählenden Stücken und zeitgenössischer Moderne. Endlich kann das Ensemble zeigen, wie vielschichtig und brillant es sein kann. Zudem erhielt Weronika Frodyma die Auszeichnung als Tänzerin des Jahres für ihre eindringliche Interpretation der Emma Bovary, einer unglücklichen Heldin und Ehebrecherin aus Langeweile.

Wie Apple Kreative abkassiert

Apple verlangt ab November ein Drittel der Einnahmen von Nutzer*innen auf Patreon, wenn Zahlungen über die iPhone-App abgewickelt werden. Doch es regt sich Widerstand, auch auf politischer Ebene

Von **Daniél Kretschmar**

Wie viel kann Kreativen die Präsenz in einer App auf iPhones wert sein? 30 Prozent ihrer dort erzielten Einnahmen sollten es schon sein. Soviel werden Musiker*innen, Autor*innen und Fotograf*innen, die sich finanziell von Fans über die Plattform Patreon unterstützen lassen, künftig an Apple abgeben, soweit die Transaktion per iPhone-App stattfindet.

Für In-App-Käufe hält der Konzern schon seit langem die Hand in dieser Höhe auf. Nur hatte Patreon bislang die Möglichkeit, andere Zahlungsoptionen als die Apple-eigene anzubieten. Ab November aber darf nur noch mit den Zwangsgebühren und ausschließlich im vom Konzern bestimmten Abomodell abgewickelt werden. Ansonsten fliegt die App aus dem App-Store.

Eine Art moderner Wegelagerer scheint das Geschäftsmodell der großen Digitalkonzerne geworden zu sein. Man mag sich erinnern, dass vor allem zwischen den 1980er Jahren und dem jungen 21. Jahrhundert aus dem sogenannten Silicon Valley in hoher Schlagzahl spannende neue Technologien kamen. Sie versprachen einen demokratisierten Zugang zu Informationen, die Verbreitung interessanter Ideen und Produkte vor einem potenziell weltumspannenden Publikum.

Diesem relativ kurzen Frühling der Innovation schon lange entwachsen, nutzen Firmen wie Meta (Facebook, Instagram), Alphabet (Google, Android), Amazon, Apple und andere inzwischen ihre marktbeherrschenden Positionen zur Erpressung immer neuer Gebühren aus den Geldbeuteln der von ihnen abhängig gemachten Unternehmen. Sie reichen die steigenden Ausgaben an die zahlende Kundschaft, also uns, weiter.

Individuell ist dieser Kostenspirale kaum zu entkommen. Nach langer Trägheit und Fehlversuchen wird die bislang völlig unzureichende staatliche Regulierung der digitalen Märkte langsam bissiger. Der erst in diesem Jahr in Kraft getretene europäische Digital Markets Act (DMA) zum Beispiel zielt auf das Monopolgebarren der Plattformen. Apple ist aufgefordert, neben dem eigenen Appstore auch andere Quellen für Anwendungen auf seinen Geräten

und mit ihnen auch alternative Methoden der Zahlungsabwicklung zuzulassen. Alphabet wird dafür angegangen, dass der Konzern die marktbeherrschende Stellung der Google-Suchmaschine mit unlauteren Mitteln verteidigt.

Auch Amazons rabiate Auspressung der Anbieter auf dem „Marketplace“ ist im Visier der EU. Die dabei theoretisch angedrohten Strafsummen von bis zu 20 Prozent des weltweiten Umsatzes bei wiederholtem Regelbruch führen immerhin zu ersten Veränderungen. So findet ein schon vor vier Jahren eskalierter Konflikt zwischen Spielentwickler Epic und Apple eine neue Wendung.

Epic hatte wegen der 30-Prozent-Abgabe auf In-App-Käufe in seinem populären Spiel Fortnite mit deutlichen Rabatten für alternative Zahlungsoptionen außerhalb der iOS-App erworben und war dafür aus dem Appstore entfernt worden.

Seit dem vergangenen Wochenende nutzt Epic die durch den DMA erzwungene Möglichkeit für alternative Appstores und bietet unter anderem Fortnite in einem eigenen Store für iPhones wieder an. Zunächst nur innerhalb der EU. Das robustere Vorgehen der Biden-Administration gegen digitale Monopolisten und das noch druckfrische Google-Urteil verändern die Situation

jedoch in den USA zuungunsten der Plattformen.

Dass Patreon sich für den Moment dem Apple-Diktat unterwerfen muss,

Ab November darf nur noch mit den Zwangsgebühren abgewickelt werden

zeigt die große Macht der über zu lange Zeit ungebrochen gewachsenen Abhängigkeiten von digitalen Plattformen. Anders als der milliardenschwere Spiel-

entwickler Epic kann sich die Spendenplattform keine jahrelange Auseinandersetzung leisten, noch dazu mit dem Verlust des Zugangs zu Millionen iPhones.

Für Fans, die ihre Lieblingskünstler*innen finanziell unterstützen wollen, bedeutet das, die Augen offenzuhalten und Wege zu finden, auf denen von jedem gespendeten Euro möglichst viel bei den tatsächlichen Adressat*innen ankommt. Die dabei gesparten 30 Prozent Apple-Zoll wären dann vielleicht gut als Spende bei Aktiven und Initiativen investiert, die für ein offenes Netz arbeiten, das nicht allein von kommerziellen Interessen dominiert wird.



Blendet manchmal seine Kund*innen: Tech-Gigant Apple mit beherrschender Marktstellung
Foto: Lucas Jackson/reuters

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.10 Mittagsmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.15 Nachtstreife (3/6)
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 Watzmann ermittelt: Blattschuss. D 2022
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tanze Tango mit mir
- 21.45 Plusminus
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Spiel um Millionen
- 0.20 Tagesschau
- 0.30 Tanze Tango mit mir
- 2.05 Utta Danella: Sturm am Ehehimmel

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Zu Tode geprobt. D 2008
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 18.00 SOKO Wismar: Tod ahoi! D 2021
- 19.00 heute
- 19.25 Duell der Gartenprofis – Mein grünes Paradies (7/7)
- 20.15 Aktenzeichen XY ... ungelöst
- 21.45 heute-journal
- 22.15 auslandsjournal
- 22.45 Die Spur
- 23.15 Verbrechen! True Crime mit Sarah Tacke
- 0.00 heute-journal update
- 0.15 Thüringen, willst du wirklich Höcke?
- 0.45 Sachsen, warum bist du so gespalten?
- 1.15 besseresser
- 2.00 auslandsjournal
- 2.30 Die Spur
- 3.00 Aktenzeichen XY

RTL

- 15.00 Barbara Salesch. Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzell. Strafgericht
- 17.00 Verklag mich doch!
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Magazin
- 18.30 Exklusiv – Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Ich bin ein Star – Showdown der Dschungel-Legenden
- 22.35 Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach
- 22.45 RTL Direkt
- 22.55 Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach
- 23.25 stern TV
- 0.10 RTL Nachtjournal
- 0.35 RTL Nachtjournal Spezial: Gamescom-Chef Felix Falk im Interview
- 0.55 Ich bin ein Star – Showdown der Dschungel-Legenden
- 2.50 Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach

SAT.1

- 14.00 Auf Streife
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 17.30 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Landarztpraxis
- 19.45 SAT.1 :newstime
- 20.15 Wer kocht das Beste für die Gäste (6/6)
- 23.00 TopTen! Der Geschmacks-Countdown
- 23.55 Wer kocht das Beste für die Gäste (6/6)
- 2.20 Auf Streife

Pro 7

- 14.00 The Middle
- 15.00 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben :newstime
- 18.10 Die Simpsons

tagestipp

Der 19-jährige Tony (John Travolta) gilt als „Loser“. Er wohnt in Brooklyn, jobbt in einem Geschäft. Doch einmal in der Woche lebt er auf: Jeden Samstagabend brilliert er mit seinen Tanz-Skills in der Disco. Tolles Porträt der Jugend im New York der 70er, das Mode- und Musikrends setzte.

„Saturday Night Fever“, 20.15 Uhr, Arte



Foto: arte

- 19.05 Galileo
- 20.15 TV total
- 21.25 Das Duell um die Welt – Team Joko gegen Team Klaas
- 1.20 Comedy Battle
- 2.20 TV total
- Meerjungfrau
- 13.05 krass nass! Die Tigerenten Club Sommerspiele
- 13.30 logol!
- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau
- 15.45 Mia and me – Abenteuer in Centopia
- 16.35 Der kleine Prinz
- 17.00 Simsalagrimm
- 17.25 Yakari
- 17.50 Pinocchio im Zauberdorf
- 18.15 Feuerwehrmann Sam

- 18.35 Löwenzähnechen – Eine Schnüffelnase auf Entdeckungstour (5/9)
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Die Schlümpfe
- 19.25 Anna und die wilden Tiere
- 19.50 logol!
- 20.00 KIKA Live

ARTE

- 10.30 Beachtliche Bauten und ihre wilden Nachbarn
- 11.15 Phänomenale Natur
- 12.10 Georgiens letzte Pferdewänner
- 12.40 Stadt Land Kunst
- 13.25 Stadt Land Kunst
- 14.15 Die Abenteuer. Actionkrimi, F/1967. Regie: Robert Enrico, Alain Delon. Mit Alain Delon, Lino Ventura
- 16.00 Blow up (1/6)
- 16.10 Romy und Alain: Die ewigen Verlobten
- 17.20 Chinesen in aller Welt
- 17.50 Wildes Belgien (1/3)
- 18.35 Insekten – Die Meister der Anpassung (1/2)
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Büffelmozzarella aus Italien – Die dunkle Seite der Delikatessen
- 20.15 Saturday Night Fever. Tanzfilm, USA 1977. Regie: John Badham. Mit John Travolta, Karen Lynn Gorney
- 22.10 Italo Disco: Der Glitzersound der 80er
- 23.05 Burn, Baby, Burn! Wie Aerobic die Welt zum Schwitzen brachte
- 0.00 Jon Batiste – Ground Control
- 1.05 Todo Includo
- 1.25 Das Wiener Staatsballett tanzt Gustav Mahler

3SAT

- 18.30 Eisenbahn-Romantik
- 19.00 heute
- 19.20 Mein Genf
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Das Haus. Thriller, D 2021. Regie: Rick Ostermann. Mit Tobias Moretti

- 21.40 Georgien – Unendliche Landschaften
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Antiviral. Horrorthriller, CNM/F 2012. Regie: Brandon Cronenberg. Mit Caleb Landry Jones, Sarah Gadon
- 0.15 10vor10
- 0.45 Alles finster
- 2.10 Nachtexpress nach Surabaya – Mit dem Zug über Indonesiens Hauptinsel

BAYERN

- 18.00 Abendschau
- 18.30 BR24
- 19.00 Ist mein Kind trans*?
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Klein gegen Groß – Das unglaubliche Duell
- 23.30 BR24
- 23.45 Lion. Drama, GB/USA/AUS/IND 2016. Regie: Garth Davis. Mit Dev Patel, Nicole Kidman
- 1.35 Café Waldluft

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Visite
- 21.00 Die Unfallklinik (5/6)
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 SWR Wunsch-„Tatort“
- 23.30 Tatort: Mitternacht oder kurz danach. D 1979
- 0.55 Sophie Cross – Gefährliche Dünen

HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mex – Marktmagazin

- 21.00 Mittendrin – Flughafen Frankfurt (4/6)
- 21.45 Auf den Spuren der Ku'damm-Raser (3/3)
- 22.15 hessenschau
- 22.30 Weisensee
- 0.10 Sexuell verfügbar (3/5)
- 0.40 Ein Hausboot zum Verlieben

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Servicezeit
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Markt
- 21.00 Wir werden Camper!
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Kritisch reisen
- 23.00 Bittere Früchte – Ausbeutung in der Landwirtschaft
- 0.25 Ziemlich beste Freunde. Komödie, F 2011

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Heimwerker statt Handwerker
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Wildes Argentinien
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Das Gipfeltreffen – Schubert, Sträter und König retten die Welt (6/8)
- 22.30 Die Mutprobe
- 0.00 Powerplay – Smart Girls Go for President
- 1.50 Was kostet...

RBB

- 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Früher war der Urlaub sonniger – Eine Reise durch die Jahrzehnte
- 21.45 rbb24
- 22.00 Luxus, Pomp und Prominenz – Das Grandhotel Taschenbergpalais Dresden

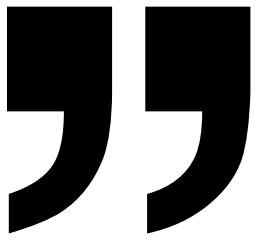
- 22.45 Hotel-Legenden
- 0.15 Savoy. Drama, ISR 2022. Regie: Zohar Wagner. Mit Dana Ivgy, Ala Dakka
- 1.30 100% Berlin.

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Der schönste Sommer meiner Kindheit (2/5)
- 20.15 Exakt – Das Nachrichtenmagazin
- 21.00 Wut. Eine Reportage aus dem zornigen Osten
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 Tatort: Einsatz in Leipzig. D 2000
- 23.40 HumorZone 2024 – Die Gala
- 0.40 Exakt – Das Nachrichtenmagazin

PHOENIX

- 12.30 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.15 Wie Thüringen wirklich über Höcke denkt – Eva Schulz redet mit Anhängern und Gegnern (1/3)
- 14.45 Gegen das vergessen – Der Kampf um die Erinnerungskultur
- 15.00 Pentagon-Leaks – Top Secret im Gamer-Forum
- 15.45 Polens öffentlich-rechtlicher Sender emanzipiert sich
- 16.00 Ägypten – Welt der Pharaonen
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Machtverschiebung. Die NATO und der globale Süden
- 18.30 24 Stunden Erde
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Ständige Vertreter – Die Bonner Kanzler und wie sie uns bis heute prägen
- 21.00 Geheimnis Bonner Regierungsviertel
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Die schönsten Landschaften der Welt
- 0.30 Ständige Vertreter
- 1.15 Geheimnis Bonner Regierungsviertel



„Ich hoffe inständig, dass die Menschen in den zahlreichen Krisengebieten dieser Welt zur Besinnung kommen und es mutige Leute gibt, die die macht- und kriegsbesessenen Herrschenden endlich abservieren“

Achim Bothmann, Hannover

wortwechsel

Verrutschte Maßstäbe – im Krieg und im Frieden

Verzweifelte, verbissene, in den Krieg beorderte Mörder – in Russland und in der Ukraine. Wir tun so, als wäre Krieg nun normal geworden. Im Westen und im Osten – nichts Neues



Hamad City in Chan Junis, südlicher Gazastreifen, 11. August 2024
Foto: Hatem Khaled/reuters

Wer traut noch wem?

„Vorwürfe gegen Ukrainer: Haftbefehl nach Nord-Stream-Anschlag“, taz vom 15. 8. 24

Erinnern wir uns noch? Im September 2022 wurden mehrere Anschläge auf die Nordstream-Pipelines durchgeführt. Wochen- und monatelang gab es Leitartikel und Empörungen in allen Nachrichtensendungen und auf allen Titelseiten. Schon am Tag nach dem Anschlag wurde bei uns Russland als verantwortlich für das Umweltdesaster erklärt. Deutsche Politiker konnten mit diesem Verdacht offensivere Munitions- und Panzereschenke an die Ukraine durchsetzen. Nicht nur Ursula von der Leyen forderte seinerzeit eine drastische Bestrafung der Täter. Sicher zu recht: Die Anschläge hatten die Gas- und Strompreise im vorletzten Winter explodieren lassen. Millionen Menschen litten unter Nachzahlungen, viele Unternehmen leiden bis heute an den Preissteigerungen. Nun wird nach und nach immer deutlicher, wer tatsächlich 2022 hinter diesen Anschlägen steckte. Haben westliche Staaten die Flucht des Täters ermöglicht und sogar mit Steuermitteln finanziert, sodass bei uns Menschen und Betriebe in existentielle Nöte geraten sind?
Norbert Gores, Neu-Morsnet

„Gefährdete deutsche Ukrainehilfe: Auf Trumps Pfaden“, taz vom 19. 8. 24
Für einen Großteil der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland ist der Krieg in der Ukraine nicht unser Krieg. Aggressor Putin-Russland hat uns (die Nato) in keiner Weise angegriffen. Völkerrechtswid-

rige Angriffskriege muss die Welt leider fast permanent erdulden. Auch Nato-Staaten waren hier unrühmlich aktiv. Wie in jedem Krieg stellt sich aber auch hier die Frage: Wer profitiert und wer leidet? Hohle Phrasen von Freiheitsverteidigung rechtfertigen nicht Hunderttausende beidseitige Todesopfer. Verhandeln um jeden Preis ist die humane Lösung.
Bernd Meyse, Oldenburg

Russland beklagt, dass die Ukraine westliche Waffensysteme einsetzt, damit sei der Westen sozusagen Kriegspartner. Aber welche Waffen setzt Russland ein – auch aus China? Ist damit China auch Kriegspartner?
Ulrich Dürr, Bad Nauheim

Was ist Friedenssinn?

„Scholz und BSW: Rückenwind vom Kanzler“, taz vom 19. 8. 24
Ja, Sahra Wagenknechts Aufstieg hat etwas mit Olafs Schwächen zu tun. Aber ihm zu empfehlen, es Sahra gleichzutun und leere Friedenshoffnungen aufzubauen, ist genauso absurd, wie die AfD mit ihren eigenen Mitteln zu bekämpfen. Scholz hat mehrmals direkt bei Putin am Tisch gesessen, er war in China und hat dort die Zusicherung mitgebracht, dass China eine Atomdrohung nicht mitträgt, aber es hat an seiner Angstpolitik nichts geändert.

Am meisten profitieren Populisten von Unklarheit und Unentschlossenheit der Regierenden. Wir sind im Krieg, es geht deshalb gerade nicht um Abrüstung, sondern darum, wie Europa sich verteidigt und eine Aggression stoppt. „Solange der

Westen das Heft des Handelns nicht zurückgewinnt, bestimmen Aggressoren wie Moskau und Teheran, was auf der Welt geschieht. Frieden und Freiheit dient das nicht.“ An dieser einfachen Wahrheit, zitiert aus der rechtskonservativen NZZ, kommt auch die taz nicht vorbei.
Burkhard Braunbehrens, Ebertsheim

Ist das Kriegssirrsinn?

„Kämpfen für Deutschland: Zu den Waffen, Genossen!“, wochentaz vom 17. 8. 24
Unter welchen Umständen sich ein Mensch gezwungen sieht, sein Leben hinter sich zu lassen oder mit der Waffe zu verteidigen, ist sicherlich ein Artikel wert. Am Ende ist es aber eine individuelle, unbedingt zu akzeptierende Entscheidung. Der russische Angriff als Beispiel ist allerdings so plakativ, dass man ihn hier nicht ernst nehmen kann. Für antifaschistischen Widerstand bietet sich im Lande bereits mehr Gelegenheit, als einem lieb sein kann. Man kann nur hoffen, dass dieser nicht bald bewaffnet erfolgen muss. Doch wenn man mit dem linken Auge nur auf Russland schießt, dann muss man auf dem rechten umso wachsam sein. Und wer „Kämpfen für Deutschland“ als Überschrift liest, kann sich nur beide Augen reiben. Ernsthaft!
Marcel Thanhäuser, Minden

Nach Meinung Ihres Autors ist Krieg überall und die Frage, wer sich in Deutschland im Angriffsfall in den Schützengraben legen würde, beantwortet er mit: „Ich!“ Er würde nicht abhauen, so wie Salonpazifisten/innen. Aber er ist naiv, wenn er glaubt, dass Länder wie die Schweiz alle, die abhauen wollen, aufnehmen würden.

Wenn es wirklich zu einem Krieg käme, wären alle kriegstauglichen Menschen verpflichtet, in den Krieg zu ziehen. Mein Vater musste in den Zweiten Weltkrieg ziehen. Denn es galt als Feigheit vor dem Feind, wenn man sich weigerte, in den Krieg zu ziehen, und man wurde von den eigenen Leuten erschossen. Krieg bringt Not, Elend und Tote. Wer hat das nicht verstanden, wenn er das Buch „Im Westen nichts Neues“ von Remarque gelesen hat? Krieg ist keine Lösung! Die Möglichkeit, dass durch Diplomatie, Kriege beendet oder verhindert werden können, sieht der Autor gar nicht.
Irmtraut Otte, Göppingen

Wie jedes Jahr hat das schwedische Friedensforschungsinstitut Sipri die erschreckend angewachsenen Rüstungsausgaben aller Staaten veröffentlicht. Wie schon in den Vorjahren, stecken die Nato-Staaten mehr als 14-mal so viel (!) in ihre Rüstung als Russland. Ist es angesichts dieser Tatsache wirklich realistisch, von einem drohenden russischen Angriff auf die Nato zu sprechen, wie es viele westliche Politiker tun? Von einer russischen Armee, die seit über 2 Jahren große Schwierigkeiten hat, der vergleichsweise militärisch schwachen Ukraine wenige Quadratkilometer Land brachial zu entreißen?

Oder ist der drohende Angriff auf die Nato lediglich eine Verschwörungserzählung, damit immer neue und teurere Waffengeschenke gerechtfertigt werden können? Wann wird endlich erkannt, dass nur Verhandlungen das Leid der Menschen beenden können?
Heinz Quix, Übach-Palenberg

meinungsstark

Achtung! Wir sind doch die Guten!

„Nachrichten im Nahost-Krieg: Hoffen auf den Durchbruch“, taz vom 16. 8. 24
Das Grauen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden im Krieg vor allem an der Zahl der Opfer, insbesondere von Zivilisten, gemessen. Frauen und Kinder werden von PolitikerInnen liebend gern politisch benutzt. Der Krieg gegen Gaza hat bereits 40.000 Tote hinterlassen. Die Mehrheit, nach dem Krieg in Gaza oder der Ukraine befragt, wird uns im Grundton der Überzeugung den Krieg in der Ukraine als den grausamsten Krieg nennen. Ist er das in jeder Hinsicht? Bombardieren nur Russen bevorzugt Krankenhäuser, Schulen, Kindereinrichtungen, Kaufhallen? Sind nur bei Russen Kinder und Frauen, unschuldige Zivilisten die Ziele? Laut den Berichten der einschlägigen Nachrichtensender scheint das eine unbestreitbare Tatsache. Alle Kommentierungen verantwortlicher PolitikerInnen der ersten Reihe lassen keine andere Meinung aufkommen. Warum ist das so? Warum tun das PolitikerInnen – so bewusst wie verantwortungslos? Warum tun sie alles, um Meldungen nicht ins Bewusstsein kommen zu lassen, die Kriegsverbrechen, Völkermord und brutalste Kriegsführung der israelischen Kriegsmaschinerie anklagen und verurteilen? Wer diese Ungleichheit und Einseitigkeit erkennt, der muss in große Zweifel geraten, was die ehrenhaften, menschenrechtlichen, humanen Ziele und Kriegstaten der ukrainischen Seite täglich in unsere Köpfe bringen will: Wir sind die Guten, die anderen die Bösen. Wer zu ersten Zweifeln gelangt ist, der ist ganz nahe daran, nie und nimmer die Lösung der Konflikte in mehr und noch mehr Krieg, Waffen, Rüstung und irrsinnigem Glauben an einen Sieg auf dem Schlachtfeld zu feiern.
Roland Winkler, Aue

Wandern die Linken jetzt zur SPD?

„Nach Rückzug der Parteispitze: Und jetzt die Nachfolge-Tombola“, taz vom 20. 8. 24
Beendet das linke Trauerspiel! Mein Vorschlag zur Krise der Linken: Die Genoss*innen lösen den Verein auf und treten samt aller Fraktionen geschlossen in die SPD ein. Das stärkt dort den linken Flügel und verkürzt das sich abzeichnende Trauerspiel. Nur Mut!
Peter Michael Witt, Düsseldorf

Recht und Ordnung ohne Quittung?

Betrifft: Ehrlichkeit an einem Sonntag in Berlin, 18. 8. 24
Heute wurden meine Frau und ich auf unserem Sonntagsspaziergang am Hansaplatz auf folgende Situation aufmerksam: Eine junge Frau aus Somalia (wie sich später im Gespräch herausstellte), obdachlos, war sehr aufgeregt. Sie hatte ein Portemonnaie mit circa 600 bis 700 Euro und diversen Dollarnoten gefunden. Sie wollte das Fundstück unbedingt abgeben. Wir rieten ihr, die Polizei zu rufen. Die kam auch und nahm die Personalien der ehrlichen Finderin auf. Das Portemonnaie mit dem Geld nahmen sie, trotz mehrfachen Bittens, ohne Quittung mit. Ein Dankeschön der Polizisten gab es auch nicht. Wir haben mit einem sehr schlechten Gefühl unseren Spaziergang fortgesetzt.
Renate und Herbert Holste, Berlin

Unrecht und Unordnung – mit Geld!

„Radikalisierung von Elon Musk: Die einzige Sprache, die er versteht“, taz vom 14. 8. 24
Dieser Kommentar zur Radikalisierung von Elon Musk, insbesondere im Hinblick auf seine Plattform X (ehemals Twitter), war sehr zu begrüßen. Ich bin längst der Meinung, dass die Art und Weise, wie die Algorithmen solcher Plattformen bestimmte Inhalte der Nutzer filtern und weitergeben, eine Radikalisierung unvermeidbar macht. Elon Musk scheint diese Tatsache nicht nur zu erkennen, er fördert sie. Da eine echte Regulierung durch die Politik höchst unwahrscheinlich ist, liegt es an den Nutzern und Werbetreibenden die Dinge zu ändern, indem sie ihre Unterstützung zurückziehen. Viele Politiker, Prominente und Medienvertreter werfen der Plattform Hetze, Hass und Falschinformation vor. Warum nutzen sie X weiterhin? Wenn sich die sozialen Netzwerke nicht ändern, müssen wir es tun.
Seán Adamson, München

taz.de

Viel zu lange habe ich selbst fast nur noch Lethargie empfunden, wenn ich mir angeschaut habe, was Incel-Faschos mit unseren Demokratien anstellen. Selbst aktives Wegschauen war keine Rettung. Seit Kamala Harris fühle ich wieder Sehnsucht. Und die Tränen einer verzweiferten Hoffnung.

Kjeld Jensen zu „Kamala Harris: Mut und Optimismus statt Lethargie“, taz vom 19. 8. 24



taz die tageszeitung,
friedrichstraße 21,
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

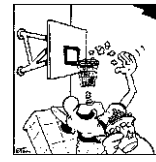


Auch Taekwondo wird bei den Paralympics dabei sein. Hier Hadi Hassanzada (l.) vom Refugee Team mit Sparringspartner
Foto: ap

american pie

Sie gibt uns Fieber

Caitlin Clark sorgt als Rookie in der US-Basketball-Liga der Frauen für Furore



In der WNBA schlagen die Indiana Fever die Seattle Storm am Sonntag mit 92:75. Caitlin Clark, die für Fever spielt, erzielt dabei 23 Punkte und gibt neun Assists.

Für einen Rookie, also für eine Spielerin, die ihre erste Saison in der Liga absolviert, sind das beeindruckende Zahlen. Aufgehört wird, weil die aus Iowa stammende 22-jährige diese Zahlen fast jedes Spiel abliefern, und wie Clark wirft Dreier aus jeder denkbaren Position. Diese Aktionen sind meist Highlight-Videos und/oder Stoff für Überschriften – das geht viral und weit über die Frauenbasketball-Welt hinaus.

Sie elektrisiert die Zuschauer, zieht sie ins Stadion und vor den Fernseher. Und das nicht erst seit dieser Saison. Die Lokalpresse in Iowa nennt die anziehende Wirkung der Werferin den „Caitlin-Clark-Effekt“.

Seit 2023 brachen die Spiele ihres ehemaligen College-Vereins, der Iowa Hawkeyes, reihenweise Zuschauerrekorde. Tickets für die sonst nicht mal ausverkauften Basketballspiele der College-Frauen wurden für über 1.000 Dollar verkauft. Das Finale der 2024 College-Saison zwischen den Iowa Hawkeyes und den South Carolina Gamecocks wurde von 18,9 Millionen Menschen geschaut. Das waren mehr Zuschauer als beim sich sonst in anderen Sphären befindenden Finale der College-Männer.

Seit diesem Jahr spielt Clark in der WNBA. Diese wächst seit Jahren kontinuierlich, schon vor Clark. Ganz so einfach, wie mit dem „Caitlin-Clark-Effekt“ suggeriert, ist es also nicht. Mediale Wirkung, als käme das Wachstum ausschließlich von der Rookie aus Iowa. Das ärgert Athletinnen, wie die wertvollste Spielerin von 2022, A'ja Wilson, die nicht versteht, warum Clark in so jungen Jahren so viel Hype bekommt: „Sie muss noch viel lernen und das ist okay. Aber diese Gespräche sind so ermüdend.“

Auch spielerisch wird Clark laut Beobachtern ihrer Spiele häufig sehr hart angegangen, manchmal hart gefoult. In der Sportwelt wird darüber diskutiert, ob es sich hierbei um Missgunst oder Neid handelt.

Clarks Mitstreiterin um die beste Rookie des Jahres – Angel Reese – unterstreicht, dass Frauenbasketball nicht nur wegen Clark geschaut wird: „Viele von uns haben so viel für dieses Spiel getan. Es gibt so viele große Spielerinnen in dieser Liga, die das schon sehr, sehr lange verdient haben, und zum Glück kommt es jetzt.“ Das stimmt. Die gesamte WNBA kämpft seit Jahren um mehr Aufmerksamkeit. Die Persona Caitlin Clark stellt das zeitweise in den Schatten.

Ja, Clark beschleunigt den Aufstieg des Frauenbasketballs und hat besonders in den letzten beiden Jahren ein vorher nie da gewesenes Feuer um sich herum und den Sport entfacht. Auf der anderen Seite vergisst der „Caitlin-Clark-Effekt“ die Spielerinnen um den jungen Superstar herum. Basketball ist und bleibt ein Team sport. Für die Aktio-

„Sie muss noch viel lernen und das ist okay. Aber diese Gespräche sind so ermüdend“

A'ja Wilson über den Clark-Effekt

nen der 22-Jährigen muss sie in Position gebracht werden. Eine schöne Vorlage braucht eine Abnehmerin. Ein spannendes Spiel braucht kämpfende Gegnerinnen.

Im September gehen die Playoffs los. Dort wird das junge Talent auf die bisher größte Aufgabe ihrer Karriere stoßen. Gut möglich, dass weitere Zuschauerrekorde gebrochen werden. Aber eher mit und nicht wegen Caitlin Clark.

Elias Schaal

Hindernisparcours Paris

Am nächsten Mittwoch, den 28. August, starten in der französischen Hauptstadt die Paralympics. Nicht überall scheint die Stadt gut vorbereitet zu sein

Aus Paris **Ronny Blaschke**

Paris verfügt über eines der ältesten Metronetze der Welt. Einige Linien wurden vor mehr als 120 Jahren eröffnet. An den Stationen führen oft steile Treppen zu den Bahnsteigen. Aufzüge und Rampen gibt es selten. Nur die neue Bahnlinie 14 ist komplett barrierefrei. „Paris ist wie ein Hindernisparcours für behinderte Menschen“, sagt der Rollstuhlnistennispieler Serge Mabilly. „Man braucht hier immer einen Plan B.“

Am nächsten Mittwoch beginnen in Paris die 17. Sommer-Paralympics, mit rund 4.400 Sportlern. Traditionell beschleunigen die Weltspiele des Behindertensports in den Gastgeberstädten eine Debatte über Barrierefreiheit und Teilhabe. In Frankreich leben 12 Millionen Menschen mit einer Beeinträchtigung, rund 17 Prozent der Bevölkerung. Was können die Paralympics bewirken?

Serge Mabilly engagiert sich als Vizepräsident des Verbandes APF France Handicap für behinderte Menschen. Er hatte große Hoffnungen mit den Paralympics in der französischen Hauptstadt verbunden. Schließlich stellten die Gastgeber in der Bewerbungsphase Investitionen von 1,5 Milliarden Euro in Aussicht: etwa in Rampen, rollstuhlgerechte Busse und Leitsysteme.

Doch NGOs wie APF France Handicap beschreiben die Umsetzung als langsam und ambitionslos. Einige von ihnen demonstrierten gegen die Gastgeber der Paralympischen Spiele. Und womöglich kann es nun bei den Spielen erneut zu Protesten kommen. „Für manche Strecken, die ohne Rollstuhl zehn Minuten dauern, brauche ich 40 Minuten“, sagt Serge Mabilly. „Oft kann ich dann nicht mal den Bus nutzen. Weil der Bus schon voll ist, nicht richtig parken konnte oder die Einstiegsrampe kaputt ist. Wir müssen jede Fahrt genau planen.“

Es ist wohl unmöglich, die historische Metro komplett barrierefrei umzubauen. Die Organisatoren stellen aber mehr behindertengerechte Busse und Taxis in Aussicht. Auf den Bürger-

steigen sollen Schlaglöcher und hohe Bordsteinkanten beseitigt werden. Bei den Paralympics sollen Shuttlebusse an den großen Bahnhöfen bereitstehen, eine Fahrt muss aber reserviert werden.

Die Athleten sollen von den Problemen wenig mitbekommen. Sie sind im Olympischen Dorf von Saint-Denis untergebracht, wo im Norden von Paris ein neues Quartier entsteht. „Im Dorf hat jedes Apartment barrierefreie Bäder“, erzählt Karl Quade, der Chef de Mission der deutschen Paralympier. „Langfristig können diese Wohnungen dann von behinderten Menschen genutzt werden.“

Darüber hinaus haben die französischen Behörden im Rahmen der Paralympics weitere Maßnahmen angekündigt. So sollen öffentliche Stellen in Paris ihre Angebote für Menschen mit kognitiven Einschränkungen leichter zugänglich machen. Zudem wird das Bildungssystem gestärkt. „Bis 2030 soll in Paris mindestens eine barrierefreie Schule in maximal 15 Minuten erreichbar sein“, sagt Andrew Parsons, Präsident der Internationalen Paralympischen Komitees (IPC). „Wir wollen beweisen, dass die Paralympics eine Stadt positiv prägen können.“

Doch es hat Jahrzehnte gedauert, bis die Spiele diese Stellung erreichten. 1996 zum Beispiel ließen die Organisatoren nach Olympia in Atlanta etliche Sportstätten abbauen, so dass die Paralympics zum Teil in Ruinen stattfinden mussten. 2008 in Peking wurden bei den Paralympics zum ersten Mal überhaupt behinderte Menschen im Fernsehen gezeigt, doch Ausgrenzung erleben diese in China bis heute. Immerhin: Nach den Spielen in London 2012 haben laut einer Studie ein Drittel der Briten ihre Einstellung zu Behinderungen geändert.

Vor den Sommerspielen in Rio 2016 erarbeitete die brasilianische Regierung ein Antidiskriminierungs-gesetz. Zwei Jahre später war in Brasilien die Zahl der Beschäftigten mit einer Behinderung um 50 Prozent höher als 2009, in dem Jahr, als Rio den Zuschlag für die Spiele erhielt. Trotz-

dem können behinderte Menschen in den Favelas bis heute ihre Wohnungen oft nicht verlassen.

Andrew Parsons vom IPC sagt, dass die Paralympics nur ein Anstoß für eine Entwicklung sein können, die Jahrzehnte dauern kann. Tokio etwa war schon vor den Paralympics 2021 eine Stadt mit eher wenigen Barrieren im Nahverkehr gewesen. Trotzdem sah man selten behinderte Menschen im Stadtbild. „In Japan gab es die Wahrnehmung, dass man sie besonders schützen müsse“, sagt Parsons. „Aber das ist falsch. Behinderte Menschen brauchen Möglichkeiten, um sich zu entfalten. Ich glaube, dass die Paralympics die japanische Gesellschaft verändert haben.“

In Deutschland fanden die Paralympics einmal statt, 1972 in Heidelberg. Die Olympia-Stadt München wollte das Athletendorf nicht umbauen, sondern die Wohnungen früh für zahlende Mieter freigeben. Mehr als 50 Jahre später wollen deutsche Sportverbände erneut eine deutsche Olympia-Bewerbung auf den Weg bringen. Aber wie könnte die Gesellschaft von Paralympics profitieren? Jürgen Dusel, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, nennt Sportstätten, Schwimmhallen und Schulen, die in Deutschland vielfach nicht barrierefrei sind: „Und in vielen Städten mangelt es auch an barrierefreien Hotelzimmern.“

Realistisch sind Olympische und damit auch Paralympische Spiele in Deutschland frühestens 2040. Doch auch in der Bewerbungsphase könnten Themen in den Fokus rücken: fehlende Lehrkräfte oder die teils mangelnde Zusammenarbeit zwischen olympischen und paralympischen Vereinen. Jürgen Dusel möchte zudem über den Leistungssport hinausblicken: „Menschen mit Behinderungen treiben deutlich weniger Sport als Menschen ohne Behinderungen. Und während der Pandemie haben viele Rehasportvereine Mitglieder verloren.“ Die Paralympics könnten auch in Deutschland eine wichtige Debatte anstoßen.

was alles nicht fehlt

Goretzka in der Startelf: Gibt es noch eine Chance oder war es sein Abschiedsspiel? Beim Test gegen die Grashoppers Zürich durfte der Bayern-Spieler jedenfalls noch mal von Anfang an ran.

Noch mal Pokal: Nachgetragen sei das 4:1 der Frankfurter Eintracht in Braunschweig, das 2:1 der Kickers Offenbach in Magdeburg (Überraschung), das 1:0 der Wölfe in Koblenz und das 3:1 von Werder Bremen bei Energie Cottbus. Auch das 0:6 des taz Panter FC gegen die Deutsche Welle sei notiert.

Abschied von İlkay Gündoğan

Der gebürtige Gelsenkirchener gibt Rücktritt aus der Nationalmannschaft bekannt. Seine Zukunft in Barcelona ist noch ungewiss

Nu isser weg. İlkay Gündoğan hat am späten Montagnachmittag seinen Rücktritt aus der deutschen Nationalmannschaft verkündet. 82 Länderspiele und 19 Tore stehen bei ihm zu Buche, es hätten durchaus mehr sein können, wenn der talentierte Junge aus dem Ruhrgebiet und Deutsche Meister mit Borussia Dortmund nicht öfter mal von Verletzungen und Formschwankungen gebeutelt worden wäre. So war er bei der WM 2014 nicht im Kader; erst später konnte er sich auch beim DFB den Platz verschaffen, der ihm vielleicht zustand. Obwohl er sich zum

Beispiel auch wie viele andere beim kläglichen WM-Aus 2022 in Katar wegduckte. Bei der EM 2024 in Deutschland spielte er eine hervorragende Vorrunde,



İlkay Gündoğan Foto: T. Weller/dpa

Höhepunkt war sein Tor gegen Ungarn, danach tauchte er ab. Jetzt gab er „eine gewisse Müdigkeit“ als Grund für sein Ausscheiden an. Seine beste Zeit hatte der intelligente, bescheidene und stille, aber auch für manche Irritation (Stichwort Erdoğan) anfällige Mittelfeldspieler unter Pep Guardiola bei Manchester City, das er höchstpersönlich einmal mit zwei Toren zur Meisterschaft schoss. Auch die Champions League konnte er gewinnen. Ob Gündoğan auch beim FC Barcelona den Hut nimmt, ist noch nicht bekannt. (rh)

taz * panterstiftung

Die Türen offen halten

...dazu möchte die taz Panter Stiftung weiter ihren Beitrag leisten: kritischen Autor:innen aus Osteuropa eine Plattform geben und Austausch fördern.

Mehr Infos zu den Osteuropa-Workshops: taz.de/stiftung/osteuropa

Spenden Sie unter taz.de/spenden

Goten und andere Idioten

Lernen aus der Geschichte: Ein Altertumsforscher gibt Hinweise für das heutige Miteinander von Ost und West

Von Reinhard Umbach

Ossis und Wessis – es sagt sich so leicht. Und doch spüren alle, dass sich hinter dem problematischen Verhältnis zueinander ein dunkeldeutsches Familiengeheimnis verbirgt, nicht unähnlich jenem, das am Ende jedes Fernsehkrimis zutage tritt.

Ein solches Geheimnis zu entschlüsseln, hat sich nun mit Professor Willibald Molke ein Altertumsforscher von der Meeresuniversität Haithabu zum Ziel gesetzt. Sein hochanalytisches Buch („Die Idioten der Goten“, Histo Verlag 2024, 965 Seiten, 58 Euro) dürfte auch im Hinblick auf die anstehenden Wahlen im Osten der Republik von erheblicher Brisanz sein. Denn zu verstehen ist alles nur, wenn man in der Geschichte weit zurückgeht und sich den Werdegang der Goten vor Augen führt ...

Das hat übrigens schon einmal ein Mann namens Cassiodorus getan, der im Auftrag des Ostgotenkönigs Theoderich eine „Historia Gothorum“ verfasste und gleich zu Beginn ein entscheidendes Ereignis schildert. Es war wohl nach ihrem Aufbruch aus der Gegend an der Weichsel und der Donau eine Brücke, die zum Schicksal der zunächst noch vereinten Goten wurde. Der vordere Teil des Trecks kam noch heil über sie hinweg, dann krachte sie zusam-



Barbaren schauen sich zwischen Ost und West aus schier unüberbrückbarer Distanz an Foto: ap

men und der hintere Teil blieb zurück.

Erinnert das nicht schon sehr an die deutsch-deutsche Trennung nach 1945? Standen nicht auch damals Brücken im Vordergrund der Ereignisse? Die Brücke am Kwai? Bernhard Wicki's Film „Die Brücke“?

Jedenfalls zieht Professor Molke bereits hier ein Zwischenfazit für die Ossis und Wessis von heute. Auch sie hätten sich niemals von dieser schicksalhaften Trennung erholte. Beide Teile seien immer noch orientierungslos wie Kröten bei ihrer Jahreswanderung, wenn sie keine eigens für sie erbaute Krötenbrücke vorfinden.

Vermutlich war bereits der Aufbruch der Goten weniger rational als durch Hummeln im Hintern ausgelöst. Daher kommt übrigens die altgotische Begrü-

ßung der Nordgoten „Hummel, Hummel, Mors, Mors“. Wobei „Mors“ die morastigen Südgoten verspotten soll.

Im Laufe der Geschichte setzten sich die Teilvölker in unterschiedliche Richtungen in Bewe-

Auch die Ossis und Wessis heute sind orientierungslos wie Kröten ohne eine Krötenbrücke

gung, ohne dass sie bereits wussten, wer von ihnen einmal die West- und wer die Ostgoten sein würden. Zu groß war das Durcheinander der Völkerwanderung, mittendrin tauchten auch Vandalen und Alanen auf. Molke geht sogar so weit, dass berühmte

Diktum Theodor Fontanes vom „weiten Feld“ auf diese Zeit zurückzuführen, denn auf ihrem Zug nach Südeuropa müssen die Goten auch durch die Mark Brandenburg gekommen sein und dort die berühmte Markklößchensuppe erfunden haben.

Niemand, nicht einmal der Altertumsforscher Molke, kann erklären, warum es die Westgoten bis nach Toledo in Spanien und die Ostgoten nach Ravenna an die Adria verschlug – vergleichbar den Reisezielen von heute: Mallorca und Rimini. Manche wie Molke behaupten, die Fiesta von Pamplona und das Schlagerfest von San Remo seien urgotisch.

Ob die beiden Stämme wenigstens schriftlich im Kontakt blieben? Darüber allerdings schweigt sich Professor Molke in gotischer Schrift aus. Klar ist nur, dass das einst so innige Ver-

hältnis der Goten untereinander einer Rivalität gewichen war, die eigentlich nur mit dem Parteienbild in der aktuellen Bundesrepublik zu vergleichen ist, wo unversöhnliche Gefühlslagen aufeinanderprallen. Wie sonst ist zu erklären, dass man in der Schlacht auf den Katalaunischen Feldern 451 die West- und Ostgoten auf unterschiedlichen Seiten kämpfen sah und der Westgotenkönig Theoderich I. durch den Speer des Ostgoten Adages starb?

Überhaupt diese Theoderiche! Später kam ja noch Theoderich der Große dazu, der aber plötzlich Ostgotenkönig war! Im Verhältnis der beiden Gotenreiche herrschte offenbar ein völliges Durcheinander. Praktisch keiner wusste mehr so recht, wer wer war. Und so geht heute unter den Ossigoten die Trennungslust unvermittelt weiter. Schon haben sie sich in Rechts-, Links- und Sahragoten aufgeteilt.

Die Führerin des Stamms der ostgotischen Wagenknechte aber ist verheiratet mit Theoderich Lafontaine, einem Spalterfürsten vor dem Herrn, der sich am anderen, westlichen Ende des gotischen Stammesgebiets niedergelassen hat und von dort aus genüsslich die Zerstörung von Brücken anordnet. Die Warnungen von Professor Willibald Molke aber verhallen im Nebel der Geschichte.



das wetter

Das Ganze

„Jetzt muss das Ganze nur noch in eine konkrete Form gegossen werden“, sagte Milo Wilke, als er das Grundprinzip der Liebe endlich verstanden hatte. Jahrelang hatte er dafür gebraucht, und ohne seine aufopferungsvolle Beraterin Hibisca Möhringer hätte er es niemals geschafft, die Sache in trockene Tücher zu bringen. „Hosen auf und Schlüpfen runter, auf und ab geht's bunt und munter“, sangen die beiden nun Hand in Hand. Dann sahen sie sich an und entschlossen sich, das Ganze doch zu verschieben und lieber ins Kino zu gehen.

gurke des tages

Das sollte den Mitgliedern der Klimasekte „Letzte Generation“ wirklich zu denken geben: „Klima-Demonstranten haben **Inselverbot auf Sylt**“, meldete gestern die Ferienagentur dpa. Alle, alle dürfen sie auf Sylt **machen, was sie wollen**: Reiche reich sein, Rechte rechte Lieder grölen, Punks Bier trinken. Nur die Generation L ist **ganz unten in der Nahrungskette** und jetzt sogar runtergefallen von der Insel der Leichen und Obszönen. **Letzter Aufruf: Ab auf die Malediven!**

Heiliger Handy-Nazi

Krakeeler mit verblüffender Begründung

Auch 79 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus hält durch Deutschland immer noch und immer wieder die verbotene Naziparole „Sieg Heil!“. Aus schlechter Überzeugung, plumper Lust an der Provokation oder schlichter Dummheit. Die verblüffendste jemals gehörte Begründung eines „Sieg Heil!“-Krakeelers hatte allerdings am Montagmorgen ein 39-jähriger Mann, der im Bahnhof Harburg nahe Hamburg lautstark die wörtliche Form des Hitlergrußes von sich gab. Wie die Krawallagentur epd gestern meldete, erklärte der Radaubruder den herbeigerufenen Ordnungshütern, er habe die Parole „aus Frust über den niedrigen Ak-

kustand seines Handys gerufen“. Das ist nur logisch. Wer kennt das nicht? Und wer ruft nicht auch jedes Mal das allseits bekannte Schimpfwort, wenn der Akku leer ist? Denn schon im Tausendjährigen Reich war es eine übliche Vorgehensweise, dass die Besitzer von Handys „Sieg Heil!“ riefen, wenn die im Volksmund „Adolfschnauze“ genannten Mobilfunkgeräte wieder einmal nicht ordnungsgemäß funktionierten. Der Ausruf „Sieg Heil!“ war quasi ein Akt des Widerstands gegen die Nazis und ihren unfähigen Blut- und Boden-Mobilfunk, der den rechten Empfang nicht an jeder Milchkanne ermöglichte. Heil dir, mein Handy-Irrsinn.

Tod hinterrücks

Allerallerletzte Warnung an den Sensenmann

Tod, du hirnloses Knochengerüst! Du Arschkrämpfe! Seit Jahren warnen wir dich, du sollst deine bleichen Knochenfinger von den Greisen und Greisinnen dieser Welt lassen. Doch immer wieder reißt du die ältesten Wesen aus unserer Mitte und setzt dich über unsere mahnenden Worte hinweg. Zuletzt im Dezember 2023, als du die mit 116 Jahren älteste Frau Japans weggesenst hast. Aber Tod, du miese Plage, dir ist alles komplett schnuppe, du treibst dein dunkles Geschäft lieber besinnungslos weiter. So wie am Dienstag, als du den ältesten Menschen der Welt in die ewigen Jagdgründe gezerrt hast. Mit 117 Jahren musste die Spanierin Maria Branyas dran glauben. Senora Branyas galt seit anderthalb Jahren als ältester Mensch der Welt. Geboren am 4. März 1907 in San Francisco, zog ihre Familie im Jahr 1915 nach Spanien. Im Alter von 113 Jahren überstand die Gute sogar wohlbehalten eine Coronainfektion. Was dich Tod, du Höllengeburt, nicht davon abhielt, jetzt hinterrücks zuzuschlagen. Schnitter, du widerliches Stück Dung! Wir warnen dich ein absolut letztes Mal: Lass unsere Alten in Ruhe! Wer so lang durchgehalten hat, sollte ewig weitermachen dürfen.



Schnitterfoto: ap



Claudia Römer

Susi und Frank forever

Die Sommerödnis in der hessischen Bankenstadt hatte ich mir schöner vorgestellt. Baustellen machten keinen Krach mehr, sondern verharrten nun wie alles andere im totalen Stillstand. Langweilig. Leere U-Bahnen waren ebenso fad. Ich freute mich, wenn es klingelte und ich für die Nachbarn Bestelpakete annehmen durfte. So weit war es gekommen. Ich starrte aus dem Küchenfenster. Ungewöhnliche Laute am frühen Abend: „Sie halten zusammen, egal was passiert – 120 Jahre Susi und Frank!“ Der irre Refrain einer nicht erkennbaren Melodie schallte über die Hinterhöfe. Unglaublich, jetzt wurden Leute, die Susi und Frank hießen, schon 120 Jahre alt, wenn wohl auch nur zusammen. Ich kannte sie nicht und schwankte zwischen Abscheu und Bewunderung. Sie hielten zusammen.

Und sie hatten Freunde, die für sie sangen. Das war schön. Dennoch. Es klang furchtbar. Danach ließen sie alle Songs der Achtzigerjahre laufen: „Girls

just Wanna have fahan“, Trio mit „Da, Daa, Daaaa“ – und Stephan Remmler mit „Ich hab den Urlaub nicht gewollt. Du hast gesagt, es müsste sein.“

Jaja, bisher hatte auch ich geglaubt, es sei schlau, nicht auf sommerlich verstopften Routen mit anderen um irgendetwas zu streiten. Doch jetzt wollte ich dringend frische Bergluft schnuppern. Es klappte. Ein netter Mensch fuhr mich und sich mit dem Auto in einen beliebten Allgäuer Ferienort.

Da, daa, daaa überholte schon wieder ein Lkw. Just Wanna have fahan! Zur Erholung folgte ein acht Kilometer langer Stau entlang einer „Gespensterbaustelle“. Bestes Sommerwetter, 32 Grad, sagte das Radio.

Das Hotel, das wir über das Internet gebucht hatten empfing uns wärmstens. Über der Rezeption prangte der launige Spruch: „If you want to have breakfast in bed, sleep in the kitchen.“ Nicht schlecht. Das Haus war zudem bei Rauchern sehr beliebt. In kleinen Trauben standen sie überall umher. Nette Menschen. An die Abhust-

geräusche im überfüllten Frühstücksraum hatten wir uns rasch gewöhnt. Dort hing zudem eine interessante Bierwerbung: „Der Klügere kippt nach“. Zwei Meter weiter ein gerahmter Spruch: „Das Leben ist kurz, also nimm zuerst das Dessert.“ Und an der Toilettentür stand: „Das WC ist kein Mistkübel.“

Die vielen Botschaften verwirrten uns etwas. Doch die Allgäuer Berge und Wiesen waren wie immer wunderbar. Wir spazierten unablässig umher. Nur der Hunger trieb uns regelmäßig in die lokalen Cash-only-Restaurants, in denen es leider häufig zu voll war. Schnell fand ich jedoch heraus, dass es viel Platz und viel Ruhe gab, wenn wir uns wie Patienten in einem Krankenhaus verhielten: Frühstück um 7 Uhr, Mittagessen um 11 Uhr, Abendbrot um 16.30 Uhr, 20 Uhr Bettruhe. Es war großartig. Nach nur drei Tagen waren wir tiefererholt.

Nun würden auch wir 120 Jahre alt werden, und zwar richtig, nicht so addiert wie Susi und Frank. Wir hatten den Bogen raus.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin

Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de

Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)

Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:

Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0

Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0

Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:

Barbara Junge

LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl

Anzeigen: Sönke Tümmler

Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin

Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg

LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de

Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:

taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21

Telefon: 030 | 25 902 314

E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH

Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Geschäftsführerinnen:

Aline Lüllmann, Andreas Marggraf

Gesellschafter:

taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:

Pascal Beucker, Redakteur |

Anne Fromm, Redakteurin |

Aline Lüllmann, Kauffrau |

Andreas Marggraf, Kaufmann |

Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:

Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/

Steuerberater, Bielefeld |

Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin |

Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig

Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,

25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck

Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg |

MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

900-Service: 030 | 25 902 590

Ab-16.00 Uhr | Mo.-Fr.

Fax: 030 | 25 902 680

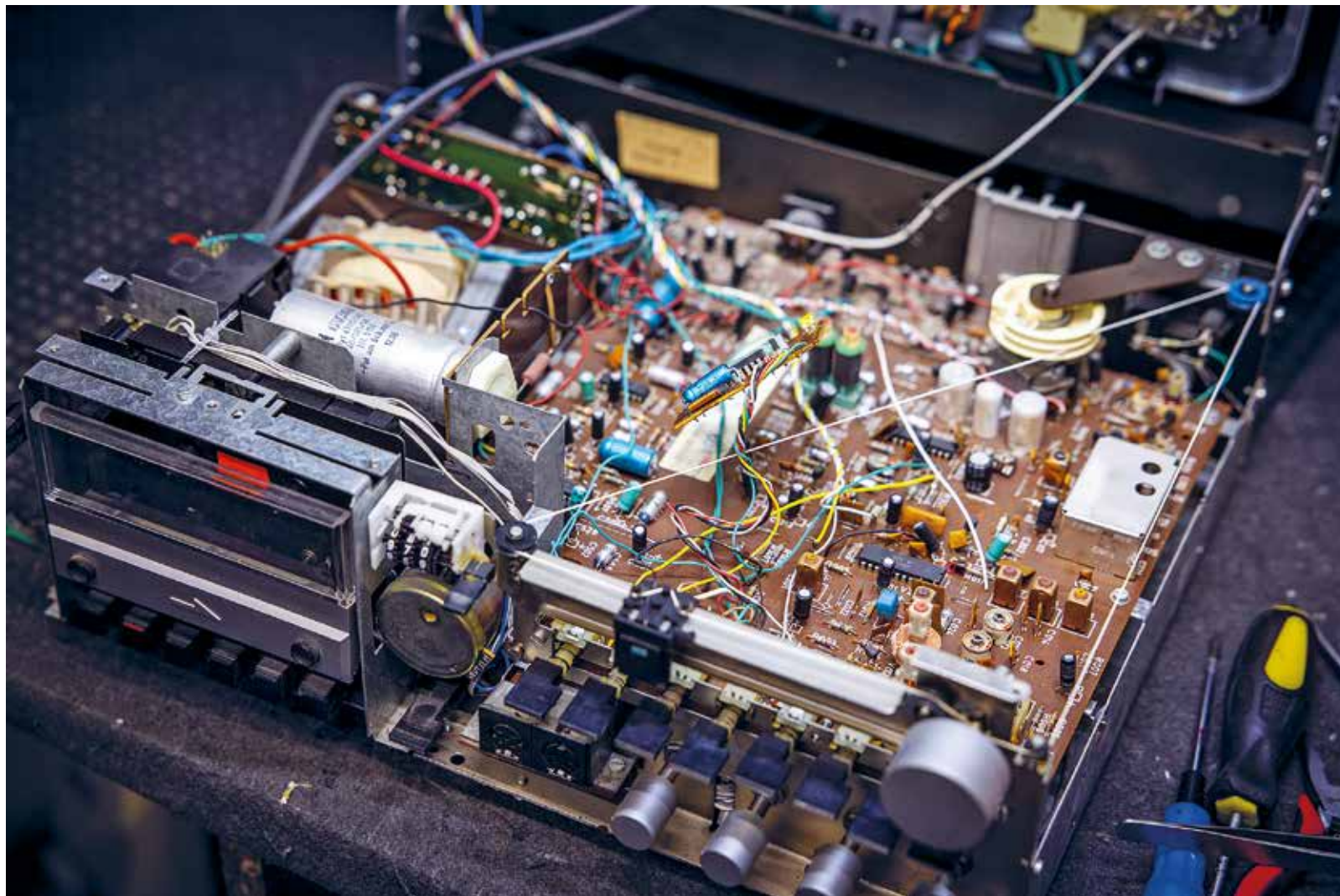
E-Mail: abo@taz.de

Ab-Nummer nicht vergessen!

Mtl. Mindestpreis regulär

42,80 €





Staatsgeheimnis Reparaturbonus

Ab Mitte September können sich Berliner:innen Reparaturen kaputter Geräte bezuschussen lassen, weniger üppig als geplant. Zu Details hüllt sich die Umweltverwaltung in Schweigen

Von Rainer Rutz

Tue etwas halbwegs Vernünftiges – und schweige drüber. Mitte September soll zwar ein Reparaturbonus eingeführt werden, mit dem sich Berliner:innen die Kosten für die Reparatur von kaputten Elektrogeräten aus der Landeskasse bezuschussen lassen können. Alle Details zum Bonus hält die federführende Senatsverwaltung für Klima- und Umweltschutz gleichwohl unter Verschluss, als handele es sich um ein Staatsgeheimnis.

Tatsächlich ist der Bonus nach taz-Informationen seit einer ersten Präsentationsrunde im Abgeordnetenhaus im Frühjahr ordentlich abgespeckt worden. Rasiert wurde wohl zum einen der Höchstbetrag, der einmal im Jahr pro reparaturwilligem Haushalt ausgezahlt werden kann. So sollen die Kosten für eine Reparatur nur noch bis maximal 100 Euro erstattet werden. Ursprünglich war von 200 Euro die Rede.

Vom Tisch ist dem Vernehmen nach zum anderen die Überlegung, auch reparable Handys, Tablets und Laptops in die Förderung einzubeziehen, wie das in Thüringen und Sachsen der Fall ist, wo es den Bonus bereits gibt. Berlin wollte sich daran orientieren, schert aber an dem Punkt aus. Der Zuschuss soll sich in erster Linie auf Küchen- und Haushaltsgeräte beschränken.

„Ob der Bonus dann noch viel bringt, sei mal dahin-

gestellt“, sagt Reinhard Just. Der Rentner ist einer von 10 Ehrenamtler:innen, die am Montagabend in den Räumen des BUND in der Schöneberger Crellestraße gut ebenso vielen Gästen aus der Nachbarschaft dabei helfen, ihre Toaster, Hifi-Anlagen oder Laptops wieder in Gang zu bringen.

Just hat gerade eineinhalb Stunden mit einem Handrührgerät zugebracht. In dem Reparaturcafé des Umweltverbands schauten die Leute nicht auf die Uhr, sagt er. Und was den Bonus betrifft, will er nicht falsch verstanden werden: „Vom Grundjahr her ist das zu begrüßen. Dass mehr Leute sich jetzt darüber Gedanken machen, dass es sich lohnt, Sachen zu reparieren, statt wegzuerwerfen, das bringt schon viel.“

Wie die Kund:innen von professionellen Handwerksbetrieben sollen auch die Gäste der

rund 50 Berliner Reparaturcafés von dem neuen Bonus profitieren. Die Hilfe zur Selbsthilfe ist hier zwar kostenlos, die Ersatzteile mussten bislang aber selbst bezahlt werden. Hiermit soll nun Schluss sein. Sofern das Ersatzteil über 25 Euro kostet, bekommen Besucher:innen von Reparaturcafés die Kosten komplett vom Land erstattet, wenn auch jetzt nur noch bis maximal 100 Euro.

Daniel Affelt vom BUND ist trotzdem weitaus optimistischer als Reinhard Just. „Der Bonus wird eh durch die Decke gehen“, sagt der Koordinator für Abfall- und Ressourcenpolitik, der auch das einmal im Monat geöffnete Café in Schöneberg betreut. „Ich könnte jede Woche öffnen, es wäre hier vermutlich immer voll.“ Der Bedarf sei also da. Die Bagatellgrenze in Höhe von 25 Euro für die Angebote der Reparaturca-

Vorbild Thüringen

Berlin wird sich bei den Zuschussgrenzen für den Reparaturbonus wohl an Thüringen orientieren, wo das Programm seit 2021 läuft.

Die Rechnungssumme muss in Thüringen bei einer Reparatur durch einen Betrieb mindestens 50 Euro betragen, bei einem Reparaturcafé sind es 25 Euro.

Der Maximalbetrag ist auf 100 Euro gedeckelt.

Erstattet werden 50 Prozent der Reparaturkosten in einem Betrieb, in Cafés werden die Kosten für ein benötigtes Ersatzteil komplett übernommen. Es wird so lange ausgezahlt, bis die Fördermittel des Landes erschöpft sind. (rru)

Reparieren soll attraktiver werden – auch wenn es sich wie hier um Uralt-Musikanlagen handelt
Foto: Jens Büttner/dpa/picture alliance

Marie Frank über das Behördenchaos bei der Umsetzung des Cannabis-Gesetzes

Die drei Affen lassen grüßen

Wie dringend Berlin eine Verwaltungsreform braucht, lässt sich dieser Tage besonders gut beobachten. Das Ziel, die Verwaltung funktionsfähiger zu machen, die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen zu verbessern und, wie es der Senat selbst formuliert, „Probleme bei Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu identifizieren und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen“ ist nötiger denn je. Denn mit Blick auf die Nicht-Umsetzung des Cannabisgesetzes wird klar: Berlin ist entweder komplett unfähig und versinkt im Behördenchaos oder die Teillegalisierung wird gezielt blockiert.

Beides ist gleichermaßen möglich, fest steht jedoch, dass die verschiedenen Ebenen nicht miteinander reden. Und sich daher auch nicht darauf einigen können, wer was macht – weshalb am Ende gar nichts passiert. Wie die drei Affen will man nichts sehen, nichts hören, nichts sagen und am Ende auch nichts tun.

Jüngstes Beispiel: Am Montag haben sich die Senatskanzlei und die Senatsgesundheitsverwaltung darauf verständigt, dass die Zuständigkeit für die Genehmigung von Cannabis Social Clubs beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) liegt, wie ein Sprecher am Dienstag auf taz-Anfrage mitteilte. Die Bezirke, denen die Aufgabe zuvor ungefragt und ungewollt in die Schuhe geschoben wurde, sollen künftig die Kontrolle der Anbauvereinigungen übernehmen.

Bloß: Weder die Bezirke noch das Lageso waren in die Gespräche eingebunden, wie sich auf Nachfrage herausstellt. Das Lageso erklärt sich daher ebenso wie zuvor die Bezirke für nicht zuständig. Die taz, die sieht, hört und spricht, hilft jedoch gerne, die Kommunikation zwischen den Verwaltungsebenen herzustellen, damit es endlich voran geht:

Lageso: Wir sind „unzuständige Behörde, jeder Verwaltungsakt wäre deshalb rechtswidrig“, es braucht erst eine Rechtsverordnung.

Senat: Wir werden eine Rechtsverordnung erlassen, über die der Senat am 3. September berät. Parallel wird das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz angepasst.

Lageso: Wir haben nicht genug Personal. Senat: „Die dafür erforderlichen Ressourcen werden dem Lageso nach Analyse des Erfüllungsaufwands zugeschrieben.“

Na bitte, geht doch. Oder auch nicht. Denn bis zur Verkündung der Rechtsverordnung bleibt alles beim Alten. Heißt: Die Anträge können weiter bei den Bezirken gestellt werden, werden dort aber nicht bearbeitet. Außer in Marzahn-Hellersdorf. Dort heißt es vom zuständigen Bezirksstadtrat Gordon Lemm (SPD) am Dienstag: „Ich denke, in spätestens zwei Wochen sollten wir hier bescheidungsfähig sein.“ Ein Bienchen für Berlins fleißigsten Verwaltungsbeamten.

Für die Reform der Verwaltung, die mit allen Senatsverwaltungen, Bezirken und dem Abgeordnetenhaus gemeinsam bis Ende des Jahres entwickelt werden soll, ist die affige Nichtkommunikation allerdings kein gutes Omen.

Lange Wartezeiten, ob auf Kiffer-Clubs, das Wohngeld oder einen Bürgeramtstermin, werden wohl noch lange zum Berliner Alltag gehören.

Anzeige

Rassismus fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu.



PRO ASYL
www.proasyl.de | DER EINZELFALL ZÄHLT.

Bereits im Herbst steht freilich die nächste Sparrunde des Senats an, die die erste Runde vor der Sommerpause noch mal deutlich toppen soll. Vierecke macht vorsorglich schon mal klar, dass sie sich bei Korrekturen am dann gerade erst angelaufenen Bonus querstellen wird: „Wir haben uns auf den Bonus verständigt, dann muss jetzt auch geliefert werden, und zwar auch für 2025. Alles andere fände ich sehr peinlich.“

Jonas Wahmkow über
Friede Springer

Enteignen, nicht würdigen

Friede Springer ist ein Vorbild für uns alle“, so begründet der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) die Entscheidung des Senats, der Verlegerin und Witwe des Gründers des gleichnamigen Medienkonzerns, Axel Springer, die Ehrenbürgerwürde zu verleihen.

Vorbild, wirklich? Dass die Parole „Springer enteignen“ heute noch genauso berechtigt ist wie nach dem Anschlag auf Rudi Dutschke 1968 ist vor allem Friede Springer zu verdanken. Damals wie heute verdient der Konzern, vor allem mit dem Zugpferd *Bild*, sein Geld mit Hetze gegen Arme, Migrant:innen, Linke, systematischer Verletzung von Persönlichkeitsrechten und Fake News. Damit nicht genug, spielt sich die *Bild* mit sorgfältig orchestrierten Kampagnen selbst als politischer Akteur auf, wie zuletzt gegen das Heizungsgesetz.

Friede Springers Zögling Mathias Döpfner hat dieses Erfolgsrezept erfolgreich in die digitale Medienwelt übertragen. Döpfner ist eine Art deutscher Rupert Murdoch, ein erzkonservativer Medienmogul mit Allmachtsfantasien, der gerne mal seinen Chefredakteuren SMS mit Inhalten wie „Please Stärke die FDP“ schickt.

2002 setzte Friede Springer Döpfner als Vorstandsvorsitzenden ein, 2019 übertrug sie ihm ihr Stimmrecht und schenkte ihm Unternehmensanteile im Wert von einer Milliarde Euro – durch eine Gesetzeslücke gänzlich steuerfrei. Auch Friede Springer tat die Schenkung nicht weh, sie bleibt mit einem geschätzten Vermögen von über 3 Milliarden Euro eine der reichsten Deutschen.

Springer und Döpfner hätten es also nicht nötig, den Staat um Hunderte Millionen zu beschleifen, machen es aber trotzdem. In den ideologischen Kosmos des Springer-Konzerns, in dem reiche Menschen keine Steuer zahlen müssen, passt das natürlich super. Was daran nun vorbildhaft sein soll, weiß wahrscheinlich nur Kai Wegner.



Jonas Wahmkow ist Redakteur für Arbeit und Soziales

Schnelle Bezirks-Entmachtung

Der Senat beschließt das Schneller-bauen-Gesetz und will damit vor allem Kompetenzen der Bezirke an sich ziehen und die Bauwirtschaft fördern



Bauprojekt am Pankower Tor: Kann der Senat schneller, sagt Gaebler
Foto: Jürgen Ritter/imago

Von Luisa Faust

In Berlin soll schneller gebaut werden, findet Bausenator Christian Gaebler (SPD). Am Dienstag verkündete er den Beschluss des passend getauften „Schneller-bauen-Gesetzes“ im Senat. Es handelt sich um ein ganzes Bündel von Maßnahmen, mit dem Planungsverfahren beschleunigt und so die Kosten beim Neubau gesenkt werden sollen. Gaebler geht es dabei um „ein positives Signal an die Bauwirtschaft“.

Mit dem Vorhaben der schwarz-roten Koalition sind jedoch nicht alle Beteiligten zufrieden. Neben Kritik von Umweltverbänden, die beim beschleunigten Bauen vor allem ein Aufweichen der Naturschutz- und Klimastandards befürchten, melden auch die Bezirksverwaltungen Bedenken. Denn Schnelligkeit will der Senat durch Zentralisierung erreichen, die eigenen Kompetenzen dabei ausweiten und die der Bezirke beschneiden. Planungs- und Genehmigungsprozesse will er künftig auch öfter von den Bezirken an sich ziehen.

Bereits im Juni, als der Senat den ersten Entwurf des Gesetzes beschloss und ihn zur Beratung in den Rat der Bürgermeister überwies, hatte, wurde die Kritik laut. Die zuständigen

Stadträte aus zehn Bezirken hatten in einem Schreiben an den Senat Bedenken und Alternativvorschläge formuliert.

Senat und Bezirksbürgermeister kamen gut zwei Monate später, nämlich ebenfalls am Dienstag, in einer Sondersitzung zusammen. Im Anschluss beschloss der Senat das Gesetz, jetzt muss es noch vom Abgeordnetenhaus verabschiedet werden. Im Dezember soll es in Kraft treten.

„Das soll ein positives Signal an die Bauwirtschaft sein“

Christian Gaebler, SPD

Die Beratungen mit den Bürgermeistern hätten zu keinen bedeutenden Änderungen geführt, verkündete Gaebler nach der Sitzung. Die Bezirke hätten zwar Kritik geäußert, aber keine konkreten Änderungswünsche geliefert, monierte er. An anderer Stelle sprach er aber durchaus von einem „langen und breit aufgestellten Beteiligungsprozess“ an dem die Bezirke teilgenommen hätten.

Der Bausenator bemühte sich, den Konflikt zwischen Bezirken und Senat nicht besonders groß erscheinen zu lassen: „Wir sind nicht im Streit auseinandergegangen“, betonte er. Aus Bezirken und Opposition kam weniger Versöhnliches: Martin Schaefer, Bezirksbürgermeister von Lichtenberg, sagte am Dienstagmorgen auf Radio Eins: „Es ist kein guter Stil, wenn der Senat zu den Bezirken sagt, ihr kriegt das nicht hin, wir machen das jetzt.“ Der Senat sei nicht unbedingt schneller als die Bezirke, drohe aber Vorhaben an sich zu ziehen, die Bezirke aus guten Gründen gründlich prüfen wollen, so der CDU-Politiker.

Julian Schwarze, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, sagte der taz, es sei höchst unwahrscheinlich, dass das Gesetz wirklich für schnelleres Bauen Sorge. „Ich finde es absurd, dass der Senator suggeriert, der Senat müsse nur eingreifen, damit es schneller geht“, so Schwarze. Das Schneller-bauen-Gesetz sei ein reines Ablenkungsmanöver, der Senat schiebe den Bezirken die Schuld für Bauverzögerungen zu, während er seine eigenen Wohnungsbauziele nicht einhalte. Tatsächlich sei das Gesetz einfach eine Entmachtung der Bezirke.

Verfassungsklage

AfD will Extremisten als Beamte

Die AfD im Brandenburger Landtag klagt gegen den neuen Verfassungstreue-Check für Beamte. Der Antrag auf ein Normenkontrollverfahren sei von einem Fünftel der Mitglieder des Landtags eingereicht worden, so eine Sprecherin des Verfassungsgerichts Brandenburg. Dabei handelt es sich um die 24 Abgeordneten der AfD. Mit dem Check sollen Extremisten unter angehenden Beamten ab 1. September besser aufgespürt werden. Der Landtag hatte im April mehrheitlich für das Gesetz gestimmt, das nach Angaben des Innenministeriums bundesweit einmalig ist. Vor dem Amtseid gibt es für angehende Beamtinnen und Beamte eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz, ob sie mit Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufgefallen sind. Innenminister Michael Stübgen (CDU) hatte im April erklärt, dass er es für richtig halte, wenn das Landesverfassungsgericht das Gesetz unabhängig prüfe. (dpa)

Berliner Verwaltung

Ein Drittel geht bald in Rente

Aus der Berliner Verwaltung scheidet in den kommenden Jahren rund ein Drittel der Beschäftigten altersbedingt aus. Bis Ende 2033 gehen voraussichtlich 40.079 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand, 31,9 Prozent der unbefristet Beschäftigten. Das geht aus einem statistischen Bericht der Finanzverwaltung für das Abgeordnetenhaus zum Personalbestand hervor. Demnach stieg die Zahl der Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst binnen Jahresfrist um 1.470 (1,1 Prozent) auf 133.574 (Stand Januar 2024). Die Zahl der Vollzeitstellen stieg um 717 (0,6 Prozent) auf 123.235. Zum unmittelbaren Landesdienst gehören die sogenannten Hauptverwaltungen auf Landesebene mit zusammen 107.378 Beschäftigten und die Bezirksverwaltungen mit 26.166 Beschäftigten. (dpa)

Anzeigen



KLAPPE AUF, GRIPS AN.

Nur noch zwei Wochen bis zum Spielzeitbeginn!

Start am 5. September

Tickets & Infos www.grips-theater.de



Alte Filme zusammengepuzzelt

An drei Abenden werden bei den UFA-Filmnächten auf der Museumsinsel historische Stummfilme gezeigt

Von Emma Dörmann

Am Mittwoch ist es wieder so weit: Die Berliner Museumsinsel verwandelt sich an drei aufeinander folgenden Augustabenden in ein großes Open-Air-Kino. Im Rahmen der UFA-Filmnächte werden deutsche Stummfilme aus der Weimarer Zeit gezeigt, die durch die Begleitung von Livemusik eine besondere Atmosphäre entfalten sollen. Diese Abende sind nicht nur eine Hommage an das frühe Kino, sondern auch eine Feier der Filmkunst, die es ermöglicht, in die kulturellen und gesellschaftlichen Strömungen der 1920er Jahre einzutauchen.

Gezeigt werden restaurierte Filmwerke, die heute nur noch in wenigen Archiven existieren.

Die Auswahl der Filme liegt in den Händen eines Kurators, der in enger Zusammenarbeit mit Institutionen und Archiven weltweit steht. Diese widmen sich der oft mühsamen und zeitintensiven Aufgabe, alte Filmrollen zu restaurieren und wieder in ihrem ursprünglichen Glanz erstrahlen zu lassen.

Die Aufgabe besteht darin, die bestmöglichen Kopien der Filme zu finden. Dabei gleicht die Restaurierung einem riesigen Puzzle, bei dem Fragmente aus verschiedenen Quellen zusammengeführt werden, um den Film in seiner ursprünglich vorgesehenen Form zu rekonstruieren. Christian Müller, Sprecher der UFA-Filmnächte, be-

schreibt den Prozess als „eine reine Detektivarbeit“.

Müller erzählt: „Eine echte Entdeckung ist der erste Dokumentarfilm über Berlin aus dem Jahr 1925.“ Der Film „Die Stadt der Millionen. Ein Lebensbild Berlins“ zeigt in bisher ungesehener Qualität das pulsierende Leben in der deutschen Hauptstadt in den 1920er Jahren. Passend zur Stadt wird er von DJ Raphaël Marionneau live musikalisch begleitet. Die Kombination aus historischen Bildern und moderner Musik verspricht ein audiovisuelles Erlebnis, das die Zuschauer in die Vergangenheit Berlins zurückversetzt.

Aber auch die übrigen Filme des Programms, wie Ernst Lu-

bitschs „Kohlhiesels Töchter“, bieten Einblicke in die Filmgeschichte und eröffnen Perspektiven auf die damalige Zeit. Sichtbar werden dann auch mitunter stark veraltete Sichtweisen, etwa im Bezug auf Geschlechterrollen und gesellschaftliche Normen. Um den historischen Kontext besser verständlich zu machen, werden diese Filme entsprechend eingeführt und erläutert, sodass die Zuschauer:innen selber eine zeitgemäße Einordnung vornehmen können.

Für das gesamte Event sind nur noch wenige Restkarten erhältlich, trotz eines stolzen Preises von 20 Euro pro Veranstaltung.

„Den Karren richtig tief in den Mist gefahren“

Grünen-Fraktionschefin Bettina Jarasch wirft CDU und SPD vor, mit ihrer Haushaltspolitik keine Rücksicht auf Menschen mit geringem Einkommen zu nehmen. Vor allem der ÖPNV werde kaputtgespart

Interview **Rainer Rutz**



Bettina Jarasch, 55, führt seit März 2023 zusammen mit Werner Graf die Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Bei den Berlin-Wahlen 2021 und 2023 war sie Spitzenkandidatin ihrer Partei, in der Zeit dazwischen Mobilitäts- und Umweltsenatorin im rot-grünen Senat von Franziska Giffey (SPD). Die gebürtige Augsburgerin wohnt in Wilmersdorf, knapp außerhalb des S-Bahn-Rings.

Von der **Regierungs-** auf die **Fraktions-**bank gewechselt: **Bettina Jarasch**
Foto: Stefan Boness

taz: Frau Jarasch, fällt es der Ex-Mobilitätssenatorin mit Blick auf die schwarz-rote Verkehrspolitik schwer, sich an die Gepflogenheit zu halten, wonach Ex-Senator:innen sich zur Arbeit ihrer Nachfolger:innen nicht äußern sollten?

Bettina Jarasch: Ich finde das grundsätzlich eine gute Gepflogenheit. Aber so viel kann ich sagen: Ich würde Verkehrssenatorin Ute Bonde wünschen, dass die Möchtegern-Verkehrsminister in der CDU-Fraktion sie vielleicht erst mal machen lassen und ihr überhaupt eine Chance geben, ihre eigene Agenda zu entwickeln und ein Stück weit umzusetzen.

taz: Sie spielen auf den Vorschlag der CDU-Senatorin an, den öffentlichen Personennahverkehr auch über höhere Parkgebühren oder Arbeitsgebühren zu finanzieren.

Jarasch: Ja. Sie ist gerade erst gestartet und hat nur sehr wenig Zeit, um überhaupt etwas zu liefern. Da hat sie sich ein paar innovative Ideen getraut, und sofort wurde sie zurückgepfiffen. So schlägt man seinen eigenen Spitzenfrauen im Senat die Beine weg. Das ist kein guter Stil.

taz: Ohne jetzt weiter auf Ihre Nachfolgerin einzugehen: Wie ist denn Ihr Eindruck vom aktuellen Zustand des ÖPNV?

Jarasch: Alarmierend. Wir sehen immer mehr Verspätungen, Ausfälle, überfüllte Züge und Busse. Das liegt am Personal- und Fahrzeugmangel. Dabei hatten wir uns in der vorherigen Koalition bewusst auf den Weg gemacht, um das Ruder bei der jahrelang heruntergesparten ÖPNV-Infrastruktur heranzureißen. Wir wollten, dass es mehr Busse, Bahnen und damit dichtere Takte gibt.

taz: SPD-Haushälter Torsten Schneider sagt, in den Verkehrsverträgen „steckt eine Milliarde Euro drin, grüne Fantasiepolitik, lauter Fata Morgana“. Das richtet sich auch gegen Sie. Perlt das an Ihnen ab?

Jarasch: So redet jemand, der weiß, dass er den Karren richtig tief in den Mist gefahren hat. Beim ÖPNV kürzen heißt nicht einfach, auf ein paar schöne Polster verzichten. Es bedeutet ganz brutal: weniger Wagen für U-Bahn und Tram, weniger Busse, sprich: mehr überfüllte Züge, dünnere Takte, weniger Angebot für die Menschen, die nicht mit dem Auto fahren wollen oder können. Das ist unsozial hoch zehn. Wer braucht den ÖPNV denn am dringendsten?

taz: Sagen Sie es mir.

Jarasch: Ganz oft Menschen mit geringem Einkommen oder ältere Menschen. Deshalb merkt man Schneider sein schlechtes Gewissen an: Wenn die SPD ausgerechnet bei den Verkehrsverträgen massiv kürzt, bricht sie ihr Versprechen, dass es trotz Einsparungen keinen Sozialabbau geben wird.

taz: Um Einsparungen bei bestimmten Dickschiffen im Haushalt wird man aber nicht herumkommen.

Jarasch: Wir haben diesen aufgeblähten Haushalt von Anfang an kritisiert, weil klar war, dass im laufenden Jahr all die schönen Versprechen nicht gehalten werden können. Natürlich gehören Großprojekte auf den Prüfstand. Vor allem die, bei denen Versprechen ist, dass in den nächsten Jahren kein Geld da sein wird, um sie zu Ende zu bringen: der Abriss des Jahnstadions oder Straßenprojekte, für die der Bund bereits die Fördergelder gestrichen hat.

taz: Die Koalition keilt zurück, sie hätte von Rot-Grün-Rot einen aufgeblähten Haushalt geerbt. Jetzt müsse man den wieder zurückfahren.

Jarasch: Natürlich schreiben die Senatsverwaltungen immer erst mal alles auf, was sie gerne umsetzen würden. Wir sind aber 2021 jeden Titel durchgegangen und haben sofort gestrichen, was nicht zu stemmen war. Das hat sich die aktuelle Regierung nicht getraut

und einen völlig überzogenen Haushalt vorgelegt. Das rächt sich jetzt. Zudem haben wir zu unseren Regierungszeiten trotz der Krisen durch Corona und Putins Überfall auf die Ukraine Rücklagen für Notzeiten gebildet. Diese Rücklagen hat Schwarz-Rot nun restlos verpulvert. Bei zukünftigen Krisen steht Berlin also blank da. Dieses Schmierentheater um den Haushalt belastet am Ende vor allem Menschen mit geringem Einkommen oder in prekären Lebenssituationen.

taz: Sparpotenzial sehen Teile der Koalition im kostenlosen Mittagessen für Grundschüler:innen. Wie stehen Sie dazu?

Jarasch: Wir wollen, dass alle Kinder gutes Essen in der Schule bekommen. Angesichts der Haushaltslage stellt sich jedoch die Frage, weshalb Kinder von Gutverdienern dafür nichts zahlen sollen.

taz: Also Zustimmung zu den Kürzungsideen?

Jarasch: Wir werden in den nächsten Jahren sehr viel gezielter entlasten müssen, als wir es bisher getan haben. Damit die Unterstützung wirklich zuverlässig bei denjenigen ankommt, die sie dringend benötigen. Und das sind gerade diejenigen, bei denen es trotz harter Arbeit oft hinten und vorne nicht reicht.

taz: Kommen wir zu Ihrer Partei: Die Grünen sind in Berlin in der letzten Umfrage auf 15 Prozent abgerutscht. Macht Sie das nervös?

Jarasch: Die Umfrage interessiert mich wenig. Wichtiger sind mir Wahlergebnisse. Und die zeigen mir, dass wir in Berlin seit der Wahl 2021 stabil geblieben sind. Die Wähler:innen bleiben uns treu, darauf sind wir auch ein bisschen stolz. Denn es sind schwere Zeiten. Was sich allerdings auch in Berlin bemerkbar macht: Die Leute, die uns nicht wählen, können uns massiv nicht mehr ausstehen. Da haben sich harte

Fronten gebildet, von denen wir wieder wegkommen müssen.

taz: Hat Ihre Partei deshalb jüngst im Rahmen der Konferenz „Jwd adé“ den Blick auf den Stadtrand gerichtet? Ist das der neue Fokus nach der Innenstadt-Außenbezirke-Diskussion bei der Wahl 2023?

Jarasch: Nein. Wir machen Politik für die gesamte Stadt. Das war schon immer unser Anspruch. Das heißt, wir kümmern uns genauso um den Stadtrand und die spezifischen Probleme dort. Die CDU hat aber 2023 Wahlkampf gemacht mit der Behauptung, nur sie würden sich um die Außenbezirke kümmern. Von diesen großspurigen Versprechen für den Stadtrand hat die schwarz-rote Koalition bislang wenig eingelöst.

taz: Von welchen Problemen reden wir eigentlich genau?

Jarasch: Viele Menschen am Stadtrand fühlen sich abgehängt. Beim ÖPNV haben wir zwar viele gute Verbindungen ins Zentrum. Aber wenn man mit der Bahn von einem Ortsteil in den anderen möchte, muss man oft erst in die Innenstadt fahren und dann wieder raus, weil die Querverbindungen fehlen. Das wollen wir ändern. Schließlich entscheidet sich die Verkehrswende am Stadtrand, nicht in der Innenstadt. Und sie entscheidet sich über den ÖPNV und – das sage ich ausdrücklich – nicht über das Rad.

taz: Also auch das wieder eine Verkehrsfrage?

Jarasch: Nein, das beginnt schon bei schlichten Alltagsdingen wie der Nahversorgung: die langen Wege zur nächsten Bank, zur Post oder nur zum Bankautomaten, die verödeten Einkaufszentren, fehlende Arztpraxen, keine Orte, um sich zu treffen.

taz: Das Land Berlin wird ja keine Einkaufszentren aufkaufen oder massenhaft selbst Bankautomaten betreiben? Was wären denn Ihre Lösungen?

Jarasch: Aus Einkaufszentren Orte machen, an denen man auch einen Bürgeramtstermin erledigen kann oder eine Beratungsstelle findet. S-Bahnhöfe mit der DB zusammen wiederbeleben, sodass man da auf dem Heimweg noch rasch einen Liter Milch kaufen oder sein Paket abholen kann. Dafür haben wir ganz praktische Vorschläge entwickelt.

taz: Zwischen den Eigenheimen in Kladow und den Plattenbauten in Neu-Hohenschönhausen liegen aber Welten, allein in der Sozialstruktur der Bevölkerung. Ist es zielführend, hier eine Lösungsschablone für alle drüberzulegen?

Jarasch: Natürlich nicht, deshalb entwickeln wir die Lösungen ja gemeinsam mit den Menschen vor Ort, die am besten wissen, was sie brauchen. Und klar, auch das Leben am Stadtrand und die Gründe, dort zu wohnen, sind vielfältig. Aber alle haben das Recht darauf, dass ihre Grundversorgung ge-

sichert ist. Und die Probleme in den Plattenbauten in Neu-Hohenschönhausen und im Falkenhagener Feld in Spandau sind womöglich ähnlicher, als Sie das denken.

taz: Ihnen ist aber schon bewusst, dass sich zumindest in den Großsiedlungen im Osten der Einsatz bei den Wahlen 2026 ebenso wenig auszahlen wird wie 2021 und 2023? Die Leute wählen hier AfD, inzwischen BSW – und, wie Sie selbst sagen, sie können die Grünen nicht ausstehen.

Jarasch: Wir brauchen hier stabile Nerven, und die haben wir. Für uns ist es wichtig, vor Ort zu sein, viel zuzuhören, herauszufinden, was Menschen brauchen, um Veränderungen mitgehen zu können und dann gemeinsam Lösungen für praktische Probleme zu entwickeln. Und ja, das zahlt sich aus, auch heute schon: Trotz des Gegenwinds verzeichnen wir massiven Mitgliederzuwachs – auch in den Ostberliner Bezirken.

Anzeige

LANGE NACHT DER MUSEEN
24.08.2024

BERLIN SECRETS EDITION

JETZT NOCH TICKET SICHERN! NUR 18€

www.langenachtdermuseen.berlin

berliner szenen

Auf die „Goldene Zukunft“

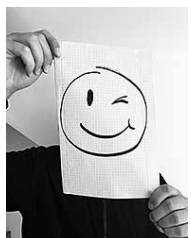
Mit einem Stück Geburtstagskuchen, auf dem zwei Kerzen brennen, wartet sie auf mich auf ihrem Balkon. Die Sonne scheint am späten Nachmittag über Tomaten, Salat und Kräuter, die in Blumentöpfen Richtung Hinterhof schauen. Wir hatten beide im Juli Geburtstag, konnten uns aber wegen Covid nicht sehen und feiern im August zusammen nach. Wir sitzen auf gemütlich gepolsterten Sesseln und können die Beine und nackten Füße vor uns ausstrecken. „Heute war ein Sessel-Tag“, erzählt sie mir und lächelt mit ihren tiefen Grübchen, die ich sehr mag. Sie hat einen Sessel online verkauft und sich einen neuen angeschafft.

Wir haben Geschenke füreinander. Ihre sind in orangefarbenes Papier, meine in beiges eingewickelt. Blümchen und Karten gehören bei uns beiden dazu. Erdbeeren und Lerchen, ein traditionelles Marzipangebäck aus Leipzig, stehen auch auf dem sommerlichen Tisch.

Während wir noch Kaffee kochen, schaue ich mich in ihrem Zimmer um und entdecke neue Bücher in der Bibliothek und Bilder an den Wänden. Vor einem Jahr war ich das letzte Mal bei ihr, auch für ihren Geburtstag. Damals hatten wir geplant, ein Picknick auf der Bethanien-Wiese zu machen, aber das Wetter war schlecht, und wir trafen uns bei ihr. Später wurde das Wetter wieder besser, und einige der Gäste begleiteten sie ins Freiluftkino gegenüber. Der Film war traurig, und wir bereuten es ein wenig, ihn gesehen zu haben.

An diesem Augustsonntag haben wir ebenfalls vor, ins Kino zu gehen, ins Neue Zukunft Kino am Ostkreuz. Wir schieben unsere Räder über den Görlitzer Park und die Treptower Brücke dorthin. Als wir ankommen, haben wir sogar noch Zeit, um etwas im Garten zu trinken. „Goldene Zukunft“ heißt das Hausbier. Wir finden es schön und bestellen gleich zwei davon. *Luciana Ferrando*

Timm Kühn bewegung



Den Dorfplatz zurückerobern

Der Friedrichshainer Nordkiez droht der kapitalistischen Verdrängung zum Opfer zu fallen – doch die Bewohner:innen wehren sich. Unter dem Motto „Reclaim Dorfplatz“ werden aktuelle Fälle der Kriminalisierung vorgestellt, anschließend wird der Film „Variété Utopolis – Oder einige Meter Autobahn“ von Matthias Coers gezeigt.

Samstag, 24. 8., Rigaer / Liebigstr., 20.30 Uhr
Die Kolumne: taz.de/tazplan



Özlem Altın, „Teeth, Jaw, Anchor“, 2024
Foto: © Özlem Altın und THE PILL®, dotgain.info

kunstraum

Im neuen Bildsystem

Durch leuchtendrote Folien blickt man in die Ausstellung. Sie lassen diese selbst wie eine große, begehbare Collage erscheinen, tauchen alles, was da hängt, in rötlichen Schimmer, verstärkt noch durch die Lichtquellen, fast so, als würde man durch Hautschichten hindurchsehen. Wohin? In die Bildwelt von **Özlem Altın**, geboren 1977 im nordrhein-westfälischen Goch, die in diesem Jahr den Hannah-Höch-Förderpreis erhalten hat und deshalb in der **Berlinischen Galerie** eine Einzelausstellung präsentiert. Die ästhetische Nähe zur Dada-Künstlerin – von der bis vor Kurzem noch ein paar kleine Collagen am Eingang der Ausstellung von Kader Attia ausgestellt waren – ist unübersehbar. „Prisma“ heißt die Schau, zu der auch ein Katalog erschienen ist.

Als Ausgangsmaterial dient der Künstlerin ein Fotoarchiv, das sie seit über zwei Jahrzehnten anfüllt. Abbildungen von menschlichen Körpern und Körperteilen finden sich da, Hände, Augen, Zähne. Auch Fotografien von Skulpturen, die Körper darstellen, oder Tiere wie Schlangen, Schmetterlinge, Amphibien, Vögel. Altın findet sie in Büchern, Zeitschriften, dem Internet. Für ihre Arbeiten, die sie in der BG mal an die Wand, mal im Raum von der Decke hängen lässt, ordnet

sie diese Fotoschnipsel meist auf Papier zu komplexen Kompositionen an, collagiert und übermalt sie. An Kartografien könnte man denken. Schwer lesbare Zeichen- und Bildsysteme sind es, reich an Symbolen, Assoziationen und Andeutungen, mit denen Altın die ganz essentiellen Themen des Daseins durchspielt: Geburt und Mutterschaft, Vereinigung und Trennung, Tod und Trauer. Selbst die schwarz-weißen, großformatigen Fotografien, die ohne Übermalungen auskommen, werfen Fragen auf: Menschliche Körper sieht man da durchs Wasser gleiten oder ineinander verschlungen daliegen, verheddert in Kleidungsstücken.

Die Zyklen des Lebens spielt eine langgezogene Papierarbeit an der Rückwand durch: „Topograhya (of time, of body)“. Wie mit einer Nabelschnur scheinen die Elemente dort miteinander verbunden zu sein, die Schlange mit bedrohlich aufgerissenen Maul, die korallenartigen Strukturen in DNA-Form, der schwangere Bauch einer Frau, die knüpfenden Hände, das Vogelneest, die beiden Reiher. Wie sich daraus, wie aus den Teilen und dem Gefüge hier wie in den anderen Arbeiten eine Erzählung oder Bedeutung ergibt, es bleibt den Betrachter*innen überlassen. *Beate Scheder*

Özlem Altın: Prisma. Berlinische Galerie, bis 14. Oktober, Mi.–Mo. 10–18 Uhr, Alte Jakobstraße 124–128

kinotipp der woche

Wo's um Kohle geht

Mit der Filmreihe „Schlagende Wetter“ widmet sich das Zeughauskino erneut dem Bergbau, diesmal mit Blick auf das internationale Kino



„Winterliche Schweiz“ steht am Eingang des Holzgestells, das Kinder auf einem Jahrmarkt im belgischen Bergbaurevier Borinage zur Rodelsimulation einlädt. An der Seite einer der Planken lässt Domenico den Weg Revue passieren, der ihn als Arbeitsmigrant aus dem norditalienischen Forlì über Marseille und Paris nach Belgien geführt hat. Paul Meyers „Déjà s'envole la fleur maigre“ (Von den Ästen fällt die verwelkte Blüte) von 1960 wirft anhand einer Gruppe italienischer Arbeiter einen Blick auf die Lebensumstände im Kohlerevier. Der Film hält beklemmenden Realismus, ein komplexes Porträt der Lebenssituation und eine Poesie, die nie in Versöhnlichkeitskitsch umschlägt, in einer fragilen Balance.

Knapp 30 Jahre vor Meyer dokumentierten auch Henri Storck und Joris Ivens

das Elend in der Borinage. In „**Misère au Borinage**“ (1934) ist die Unterdrückung der Minenarbeiter und ihrer Familien allgegenwärtig. Hand in Hand gehen Besitzer und belgische Polizei gegen jeden Versuch vor, sich Lohnkürzungen, der Entlassung oder der Räumung aus der feuchten Wohnung zu widersetzen.

„Schlagende Wetter. Bergbau im internationalen Film“ zeigt Bergbau als ein Feld, auf dem gesellschaftliche Fragen und Machtverhältnisse ausgehandelt werden: Arbeits- und Wohnbedingungen gegen Gewinnspanne, Verheerungen an Landschaften und Körpern, Ziel für Migrationsbewegungen und Ausgangspunkt neuer Vertreibungen, Projektionsfläche für Fortschrittsglaube und Abgang an eine Ära fossiler Brennstoffe. Unbedingt sehenswert. *Fabian Tietke*

Am 30. 8. mit Einführung von Max Grenz: „Misère au Borinage“ (R/B: Henri Storck, Joris Ivens, B 1934) Foto: © Cinematek 43

Schlagende Wetter: Bergbau im internationalen Film, 23. 8. bis 13. 9. im Zeughauskino

berlinmusik

Vom Bass transportiert

Wie man dem elektrischen Bass filigrane Töne beibringt, demonstriert **Martina Berther** in einem Video: Zuerst greift die Komponistin zu einer Stimmgabel und klemmt sie mit einem Zinken zwischen das Griffbrett und die Basssaiten; diese bespielt sie mit einem Splash-Becken dergestalt, dass sie den Außenrand über die Saiten rollt. Das dreiteilige neue Instrument klingt wie das Perlen einer gezupften Violine. „Cymbal“ heißt das Stück, es ist eine der insgesamt 12 Vignetten, die Berther aus einer insgesamt 90-minütigen Aufnahme für ihr Solodebüt „**Bass Works: As I Venture Into**“ destilliert hat.

Berther ist in Pop wie in experimenteller Musik versiert. Das Spektrum ihres Instrumental-Albums reicht von Stücken, in denen das Saiteninstrument Bass noch als solches zu erkennen ist, bis hin

zu solchen, in denen der Bass als Basis akustisch kaum mehr auszumachen ist: Den rauen Folk-Schleifen der Komposition „Silverneck“, in die sich ein Orgelton mischt, steht das mit drei Minuten übrigen längste Stück „Rhythm Sponge“ gegenüber: Der Rhythmuschwamm hat etwas von einem Schwerlasttransport, der in der Ferne durch den Regen brettet.

Das frappierende Material dieser offenen Kammermusik hat die Klangkünstlerin **Vic Bang** in Remixe überführt, in denen das Traumverlorene und das Dräuende einen Tanz wagen dürfen. Gut möglich, dass das auch passiert, wenn Berther in einem Doppelkonzert mit dem geistesverwandten Trio Contagious die Herbstsaison im Prenzlauer Berger Experimental-Klub Ausland eröffnet. *Robert Mießner*



Martina Berther: „Bass Works: As I Venture Into“; Die Remixe: Martina Berther & Vic Bang: „Brass Woks“ (beide Kit Records); Live: Martina Berther / Contagious, 31. 8., 20.30 h, Biegungen im Ausland

der taz.plan erscheint in der taz mittwochs und freitags. mehr kulturtipps und alle kolumnen auf taz.de/tazplan



23.8. / 21:00
Glowing Film, Performances & Musik

Live-Performances: Nick Flynn, Robert O. Leaver, Little Annie, Vincent Dubuis

Live-Musik: Jim Coleman mit Vincent Dubuis, Phil Puleo und Robert O. Leaver

NOW WAVE: **BETH B GLOWING**

In collaboration with Jim Coleman

Geleitet durch: Kulturstiftung des Bundes, gefördert von: Berlinische Galerie, silent-green.net

taz+ präsentiert: **RADIOEINS FREILUFTKINO FRIEDRICHSHAIN**

Mi 21. August 20:15 **METROPOLIS**
Live am Klavier Jürgen Kurz
Das ist pure Kinomagie: Klavierbegleitung zum Film. Kommt vorbei.

Do 22. August 20:15 // dt. Fassung **PREMIERE: ANTIFA**
Eine Zeitreise in die so genannten Baseballschläger-Jahre.

Fr 23. August 20:15 // dt. Fassung **Go Vodafone Film Wochenende BACK TO BLACK**
Das kurze und unruhige Leben von Amy Winehouse - nicht nur für Amy-Fans.

Sa 24. August 20:15 // dt. Fassung **Go Vodafone Film Wochenende**
Zu Gast: Charly Hübner und Team **MICHA DENKT GROSS**
Die Impro-Komödie bei uns auf der großen Leinwand.

So 25. August 20:00 // dt.m engl. Ut **Go Vodafone Film Wochenende SONNE UND BETON**
Sommer-Kino: The kids are alright.

Mo 26. August 20:00 // dt. Fassung **Premiere mit Gästen: DIE UNBEUGSAMEN 2 - GUTEN MORGEN IHR SCHÖNEN**
Vorgestellt von Knut Elstermann - radioeins

#freiluftkinofriedrichshain

radioeins tipBerlin HOFBRÄU MÜNCHEN

Pop-Kultur

28.8.-30.8.24

pop-kultur.berlin

Kulturbrauerei Berlin

Abo 030 - 259 02 - 590 | Anzeigen 030 - 259 02 - 314 anzeigen@taz.de | Redaktion 040 - 38 90 17 - 0 redaktion@taz-nord.de

Kommentar von **Nadine Conti** über grüne Mehrheiten ohne Macht

Die bröselnden Bündnisse der Grünen

Erst Göttingen, dann Hannover, nun Hamburg-Nord: Es ist schon bemerkenswert, wie sich diese Konstellationen auf kommunalpolitischer Ebene häufen. In allen drei Städten haben die Grünen eigentlich gewonnen und dann doch verloren. Erst werden sie stärkste Kraft, dann macht sich ihr Koalitionspartner vom Acker und sie dürfen stärkste Fraktion in der Opposition spielen, während eine „Deutschland-Koalition“ aus CDU, SPD und FDP das Ruder übernimmt. Inhaltlich ist das oft schwer zu erklären, psychologisch vielleicht schon eher.

Die Grünen unterschätzen, dass man politische Partnerschaften pflegen muss

Und auch da gibt es verschiedene Deutungen. Eine, aus grüner Perspektive etwas selbstgerechte, geht so: Die SPD kann es nicht ertragen, dass ihr ehemaliger Juniorpartner sie überflügelt hat. Zu der narzisstischen Kränkung kommt die fundamentale Identitätskrise einer ehemaligen Volkspartei, der die Basis wegstirbt. Da werden die halt bockig und konservativ und schwimmen lieber auf der Anti-Grünen-Welle mit, die ohnehin gerade angesagt ist.

Diese Welle wiederum speist sich aus der Tatsache, dass die Grünen nun einmal die einzige Partei sind, die klar sagt, was ist und dass es so nicht weitergeht, was ihr zwangsläufig die Wut aller Veränderungserschöpften und Populisten einträgt, die es halt einfach nicht wahrhaben wollen. Das ist natürlich eine sehr tröstliche Variante, wenn man sich mit Trost zufriedengeben möchte. Es ist aber auch eine, die politische Gestaltungsmacht in weite Ferne rücken lässt.

Wenn Grüne nicht nur recht, sondern auch Macht haben wollen, müssten sie sich vielleicht doch einmal fragen, was eigentlich ihr Anteil an dieser Misere ist. Dazu drei Thesen:

1. Die Grünen unterschätzen, dass man politische Partnerschaften pflegen muss. Das liegt daran, dass sie als Juniorpartner auch nie das Gefühl hatten, sonderlich gehätschelt zu werden. Aber auf einen angeschlagenen Partner wie die SPD hat das eine andere Wirkung als auf einen aufstrebenden Unerdog.

2. Wer sich selbst für die einzig progressive Kraft hält und alle anderen für lahm, alt und strukturell verbohrt, ist nicht mehr in der Lage, richtig zuzuhören. Ein Koalitionspartner ist aber im Idealfall nicht bloß jemand, der ein paar Stimmanteile beiträgt – sondern auch eine eigene Perspektive. Es nutzt nichts, pro forma Gesprächsangebote zu machen, wenn man die Antworten dann nicht wertschätzt.

3. Wer glaubt, er hätte im Stahlbad der innerparteilichen Auseinandersetzungen genug Konfliktfähigkeit und Führungserfahrung erworben, irrt sich möglicherweise. Ein Rathaus (oder ein Bezirksamt) funktioniert nach anderen Regeln als ein Grünen-Parteitag.

23

südwest

Asphalt im Angebot

Zu dessen 30stem Geburtstag sollen Prominente das Straßenmagazin *Asphalt* in Hanovers Innenstadt verteilen. „Prominente verkaufen, Asphalt“, titelt die dpa. Der *südwest* hatte die Gänsefüßchen übersehen und dachte, Ministerpräsident Weil, Margot Käßmann und Klaus Meine (Scorpions) würden am Kröpcke hocken und *echten Asphalt feilbieten*. „Hier ein Stück vom Leibnizufer, hier etwas Celler Straße.“ Damit hätte der Ministerpräsident gegen seine SPD-Genossen aus dem Stadtrat agiert, denen es nicht genug Raum für den Autoverkehr geben kann. Der *südwest* sah sie schon mit den Stadträten von FDP und CDU die rote Farbe von den Radwegen kratzen und diese tags darauf als „Belit-Splitter“ verscherbeln.

Das Gesetz ist geändert, die Umsetzung hinkt hinterher: Selbstbestimmung bei der Namenswahl.
Foto: Georg Wendt/dpa



So semi selbstbestimmt

Das Selbstbestimmungsgesetz sollte trans* Menschen ermächtigen, ihr Geschlecht und ihren Namen selbst zu wählen. Doch viele Standesämter legen das Gesetz anders aus

Von **Lotta Drügemöller**

Leano darf nicht Jamie heißen. Auch nicht Mika. Auch nicht mit Zweitnamen, und nein: auch nicht mit Bindestrich. Das wäre nicht männlich genug, nicht eindeutig. So zumindest interpretiert das Bremer Standesamt bisher das Selbstbestimmungsgesetz. „Kacke“, habe er gedacht, als er die Absage von der Behörde bekam, sagt Leano. „Schon wieder werde ich nicht als die Person anerkannt, die ich bin.“

Im November soll das Selbstbestimmungsgesetz das Transsexualengesetz von 1980 ablösen – und endlich, so verspricht es der Name, für Selbstbestimmung sorgen. Das eigene Geschlecht kann im Pass dann einfach durch eine Erklärung an das reale Empfinden angepasst werden. Es braucht keine intimen Befragungen mehr, keine Gerichtsurteile; allein die Erklärung der Betroffenen soll zählen.

Explizit benennt das Gesetz das Ziel, „die personenstandsrechtliche Geschlechtszuordnung und die Vornamenswahl von der Einschätzung dritter Personen zu lösen“. Doch bei der Namenswahl ist das mit der Einschätzung dritter Personen so eine Sache: Seit dem 1. August dürfen sich Betroffene für ihren Novemberantrag anmelden. In Bremen haben das mehr als hundert Menschen bisher getan; allein bei der Bremer Beratungsstelle Trans*Recht sind dabei schon jetzt acht Fälle bekannt, in denen Namen nicht akzeptiert wurden.

Schuld ist laut Beraterin Freya Pe* von Rügen vor allem ein Rundschreiben aus dem Innenministerium. Eine Abteilungsleiterin gibt dort eine Art Interpretationshilfe des Gesetzes für Standesämter heraus; sie entwickelt dabei Thesen zu der

Frage, ob sich bei der Namensgebung die Zahl der Vornamen ändern lässt (Nein), und wie die Vornamen gestaltet sein müssen: eindeutig geschlechtsspezifisch, und zwar für sämtliche gewählten Namen.

„Jamie Leano Mika“ hatte er als neue Namen in seiner Anmeldung eingetragen. Die letzten vier Jahre hat er als Jamie gelebt. Gerade die Geschlechtsambiguität des Namens war dafür ausschlaggebend. „Es ist erst einmal leichter, sich bei einem Elternabend als Jamie vorzustellen, wenn man noch sehr eindeutig als Frau gelesen wird“, erklärt er.

Er hätte den Namen auch jetzt gern mitgenommen: Viele Bekannte nutzen ihn weiter. Aber er kann auf ihn verzichten. „Jamie war für einen Übergang gedacht.“ Schwerer fällt es ihm bei „Mika“. „Den Namen hat mir mein Sohn gegeben“, erklärt Leano. „Er sagte, es sei nur richtig so, ich hab ihm einen Namen gegeben, er jetzt mir.“ Auf diesen Namen zu verzichten, das sei hart.

Leano hatte auch deshalb Pech, weil er bei Geburt nur einen – weiblichen – Vornamen bekommen hat. Nach der Interpretation des Innenministeriums war ein zweiter Name somit ausgeschlossen. Das Standesamt in Bremen räumte ihm zwar die Möglichkeit ein, einen zweiten Namen über eine Bindestrichkonstruktion einzubauen: Leano-irgendwas. Die Kombination mit Mika aber wurde untersagt: Dieser Name sei nicht geschlechtseindeutig.

Tatsächlich heißt es auch im Gesetz selbst: „Mit der Erklärung nach Absatz 1 sind die Vornamen zu bestimmen, die die Person zukünftig führen will und die dem gewählten Geschlechtseintrag entsprechen.“ Für Deutschland ist das auf Gesetzesebene eine Neuerung: Ge-

setzlich war es hierzulande noch nie vorgeschrieben, dass Vornamen männlich oder weiblich zu sein haben.

Vielen ist zwar die Regelung bekannt, dass ein geschlechtsneutraler Vorname für ein Kind einen zweiten eindeutigen Namen erfordert. Doch diese Regel war nie ein Gesetz, nur eine Verwaltungsanweisung. 2008 wurde diese Anweisung dann auch noch vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Nun gibt es nur noch eine Vorgabe mit Verweis auf das Kindeswohl: Ein Name ist nur dann abzulehnen, wenn er es dem Kind unmöglich macht, „sich anhand des Vornamens mit seinem Geschlecht zu identifizieren“, heißt es.

„Wenn eine Person empfindet, dass ihr Name zum Eintrag passt, sollte sie ihn behalten dürfen“

Aileen Pinkert, Hamburger Gleichstellungsbehörde

Für Erwachsene, die ihren neuen Namen bei Veränderung des Geschlechtseintrags bewusst und selbst wählen, interpretiert von Rügen das so, dass jeder Name funktionieren müsste: „Ob ein Name zur Geschlechtsidentität passt, das kann ja niemand besser beurteilen, als die Person selbst“, sagt sie. Das Selbstbestimmungsgesetz, denkt sie, lasse diese Möglichkeit zu. Nur die Interpretation aus dem Innenministerium biete diesen Spielraum nicht.

Standesämter sind nicht weisungsgebunden – doch faktisch orientieren sich wohl die meisten an der Interpretation aus dem Innenministerium. Auch in Weyhe, in Hannover, in Em-

auf ihren Webseiten, dass sich die „Zahl der Vornamen“ bei der Eintragung nicht ändern lasse.

In Bremen hat Kai Wargalla für die Grünen-Fraktion in der Bürgerschaft eine Anfrage zu den abgelehnten Fällen gestellt. Doch die Antwort des Senats bleibt im Vagen. Man verweist darauf, dass es „im Interesse der Betroffenen“ sei, dass sich Standesämter bei der Auslegung an einer gemeinsamen Linie orientierten.

„In Hamburg positioniert sich die Stadt klarer. „Wenn eine Person empfindet, dass ihr Name zum Geschlechtseintrag passt, sollte sie ihn behalten dürfen“, sagt die Sprecherin der Gleichstellungsbehörde, Aileen Pinkert. „Das Gesetz sollte ja gerade diese unwürdige Fremdbestimmung verhindern.“ Man habe Standesbeamte durch Fortbildungen sensibilisiert. Probleme würden trotzdem auch in Hamburg gemeldet, sagt sie: „Das sind neue Regeln“, sagt Pinkert. „Die werden von den Beamten noch unterschiedlich interpretiert.“

Für Personen mit dem gewählten Geschlechtseintrag „divers“ erfolgten noch „Abstimmungsprozesse auf Bundesebene“ für eine Liberalisierung der Namenswahl. Die Regeln hier könnten sich also noch lockern. Bei der Anzahl der Namen hat sich die Innenbehörde bereits korrigiert: Ein neues Rundschreiben erlaubt bis zu fünf Vornamen. Die meisten Standesämter haben das in ihren FAQ noch nicht geändert.

„Irgendwie wird das Selbstbestimmungsgesetz zum Standesamtsbestimmungsgesetz“, sagt Leano. Er glaube, dass es für viele Probleme geben werde: Schließlich könne er mehrere Menschen, die wie er zunächst einen genderneutralen Namen gewählt hätten. „Die leben teilweise seit 15 Jahren damit. Einen anderen wollen sie nicht.“



Osman Engin
Alles getürkt

Brügge, Venedig für Arme

Brügge ist eine hübsche kleine Stadt in Belgien und wird auch das „Venedig des Nordens“ genannt. Wir haben gedacht, wenn wir uns schon das Original in Italien nicht leisten können, dann besuchen wir die Fälschung im Nachbarland. Aber leider ist das Essen im All-inklusive-Hotel auch eine Fälschung. Völlig ungenießbar! Meine Frau haut sich den Magen seit Tagen auswärts voll. Und ich bin total abgemagert, um nicht unnötig Geld auszugeben.

„Eminanim, ich kann nicht mehr! Zeig mir bitte ein Restaurant, das ganz in der Nähe ist“, flehe ich sie an. – „Osman, ich hab genau das richtige für dich. Ein kleiner, tunesischer Familienbetrieb mit sehr leckerer Hausmannskost! Wenn du hier aus dem Hotel rauskommst, musst du nur über drei Brücken gehen.“

Mit klapprigen Knien mache ich mich sofort auf den Weg. Ich überquere einen Kanal nach dem anderen und schon bin ich da. Sofort gebe ich meine Bestellung ab: „Bohnensuppe, Köfte und Reis bitte“, rufe ich völlig entkräftet.

Die orientalische Kellnerin schaut mich ziemlich verständnislos an. „Essen, essen, yemek, manjarde“, schicke ich hinterher. Diesmal kapiert sie.

Zu meiner Überraschung bekomme ich aber Lamm mit Kuskus. Wer zu spät kommt, den bestraft der Koch! Aber es schmeckt trotzdem herrlich und ich fange wieder an zu leben! Der Gast, der nach mir kommt, bekommt gar nichts zu essen und haut verärgert ab.

Ich gehe jeden Tag dahin und schwärme meiner Frau vor, wie lecker dort alles schmeckt. Sie will heute Abend unbedingt mitkommen! Um kein Risiko einzugehen, trudeln wir ziemlich früh dort ein und ich gebe sofort meine Bestellung auf: „Zwei Mal Bohnensuppe, Köfte und Reis bitte! Essen, essen, yemek, manjarde.“

„Eminanim, was man bestellt, interessiert die hier herzlich wenig. Die haben Einheitsessen. Aber es schmeckt alles wunderbar!“

Das heutige Menü besteht aus Huhn mit Reis und einem Gemüseauflauf. Gut, dass wir rechtzeitig gekommen sind. Meine Frau bekommt genau so viel zu essen wie ich.

„Eminanim, weil sie ja nie das servieren können, was ich mir wünsche, weigert sich die Kellnerin, jedes Mal Geld anzunehmen! Ist das nicht prima? Los, hau rein, das ist alles umsonst!“

In dem Moment kommt schon wieder der Mann rein, der seit Tagen zu spät kommt und nicht kapiert, dass er um die Uhrzeit nichts mehr zu essen kriegt. Diesmal ist er richtig sauer und brüllt wie ein Irrer rum.

„Osman, interessiert es dich, warum die beiden sich streiten?“, sagt Eminanim und will mit ihren bisschen Arabisch-Kenntnissen bei mir angeben. – „Ich weiß, der Kollege kommt ständig zu spät, kriegt nichts zu essen, also ist er sauer und brüllt rum – so einfach ist das!“

„Nein, so ist es nicht! Du isst diesem Familienvater seit Tagen sein Essen weg. Der gute Mann arbeitet den ganzen Tag auf dem Bau, und wenn er abends nach Hause kommt, dann hast du ihm bereits sein Abendessen weggeputzt. Seine arme Frau sagt, sie kann doch nicht einen Gast Gottes, womit sie dich meint, hungrig wieder wegschicken. Heute hat sie eine Portion mehr gekocht, aber da hast du mich mitgebracht!“

„Bei Allah, das kann doch nicht wahr sein! Aber du hast mir doch selbst dieses Restaurant hier empfohlen!“

„Nein, diese arme Familie habe ich dir bestimmt nicht empfohlen! Du bist eine Brücke zu früh abgeboten!“

Osman Engin ist Satiriker in Bremen. Zu hören gibt es seine Kolumnen unter www.youtube.com/@osmanengin1916. Sein Longseller ist der Krimi „Tote essen keinen Döner“ (dvt).

Hier wird das Leben alternativ: „Rainbow Gathering“
Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Drohnen gegen 1.500 Hippies

Die „Rainbow Family“ findet keinen Platz für ihr Jahrestreffen mit Camping, Klampfen und Ritualfeuer. Behörden lassen Autos abschleppen und Zelte beschlagnahmen

Von **Reimar Paul**

Einen Pressesprecher? „So was haben wir nicht“, sagt der junge Mann, der sich John nennt. Aber klar, er könne ein bisschen was erzählen über die „Rainbow Family“ und ihre „Gathering“ genannte Zusammenkunft, „wie jede und jeder andere hier natürlich auch“. John steht auf einem Parkplatz an der Harzhochstraße. Er ist 23, trägt ein verwaschenes T-Shirt, eine Brille und ist aus Süddeutschland in den Harz gekommen.

Hunderte Leute – „ungefähr tausend“, sagt John, rund 1.500 sind es sogar nach Auskunft der Behörden – haben in der vergangenen Woche in einem Waldgebiet zwischen Bad Grund und Clausthal-Zellerfeld ihre Zelte aufgeschlagen. Junge und mittelalte Erwachsene vor allem, auch einige Kinder. Fotos im Internet zeigen viele Männer in kurzen Hosen und mit nackten Oberkörpern, Frauen in langen Röcken, manche tragen Reifen und Ringe.

Die Stimmung im Camp schildert John als entspannt. Die meisten Mitglieder der „Rainbow Family“, wie sich die Gruppe nennt, beteiligten sich an den gemeinsamen Aktivitäten, sammelten Holz und Reisig für die Feuer oder engagierten sich in der Koch-Crew. Ansonsten? „Wir klampfen auf der Gi-

tarre oder hören den Spielenden zu, wir chillen hier oft auch nur rum“, erzählt John. Dass die Lokalzeitungen sie als Hippies bezeichnen, störe ihn nicht.

Die mehrwöchigen „Gatherings“, also die Versammlungen der „Rainbow Family“, finden jeden Sommer statt. Unter freiem Himmel, meist in abgelegenen Gebieten, immer im Sommer und möglichst in der Periode zwischen zwei Neumonden. Das erste Treffen dieser Art gab es 1972 in den Rocky Mountains. In Europa traf man sich erstmals 1983 in Norditalien. 2009 folgte dann in Thüringen das erste „Gathering“ auf deutschem Boden.

Feste Strukturen wie Mitgliederlisten oder Vorstände haben die „Rainbows“ nicht. Behörden beklagen deshalb, dass ihnen kein Ansprechpartner zur Verfügung steht. Was es gibt, sind Scouts, die vor den Zusammenkünften nach geeigneten Plätzen Ausschau halten, „Vocalizer“, die Informationen zu Ort und Anfahrt verbreiten – und eine Telegram-Gruppe.

In diesem Jahr hatten die Scouts zunächst ein Areal im Solling im Auge. Doch die Stadt Uslar erließ eine Allgemeinverfügung, mit der sie die ausgeguckte Wiese zwischen dem 14. und dem 20. August zur Sperrzone erklärte. Die „Rainbow Family“ disponierte kurzfristig



um und zog in ein Landschaftsschutzgebiet im Harz, an der Grenze zwischen den Landkreisen Göttingen und Goslar.

Auf einer Lichtung, umgeben von großteils abgestorbenen oder doch schwer kranken Fichten, befindet sich der zentrale „Ritualplatz“. Etwas abseits davon der Küchenplatz. Als Schlafplätze dienen große Jurten, kleine Zelte oder auch, teils versteckt aufgespannt im Unterholz, Hängematten.

Der Landkreis Göttingen hat nach Angaben von Kreisrätin Marlis Dornieden am Montag vergangener Woche Kenntnis von dem Ortswechsel erhalten und einen Tag später, in Absprache mit dem Kreis Goslar, ebenfalls eine Allgemeinverfügung erlassen. Sie beinhaltet ein Betretungs- und Aufenthaltsverbot für eine insgesamt 200 Hektar große Fläche. Begrün-

det wird der Erlass mit dem in Landschaftsschutzgebieten geltenden Verbot von „wildem Campen“ und offenem Feuer – die Vollmondnacht vom 19. auf den 20. August wollte die „Rainbow-Family“ an einem großen „Ritualfeuer“ begehen.

Am Mittwoch lassen die Behörden erste Autos von Waldwegen abschleppen, beschlagnahmen Zelte. Hunderte Polizisten unterstützen den Einsatz. „Einige Leute haben das Camp verlassen, aber mindestens ebenso viele sind am Wochenende neu dazugestoßen“, berichtet Dornieden. Auch weil Bemühungen, eine Ausweichfläche zu finden, an den Folgetagen scheitern, starten Polizei, Feuerwehr und THW am Montag einen weiteren Großeinsatz. Er dauert bis Dienstagmorgen an.

Die Ziele seien erreicht worden, bilanziert Thomas Reuter, Einsatzleiter der Göttinger Polizeiinspektion: Das „Ritualfeuer“ sei verhindert, weitere Autos seien abgeschleppt und Zelte konfisziert worden. Für den heutigen Mittwoch kündigt Dornieden eine neue Allgemeinverfügung an. Wie viele Menschen sich derzeit noch in dem Areal aufhalten, konnte die Kreisrätin gestern nicht sagen. „Wir beobachten das Gebiet weiter, auch mit Drohnen“, sagt sie. „Und jeder, der sich dort aufhält, muss mit einem Verfahren rechnen.“



nachrichten

Soldat wegen Mordes vor Gericht

Aus Rache soll ein Bundeswehrosoldat im niedersächsischen Landkreis Rotenburg vier Menschen erschossen haben, die seiner Ex-Partnerin nahestanden. Der mutmaßliche Täter soll bei der Mordserie im März dieses Jahres wie in einem Häuserkampf vorgegangen sein, wofür der Fallschirmjäger bei der Bundeswehr trainiert war. Er muss sich von heute an vor dem Landgericht Verden verantworten. (dpa)

Bremen gibt NS-Raubgut zurück

Das Gemälde „Aufbruch der Hl. Ursula“ aus dem Sammlungsbestand der Museen Böttcherstraße in Bremen wird an die rechtmäßigen Erben des jüdischen Antiquars Jacques Rosenthal zurückgegeben. Der Senat stimmte zu. Rosenthal musste sein Geschäft, seine Privatwohnung und Kunstsammlung im Januar 1936 unter NS-Verfolgungsdruck verkaufen. Das Museum möchte es dann zurückkaufen. (dpa)

Gefangene ein bisschen besser bezahlt

Hamburgs Senat hat einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Resozialisierung im Justizvollzug auf den Weg gebracht. Die Planungen sehen auch eine bessere Vergütung der Gefangenenarbeit vor. Statt wie bislang neun Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens sollen Gefangene demnach ab dem 1. Juli kommenden Jahres 15 Prozent für ihre Arbeit in Haft erhalten. (epd)

Starkregen tötet ostfriesische Fische

Für das Fischsterben in Ostfriesland ist nach bisherigen Informationen der Starkregen der vergangenen Woche verantwortlich. Unter anderem die zeitliche Nähe lege „nahe, dass es sich bei dem aktuellen Fischsterben um Nachwirkungen des Starkregeneignisses handelt“, teilte der niedersächsische Landesbetrieb für Gewässerschutz mit. (dpa)

EU-Beschwerde gegen LNG-Förderung

Die Deutsche Umwelthilfe hat bei der EU-Kommission eine Beschwerde gegen die staatliche Förderung in Höhe von 40 Millionen Euro für das geplante Flüssigerdgas-Terminal in Brunsbüttel eingereicht. Das EU-Recht sehe solche Subventionen nur dann vor, wenn sie zur Erreichung von Klimazielen beitrage. Dies sei bei dem LNG-Terminal nicht der Fall. (dpa)



Zum Rücktritt bereit: Michael Werner-Boelz mit Sina Imhof (l.) und Anja Hajduk bei einem Neujahrsempfang der Grünen
Foto: Angerer/Hoch Zwei-Stock/imag

Ex-Partner will nicht mehr

Bei der Hamburger Kommunalwahl blieben die Grünen trotz Verlusten stärkste Kraft im Bezirk Nord. Nützen wird ihnen das wohl nichts, denn die SPD sucht neue Bündnispartner

Von Jan Kahlcke

Nach Verlusten bei der Bezirkswahl im Juni zeichnen sich erste Konsequenzen für die Hamburger Grünen ab: Im Bezirk Nord, wo sie bislang eine Koalition mit der SPD angeführt hatten, droht ihnen nun die Oppositionsbank.

Dabei stellen die Grünen immer noch die stärkste Fraktion und es würde für eine Fortsetzung des bisherigen grün-roten Bündnisses reichen. Doch die SPD hat ihrem Partner nach Sondierungsgesprächen abgesehen. Sie will nun ein ganz breites Bündnis mit CDU, FDP und der erstmals in die Bezirksversammlung eingezogenen Partei Volt schmieden.

Den Bezirk mit 320.000 Einwohner:innen, der von den Villen an der Außenalster bis an die Landesgrenze zu Schleswig-Holstein reicht, hatten SPD und Grüne zehn Jahre lang gemeinsam regiert, seit 2019 unter grüner Führung. Was nach außen wie eine gut geölte Maschine wirkte, scheint aber zuletzt Risse bekommen zu haben.

Differenzen bei Sondierung

In den Sondierungsgesprächen mit den Grünen seien Differenzen zutage getreten, sagt SPD-Fraktionschefin Tina Winter. „Wir haben ihnen gesagt: Wir haben ein bisschen Probleme damit, wie ihr mit den Bürger:innen

umgeht.“ Wenn die ganz normale Anliegen vorbrächten, wie ihr Auto zu parken, würden sie zum Teil „abgemeiert“.

Die SPD wolle Konflikte künftig mit einer frühzeitigeren Bürgerbeteiligung angehen. Dagegen hätten die Grünen eingewandt, da kämen doch immer nur die, die dagegen sind. Bei der Verkehrswende möchte die SPD künftig ein bisschen auf die Bremse treten: „Wir wollen es sachter angehen, lieber langsamer, aber dafür alle mitnehmen“, sagt Winter.

Bei den Grünen klingt das ganz anders: „In den Sondierungsgesprächen sind wir der SPD sowohl inhaltlich als auch personell entgegengekommen“, beschreibt der Grünen-Kreisvorsitzende Marcel Bulawa die Gespräche. Doch immer, wenn die Grünen signalisiert hätten, dass sie kompromissbereit seien, sei das nächste Thema auf den Tisch gekommen.

Irgendwann habe man den Eindruck gehabt, es sei gar nicht um Inhalte, sondern um Posten – speziell den Posten der Bezirksamtsleitung – gegangen. Man höre, dass die SPD auch schon einen Namen für den Posten in petto habe.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der SPD-Kreisvorsitzende Alexander Kleinow Ambitionen hegt. Fraktionschefin Winter möchte dazu „grundsätz-

lich“ nichts sagen. Amtsinhaber Michael Werner-Boelz wäre zwar bereit gewesen, auf seinen Posten zu verzichten, aber die Grünen hätten auf ihrem Vorschlagsrecht bestanden.

Werner-Boelz ist eine Reizfigur. Er war bundesweit bekannt geworden, als er öffentlich den Beschluss verteidigt hatte, in seinem Bezirk keine neuen Einfamilienhaus-Baugebiete mehr auszuweisen. Einen Beschluss übrigens, den Grüne und SPD gemeinsam gefasst hatten.

Genau das wundert Bulawa nun – dass die SPD die Arbeit der Koalition infrage stellt, in der doch alles gemeinsam entschieden worden sei. Die Enttäuschung über das Vorgehen der langjährigen Partner ist ihm anzumerken.

„Gegen den Wählerwillen“

„Das ist schon ein hartes Stück, eine Viererkoalition zu schmieden, um die stärkste Kraft außen vor zu lassen“, sagt auch die Grünen-Landeschefin Maryam Blumenthal. „In meinen Augen ist das komplett gegen den Wählerwillen – die grün-rote Koalition wurde ja bestätigt, auch mit dieser Gewichtung.“

Eine Strategie der Landes-SPD vermutet sie indes nicht dahinter. Im Nachbarbezirk Wandsbek etwa verliefen die Gespräche sehr konstruktiv. Eher sei die SPD überall dort, wo die Grünen

stark sind, bemüht, den grünen Erfolg herunterzuspielen.

Ob bewusst oder nicht – die SPD wertet mit der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen die notorisch schwache CDU auf, die zuletzt leicht im Aufwind war. Das Signal ist: Auch hamburgweit ist Rot-Grün nicht in Stein gemeißelt.

Ob es in Hamburg Nord wirklich zu der geplanten Viererkoalition kommt, ist aber längst nicht gewiss: Die Neulinge von Volt, die politisch in vielen Punkten mit den Grünen übereinstimmen, haben selbstbewusst „rote Linien“ formuliert.

„Wir haben von der SPD die Zusage, dass wir nicht gegen die Klima- und Mobilitätswende handeln werden“, sagt Antje Nettelbeck, Vorsitzende der dreiköpfigen Fraktion. „Wir wollen den nicht motorisierten Individualverkehr unterstützen, etwa durch baulich getrennte Radwege, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit sowie die Sicherung des Anwohnerparkens.“ Dass es darüber zu einem Konsens mit CDU und FDP kommt, ist schwer vorstellbar.

Ob die SPD ihre Koalition notfalls auch ohne Volt schmieden würde? Fraktionschefin Winter will sich nicht festlegen. Sie hätte dann nur eine Mehrheit von einer Stimme. Mit den Grünen wären es zwei.

21

übergepinselt

Die Polizei bemalt die Wand der Roten Flora

Was tun gegen die AfD? Das fragen sich nicht nur Linke seit Jahren. Im ganzen Land werden Brandmauern errichtet und eingerissen, Verbotsbestrebungen diskutiert und verworfen, hier wird demonstriert, dort zum Sommerinterview eingeladen. Richtige Antworten, was den Wahlerfolg der Rechten wirksam und schnell stoppen könnte, hat niemand.

Wenn dann doch mal jemand konkrete Vorschläge präsentiert, ist es allerdings auch nicht recht. Jedenfalls der Hamburger Polizei nicht. Die hat eine entsprechende Plakatwand an der Roten Flora nun schon zum zweiten Mal mit schwarzer Farbe übergemalt.

Was hatten die Florist*innen vorgeschlagen? „13 Dinge, die du gegen die AfD tun kannst“ und „12 Dinge, die du dabei beachten solltest“ listete der „Antifaschistische Werkzeugkasten“ an der großen Plakatwand im Schanzenviertel auf. Darunter die einzelnen Punkte: „Oute Veranstaltungsorte, Nazis und AfDler, gründe eine Antifa-Gruppe oder tritt einer bei, sprich mit deinem Umfeld, greife AfD-Immobilien an, unterstütze Betroffene von rechter Gewalt, mache Wahlmaterial der AfD unschädlich.“ Die Hamburger Polizei schickte umgehend die „Soko Wand und Farbe“ und malte die beiden Listen noch am gleichen Tag schwarz über.

Die Flora dürfte das erwartet haben, jedenfalls reagierte sie ebenfalls schnell und klebte die Listen erneut auf die Wand, diesmal mit dem Zusatz: „Bullen, das Spiel verliert ihr mal wieder.“ – „Das wollen wir erst mal sehen“, sagte man sich wohl bei der Polizei und griff erneut zur Wandfarbe. Außerdem leitete der Staatsschutz ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten ein.

Die Aktivist*innen luden die Polizei zum Spielen ein, indem sie die Plakatwand zu einer Theaterbühne ummalten

So kann sich die Behörde natürlich auch beschäftigt halten. Wahrscheinlich ist das aus Sicht der Antifaschist*innen gar nicht so verkehrt, denn dann richtet sie wenigstens in der Zeit an anderer Stelle keinen Schaden an.

Am Dienstagnachmittag stand es 2:2 im Match „Flora gegen Bullen“. Beim letzten größeren Match hatte die Polizei nach zweimaligen Übermalen aufgegeben. Da hatte sie die Schwelle, sich zum Kasper zu machen, aber schon überschritten. Das „Pimmelgate“ war im Jahr 2021 eine peinliche Nummer für Innensenator Andy Grote (SPD) und die Polizei gewesen. Die Beamten waren mit einer Razzia in die Wohnung eines Twitter-Users eingedrungen, der Grote online als Pimmel bezeichnet hatte.

Der Tweet des Anstoßes, „Andy, du bist so 1 Pimmel“, wurde später auf Aufkleber gedruckt und an die Flora-Wand gemalt, wogegen die Polizei mit allen verfügbaren Kräften vorging, sprich: Aufkleber abknibbelte und die Wand übermalte. Die Aktivist*innen luden die Polizei zum Spielen ein, indem sie die Plakatwand zu einer Theaterbühne ummalten: Vorhang auf für die Soko „Wand und Farbe“. Die Beamten agierten wie bestellt, malten noch einmal über, ließen den letzten Pimmelspruch aber schlussendlich stehen und zogen sich als Verlierer zurück.

Soweit, so erwartbar also das Vorgehen auch in dieser neuen Runde „Bullen vs. Flora“. Doch während die Polizei weiter Polizei-Dinge tut, steht für die Antifaschist*innen ein ernstes Anliegen hinter der 13/12-Liste. In erfahrener Voraussicht haben sie eine Homepage eingerichtet, auf der sie die Tipps und Handlungsaufforderungen gegen die AfD ausführen. „Sie“, das sind in diesem Fall gar nicht (nur) die Flora-Nutzer*innen, sondern laut der Homepage ein bundesweiter Kreis aus antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen.

Man habe sich über die Großdemos gegen die AfD Anfang des Jahres gefreut, schreiben die Aktivist*innen – man wisse aber auch, dass es damit nicht getan sei. Stattdessen sei eine starke antifaschistische Bewegung nötig. „Warte nicht darauf, dass andere etwas tun“, schreiben sie. „Die Bewegung müssen wir alle sein.“ Recht haben sie. Und solange die Polizei keine besseren Vorschläge gegen die AfD präsentiert, sollte sie die vorhandenen zumindest stehen lassen. Katharina Schipkowski

Hamburg dreht leiser

Tempo-30-Zonen sollen Lärm verringern. Beim Fluglärm kommen SPD und Grüne nicht auf einen Nenner

Von André Zuschlag

Es soll nun in großen Schritten weitergehen mit der Lärmreduzierung in Hamburg: Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) stellte am Dienstag die Fortschreibung des städtischen Lärmaktionsplans vor. Vor allem durch die Einführung von weiteren nächtlichen Tempo-30-Zonen auf Hamburgs Straßen sollen lärmgeplagte Anwohner:innen entlastet werden. „Dass wir in der Stadt Lärmprobleme haben, kann niemand überhören“, sagte Kerstan.

Auf 41, teils mehrspurigen und vielbefahrenen Strecken soll künftig die erlaubte Ge-

schwindigkeit in der Nacht reduziert werden. Denn als gesundheitsgefährdend gilt, wo nachts Lärm von mehr als 55 Dezibel herrscht. Durch Tempo-30-Zonen könne dem entgegen gewirkt werden. Und die Zahl der Betroffenen durch den Lärm des Straßenverkehrs ist hoch: Tagsüber sind den Berechnungen der Umweltbehörde zufolge 184.000 Hamburger:innen Lärm von über 65 Dezibel ausgesetzt, nachts sogar 215.000 von mehr als 55 Dezibel.

Damit sind rund 80.000 Hamburger:innen mehr von Lärm betroffen als bislang gedacht: Erstmals hat Hamburg nun ein EU-weit genutztes Er-

hebungsverfahren angewandt, das Lärmbelastung großzügiger erfasst als das zuvor genutzte Verfahren. Mit der Einrichtung der Tempo-30-Zonen soll noch dieses Jahr begonnen werden. Für die Jahre ab 2026 hat die Umweltbehörde einige Dutzend weiterer Straßen in den Blick genommen.

Keine Lösung konnte Kerstan beim nächtlichen Lärm durch Flugzeuge auf dem Hamburger Flughafen vermelden: Im März setzte die Stadt die Verspätungsregelung aus, nach der Airlines Gebühren und Bußgelder zahlen mussten, wenn sie wegen einer Verspätung erst nach 23 Uhr starteten oder landeten. In ei-

nem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht war zuvor deutlich geworden, dass es für diese Regelung keine Rechtsgrundlage gibt.

Mit der für den Flughafen zuständigen, SPD-geführten Wirtschaftsbehörde konnte sich Kerstan seither nicht auf eine rechtssichere Folgeregelung einigen. „Angesichts des anstehenden Wahlkampfes wird es in dieser Legislaturperiode nichts mehr“, sagte Kerstan. Ein grundsätzliches Verbot von Starts und Landungen nach 23 Uhr, wie es Kerstan fordert, werde dann wohl ein Fall für die Koalitionsverhandlungen nach der Bürgerschaftswahl im kommenden März.

das wird

„Die Harener empfanden die Evakuierung als großes Unrecht“

Haren an der Ems hieß ab Mai 1945 Maczków und war bis 1948 eine polnische Stadt. Wie es dazu kam, erklärt Historiker Rüdiger Ritter

Interview **Petra Schellen**

taz: Herr Ritter, warum hieß Haren/Ems vom 20. 5. 1945 bis zum 30. 9. 1948 Maczków?

Rüdiger Ritter: Weil Haren am Pfingstsonntag 1945 evakuiert wurde. Alle Bewohner mussten ihre Häuser verlassen, damit polnische Displaced Persons (DP) – ehemalige KZ-Inhaftierte, Zwangsarbeitende und Kriegsgefangene – einziehen konnten. Der Ort bekam eine polnische Verwaltung und entwickelte ein reges polnisches Kulturleben. Benannt wurde er nach Stanislaw Maczek, dem Kommandeur der polnischen Truppen, die Haren befreit hatten. **taz: Aber das Emsland gehörte doch zur britischen Besatzungszone.**

Ritter: Ja. Aber unter britischer Oberhoheit standen auch kanadische und polnische Militärverbände, die Frankreich, Belgien, die Niederlande und Deutschland befreit hatten. Die polnischen Einheiten hatten keinen Alliiertenstatus, waren aber eine selbstständige Armee, die nie vor der Wehrmacht kapituliert, sondern sich im schottischen Exil reorganisiert hatte. Im Emsland erfüllten sie Besatzungsaufgaben. **taz: Warum wurde gleich eine ganze Stadt für die DP geräumt?**

Ritter: Weil es um Tausende Menschen ging. In Maczków, bis dato ein 3.000-Einwohner-Städtchen, lebten jetzt 5.000 Polen. Und weder die Soldaten noch die DP wollten zurück ins nun kommunistische Polen, wo sie als „Feinde“, die mit den Westalliierten gekämpft hatten, Repressalien fürchten mussten. Und die als DP-Camps weiter benutzten KZ und die Emsland-Lager waren überfüllt. Also haben die Alliierten deutsche Orte evakuiert, um diese Menschen unterzubringen, bis ihr weiterer Verbleib geklärt wäre.

taz: Wohin wurden die Deutschen gebracht?

Ritter: Den offiziellen Evakuierungsplänen zufolge sollten sie in die umliegenden Dörfer ziehen. Da dort der Platz nicht reichte, kamen viele bei Bekannten, Verwandten, teils in Scheunen nahe gelegener Bauernhöfe unter.

taz: Gab es Spannungen zwischen Polen und Deutschen?

Ritter: Ja. Einerseits, weil die Deutschen zwar das Besitzrecht an ihren Häusern behielten, aber dadurch auch verpflichtet waren, Reparaturen vorzunehmen. Zum anderen blieben die deutsche Verwaltung und der Bürgermeister in Maczków, sodass die Harener für Pass- und Steuerangelegenheiten nach Maczków mussten. Dafür bekamen sie einen Passierschein, der Uhrzeit und Route zum Bürgermeister genau vorgab. Das hat die Stimmung nicht befördert.

taz: Gab es auch binationale Kinder?

Ritter: Darüber wird kaum geredet, aber das gab es natürlich. Wir wissen von einem Fall, in dem ein polnischer Besatzungssoldat eine Harenerin geheiratet hat. Und die erhaltenen Standesamtsakten lassen vermuten, dass es kein Einzelfall war. Aber das ist – wie die ganz Maczków-Zeit – erst seit rund zehn Jahren kein Tabuthema mehr. Seit die Erlebnisgeneration durch jüngere abgelöst wird, die mehr Distanz haben.

taz: Wieso war Maczków überhaupt ein Tabu?

Ritter: Weil die Harener die Evakuierung als großes Unrecht empfanden. Sie dachten: Warum sollen wir für das büßen, was irgendwelche SS-Männer in Polen getan haben? Und die Ortswahl war ja wirklich zufällig.

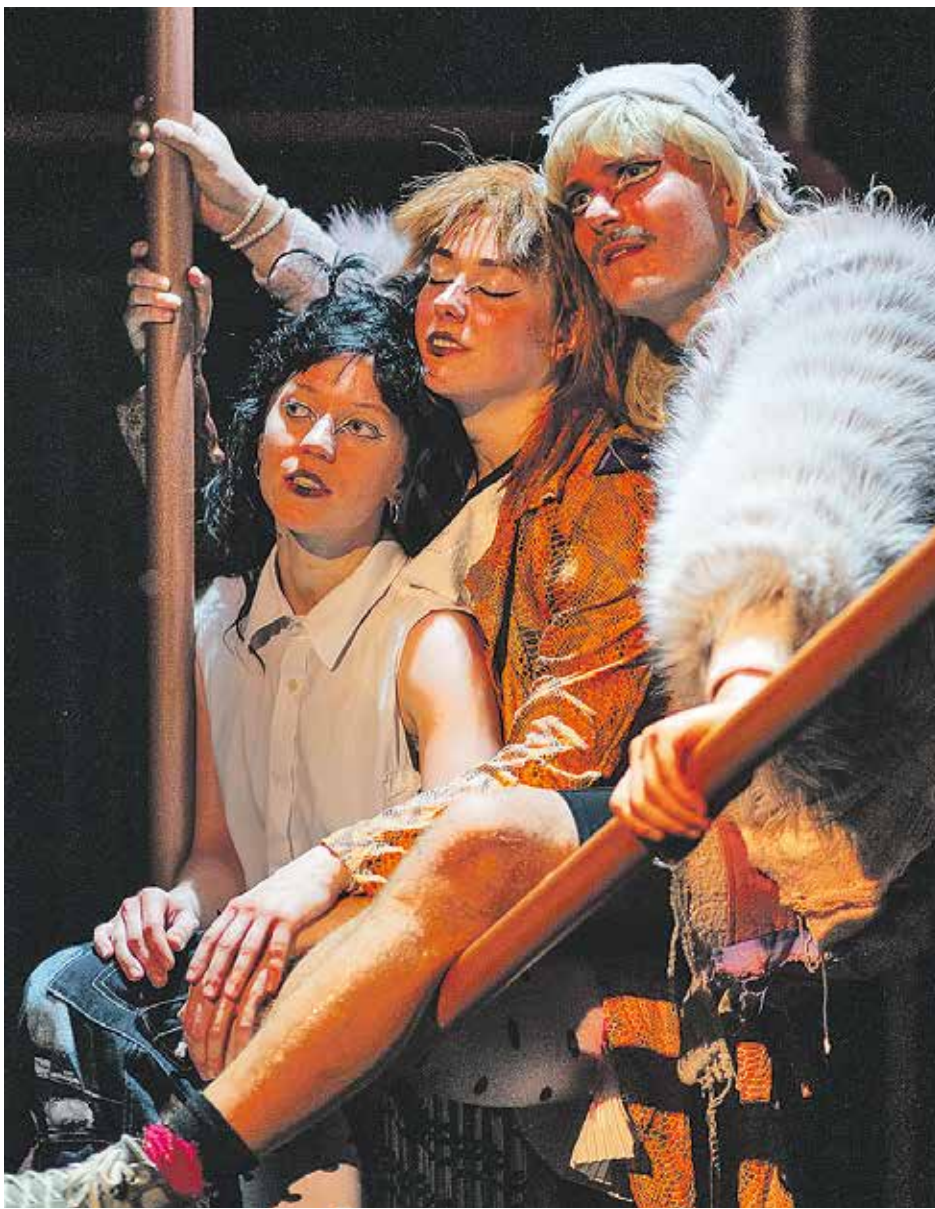
taz: Empfanden die Polen Genugtuung, nach Lagerhaft deutsche Häuser zu bewohnen?

Ritter: Ja, auch. Eine polnische Soldatin, die 1944 im – von der Wehrmacht brutal niedergeschlagenen – Warschauer Aufstand gekämpft hatte, hat zum Beispiel gesagt: „Uns haben die deutschen Soldaten damals zwei Stunden gegeben, um unsere Häuser zu verlassen. Wir gaben den Harenern 24 Stunden.“

taz: Im September 1948 wurde der Ort zurückgegeben und hieß wieder Haren. Wo waren die Polen?

Ritter: Viele zogen nach Großbritannien, weitere im Zuge des Resettlement-Programms der UN in die USA, nach Kanada und Südamerika. Ein kleiner Teil blieb in Deutschland und hatte bis in die 1980er-Jahre den Status als „Heimatloser Ausländer“.

Blume, Klopfer und Bambi sehen gar nicht aus wie Zeichentricktiere. Sind sie ja auch nicht
Foto: Leona Ohsiek/Theater an der Glocksee



Anleitung zum Untätigsein

Klingt nach Disney, sieht aber anders aus: Mit Bonn Parks Stück „Bambi und die Themen“ taucht das Theater an der Glocksee in Hannover ins Gefühlschaos der Digital Natives ein

Von **Yr Langhorst**

Das Theater an der Glocksee in Hannover verwandelt sich heute in Saurier-City: das Zuhause von Bambi, Blume und Klopfer. Die drei, bekannt aus dem Disneyfilm, tragen Kostüme, die eher auf eine Berliner WG hindeuten als auf Paarhufer, Stinktief und Hase. Trotzdem sind Hinweise auf ihre Zeichentrickexistenz wie eine geschminkte Reh-Nase zu erkennen. Sie sitzen auf einem Stangengerüst und sind in warmes Licht gehüllt. Sie kuscheln, küssen und reden über ihre Utopie. Einander kennengelernt haben sie sich bei Bambis ersten, tapsigen Schritten durch die Wiese. Sie halfen ihm, sich in seiner neuen Welt zurechtzufinden.

Laut Begleitheft sind alle Säugetiere Menschen, also haben sie auch früher oder später ein Handy in die Hand gedrückt bekommen. Zwischen Tiktok Dances und der Apokalypse kommt das Stück „Bambi und die Themen“ trotzdem immer auf den ersten Wunsch zurück, den das Reh äußert: „Ich möchte ein gutes Leben führen.“

Der Berliner Dramatiker Bonn Park, 1987 geboren, erzählt mit „Bambi und die Themen“ eine Coming-of-Age-Geschichte. Bambi und seine Freund*innen tragen sämtliche Fragen, Themen und Meinungen im Herzen und klammern sich aneinander, während sie von der Flut an Informationen über-

schwemmt werden. Die Bühne ist aufgeteilt in zwei Räume.

Der erste stellt die Außenwelt dar. Meistens die Dreier-WG, aber auch mal ein Sportevent oder eine Blumenwiese. Der zweite Raum, links auf der Bühne, ist das Innere eines riesigen Handys. Da, wo der Bildschirm normalerweise wäre, hängt ein transparenter

Mit einem Tier, das zugleich Mensch ist, Nichtbinarität zu thematisieren, funktioniert

ter Vorhang. Er dient als Projektionsfläche, ermöglicht aber auch den Einstieg in den digitalen Innenraum der Handys.

Eine Live-Kamera erfasst die Gesichter der Spielenden und lässt über das reine Abbild eine KI-Interpretation der Aufnahme flackern. Fiktive Schreckensbilder von Saurier-City lösen echte Schreckensbilder von Krieg und Umweltkatastrophen ab. Diese Mischung aus komischer Fiktion und realen Horror passt zur weit verbreiteten Online-Stimmung: „Die Welt geht unter, aber zum Glück haben wir Memes.“

Die Clique wird stets von zwei weiß und klar männlich lesbaren Anzugträgern begleitet. Einer von ihnen gibt den Erzähler,

der Handlungen vorgibt oder kommentiert. Der zweite wird in der Besetzungsliste als „???/Mächtiger Saurier“ bezeichnet: Mal moderiert er eine Gameshow übers Trolley-Problem, mal tritt er als eine Weihnachtsmann/Gott/Jesus-Figur aus dem Handy und bringt alles durcheinander.

Die Dialoge zwischen Bambi, Blume und Klopfer wirken anfänglich noch fremd und eher wie von einem Erzähler geschrieben, als von den Figuren gesagt. Die Sorge, das Stück würde in eine jener Darstellungen münden, die Jugendliche von oben herab als ständig von irgendwas getriggerte Smartphone-Zombies porträtierten, bewahrheitet sich nicht: Mit der Zeit erzeugt es über Insider- und authentische Jugendsprache das Gefühl, mit den Charakteren auf einer Wellenlänge zu sein.

Obwohl existenzielle Krisen teilweise sarkastisch und mit viel Humor erzählt werden, nimmt Jonas Vietzkes Inszenierung die Unzufriedenheit von Bambi, die Verzweiflung von Blume und die Orientierungslosigkeit von Klopfer erkennbar als echte Probleme ernst.

So wird Bambi mitten im Stück bei einem Sportevent in der Schlange für Bier und Würstchen gefragt, ob es ein Junge oder ein Mädchen sei. Weil, wenn das Reh ein Mädchen wäre, würde ???/Mächtiger Saurier es gern auf ein Date einladen. Wenn es ein Junge wäre, eben nicht. Oder doch? Nein.

Oder doch? Und so geht das hin und her mit der Frage, ob er Bambi angraben könne, ohne schwul zu wirken. Indem diese Frage immer wieder wiederholt wird und sich der Mächtige Saurier mit ihr auch ans Publikum wendet, wird erlebbar, wie übergriffig sie wirken kann: Mit einem Tier, das zugleich ein Mensch ist, Nichtbinarität zu thematisieren, funktioniert gut, vielleicht auch, weil wir eher bereit sind, ein Reh als geschlechtsneutrales Wesen anzusehen.

Bei Wutanfällen, Neuanfängen und großer Verzweiflung stützen Larissa Potapov und Nina Melcher als Bambi und Blume Szenen mit Tanzelementen. Tommy Wiesner als Klopfer singt leise über Frieden und laut über die Unfähigkeit, etwas am Lauf der Dinge zu ändern. Diese Momente ohne Wortfluss sind eine willkommene Pause fürs sonstige Themen-Chaos. Es endet mit der Entscheidung, nichts ändern zu wollen. Denn es geht nicht wirklich darum, was um uns herum passiert. Wir können ja immer neu beginnen: Es geht um unsere Einstellung und die Menschen, die uns Halt geben.

Schauspiel „Bambi und die Themen“, von Bonn Park, Theater an der Glocksee, Glockseeestr. 35, Hannover; wieder am 21. und 28. 8. sowie am 4., 6., 7., 11. und 13. 9., jeweils 20 Uhr

Vortrag „Maczków – eine polnische Stadt an der deutsch-niederländischen Grenze. Vom Tabu zur Aufarbeitung“, von Rüdiger Ritter, Gedenkstätte Sandbostel, 22. 8., 18 Uhr



Rüdiger Ritter Jahrgang 1966, Historiker, ist Leiter des 2023 eröffneten Dokumentationszentrums Haren/Maczków in Haren.



Larissa Potapov und Nina Melcher tanzen ihre Gefühle, Tommy Wiesner drückt sich eher musikalisch aus Foto: Leona Ohsiek/Glocksee-Theater